Nr. 173.

23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 80 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Macht der Tatsachen.

Der Reichsverband gegen die Arbeiterschaft hat Anlaß, Zirkulare zu versenden. In Breslau hat sich während der Tagung des christlichen Gewerkschaftskongresses auf mancher Seite allzu viel Optimismus nach der Richtung hin gezeigt, daß es doch gelingen könnte, die Arbeiterschaft mit der modernen Gesellschaftsordnung auszusöhnen. Vertreter aller möglichen Behörden waren anwesend, die „lebendigen Stimmungen in unserem Volksleben" kennen zu lernen. Man sprach sehr herablassend zu den christlichen Arbeitern, versicherte sein Interesse und rief damit den Jubel der an solchen Verkehr nicht gewöhnten und durch Worte schnell geblendeten Arbeiter hervor. Aber wenn nach vollzogenem Höflichkeitsakt die Spitzen der Behörden sich entfernten, waren die freundlichen Worte verklungen und die harten Tatsachen sprachen, sprachen und erzählten ganz andere Dinge, als vom wohlwollenden Interesse der Behörden. Und wenn die Worte aus behördlichem Munde wie Honigseim von den Lippen geflossen waren, der Bodensatz der Erfahrungen, welche die christlichen Arbeiter mit denselben Behörden gemacht hatten, wenn sie einmal daran dachten, ihre Interessen ernsthaft wahrzunehmen, war bitter. Alle waren sie erschienen: der Vertreter des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, die schwarze und die blaue Polizei, der Vertreter des Polizeipräsidenten nämlich und des Konsistoriums, auch Magistratus. Alle gaben sie Sympathieversicherungen ab im Namen ihrer Behörden und das geschah in — Breslau!

War es nicht in Breslau, wo die städtischen Behörden das Koalitionsrecht mit Füßen traten? War es nicht in Breslau, wo man ganze Straßenzüge für die Arbeiterschaft gesperrt hat, weil auf einem Bau ein Streik ausbrach? War es nicht in Breslau, wo die harten Urteile gegen Gewerkschaftsführer gesprochen worden sind? Wohnt nicht in Breslau der unglückliche Arbeiter Biewaldt, dem ein Vertreter der Sicherheitspolizei die Hand abgehackt hat? Er hat sie ihm abgehackt und hat nicht vorher nach seinem Glaubensbekenntnis und seiner politischen Ueberzeugung gefragt! Er hat sie ihm abgehackt im heiligen Eifer, das Kapital und die gegenwärtige Gesellschaft vor der Gefährdung durch die Arbeiterschaft zu retten! Aber sein Vorgesetzter erschien auf dem Kongreß der christlichen Arbeiter, diesen im Verein mit den Vertretern anderer Behörden der Sympathie der Breslauer Polizei zu versichern. Fast alle Behörden ließen sich vertreten; man vermißte förmlich den Delegierten der Breslauer Staatsanwaltschaft, die sich gewiß nicht zuletzt der Arbeiterschaft gegenüber mit Ruhm bedeckt hat.

Allerdings hat sich der Kampf der schlesischen Behörden weit weniger gegen die christlich organisierten Arbeiter gewendet als vielmehr gegen die freiorganisierten; aber was man in dieser Beziehung in Schlesien versäumt hat, holten die Behörden anderer Orte nach. Auf dem Kongreß wurden der Beispiele dafür viele vorgeführt. Auch die beliebte Polizeimanier, Ausländer als lästig zu empfinden, wenn sie dem Kapitalismus unbequem werden, und dann auszuweisen, wird den christlich organisierten Arbeitern gegenüber in Anwendung gebracht. Ein ganz charakteristischer Fall: In Rheinland-Westfalen hat die Arbeiterschaft viel durch Streikbruch seitens unaufgeklärter italienischer Arbeiter zu leiden. Diesem Uebel abzuhelfen, engagierten die Christlichen einen italienischen Journalisten Dr. Vallenda, der organisierend und aufklärend unter den Italienern wirken sollte. Er konnte es nicht lange; denn bald erfolgte seine Ausweisung aus Preußen. Der Vorgang ist nicht so blutig wie der in Breslau; aber was bedeutet diese Ausweisung anderes, als eine „abgehackte Hand", eine Hand, die man der ganzen christlichen Bewegung abhackte? Was bedeuten solchen aufreizenden Tatsachen gegenüber alle schönen Redensarten von Sympathie? Und was bedeutete selbst wirkliche persönliche Sympathie der Behörden den wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber, welche die Entwickelung der gesamten Arbeiterbewegung verursacht haben und sie fortgesetzt beeinflussen?

Wahrlich, der Reichsverband hat Anlaß, die Behörden Schlesiens genau so wie den Landrat Freiherrn v. Maltzahn in Grimmen vor dem Optimismus zu wahren, als könnte eine christliche Arbeiterbewegung ernsthaft etwas an der Tatsache ändern, daß das Proletariat aus seiner wirtschaftlichen Stellung in der gegenwärtigen Gesellschaft heraus in immer heftigere Opposition zu der modernen Wirtschaftsweise und der daraus resultierenden Politik hineingetrieben wird.

Vielleicht teilt auch der Reichsverband Herrn Professor Sombart mit, daß solchen Verhältnissen gegenüber das bittende Gestammel ohne Wirkung sein muß, die Arbeiter Deutschlands möchten den Parteimantel fallen lassen. Für die Arbeiterschaft würde dies die bloße Wahrung der Einzelinteressen durch Selbstversicherung, allerhöchstens noch der Berufsinteressen in der Organisation bedeuten. Wo ist aber die Arbeiterschaft Deutschlands so rückständig, daß sie sich darauf zurückziehen möchte? Welche Absicht auch Herrn Sombart leiten mag, wo aber sonst den Arbeitern dieser politische Rat gegeben wird, geschieht es mit der geheimen Hinterabsicht, sie zu teilen und dadurch zu herrschen. Höchstens die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind rückständig genug, sich durch solche Ratschläge düpieren zu lassen. Die christlichen Gewerkschaften, die was sie sind in Rheinland-Westfalen wurden, im Zentrum einer nie vorhergesehenen kapitalistischen Entwickelung, haben die erste Stufe der Erkenntnis über das Wesen der modernen Gesellschaft erklommen; sie fühlen sich nicht als nur in Berufe geteilte gleichberechtigte Mitglieder der ganzen Gesellschaft: das Klassengefühl ist in ihnen erwacht. „Der brutale Kapitalismus", ruft Giesberts aus, „wie er ganz besonders im Ruhrrevier vorherrschend ist, hat den Radikalismus auch in unsere Reihen getragen!"

Dieses Klassengefühl ist noch kein Klassenbewußtsein. Darum das haltlose Hin- und Herschwanken zwischen Solidarität und Streikbruch, zwischen einer Politik des Angriffs und der Verteidigung der herrschenden Gewalten. Aber der „brutale Kapitalismus" wird weiter an der Erziehung der christlichen Arbeiter tätig sein. Ihre Organisationen müssen radikaler werden oder auf ihre Existenz verzichten. Eine Politik der Versöhnung mit der herrschenden Gesellschaft straft sich an ihnen mit Selbstvernichtung, entzieht ihnen die vom Klassengefühl zum Klassenbewußtsein fortschreitenden Arbeiter.

Ueber diese Entwickelung dürfen wir uns nicht täuschen lassen dadurch, daß die Kämpfe zwischen christlichen und freien Gewerkschaften je länger, je heftiger werden. Der Streikbruch des Individuums gilt schon jetzt in christlichen Kreisen als eine für Arbeiter unehrenhafte Handlung. Warum machte sonst dieser Vorwurf, von unserer Seite erhoben, die Gewerkschaftschristen so nervös? Aber der Massenstreikbruch zwecks Schädigung der konkurrierenden Gewerkschaften wird um so öfter vorkommen, je mehr sich diese in ihren Zielen ähnlich werden, bis endlich das völlig durchgebrochene Klassenbewußtsein den törichten Bruderhaß zu überwinden vermag und eine organisatorische Einigung möglich macht.

Diese Entwickelung der Arbeiterschaft vom Klasseninstinkt durch das Klassengefühl zum Klassenbewußtsein bedingt auch die politische Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften. Der sprunghaft sich entwickelnde Kapitalismus in Deutschland hat die Gewerkschaftsbewegung in ihren ersten Anfängen brutal niedergetreten und in ihr lange das Gefühl des Könnens derart niedergehalten, daß die dem Organisationsgedanken gewonnenen Arbeiter sich neben der Gewerkschaft als Stütze nach einer politischen Partei umsahen. Und da wandte man sich fast allemal an die Parteien, die durch die Macht der Verhältnisse in der nächsten Umgebung die herrschenden geworden waren, wie umgekehrt die politischen Parteien in Deutschland die Gewerkschaftsform zu bevorzugen pflegen, welche unter ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen geboren wurden wie die Partei. Die christlichen Gewerkschaften waren lange Zeit vom Zentrum untrennbar.

Aber die wirtschaftlichen Ideale des Zentrums sind nicht die der Arbeiter. Die brotverteuernde Zoll- und Steuerpolitik des Zentrums, seine Bewilligungslust in Heer- und Marineangelegenheiten, seine zweifelhafte Haltung gegenüber den wichtigsten Volksrechten machten es zur Vertretung der Arbeiterschaft untauglich. Das erwachte Klassengefühl der christlichen Arbeiter läßt diese erkennen, daß die bisher von ihnen gestützte Partei ihren Interessen nicht dient. Die Mißstimmung erging sich in Protesten und löst sich jetzt aus in den Ruf nach einer selbständigen politischen Vertretung.

Damit stehen dem Zentrum schlimme Kämpfe bevor. Es wird wirtschaftlich Farbe bekennen und sich eine bestimmte Klasse als Rückhalt für seine Politik suchen müssen. Die Arbeiterklasse ist für diesen Zweck durchaus ungeeignet; so wird sie desto rascher vom Zentrum abfallen. Einer neuen christlichnationalen Arbeiterpartei aber, sollte es wirklich über kurz oder lang einmal zu einer solchen Gründung kommen, würde es genau gehen, wie der christlichen Gewerkschaftsbewegung: sie wird, durch die kapitalistische Entwickelung gedrängt, radikaler und radikaler werden. Verfällt sie nicht vielleicht beizeiten dem Schicksal der nationalsozialen Partei, so würden uns schwere politische Kämpfe mit einer solchen so wenig erspart bleiben, wie den freien Gewerkschaften die Kämpfe mit den christlichen. Der schließliche Erfolg aber wird unser bleiben.

Jammerschade, daß die deutsche Arbeiterschaft wegen der politischen und wirtschaftlichen Zerrissenheit Deutschlands einen solchen Golgathaweg auf ihrem Ziele zur Befreiung gehen muß. Aber uns ist nicht bange darum, daß sie dies Ziel erreicht, und wir sind gewiß, daß dies Ziel nur im Sozialismus liegen kann!

Die russische Revolution.

Nach der Auflösung.

Moskau, 22. Juli 1906. (Eig. Ber.)

Am Vormittag des 10. Juli (alt. St.) wurde ich telegraphisch benachrichtigt, daß das Schicksal des ersten russischen Parlamentes um 2 Uhr nachts besiegelt und daß es vom Zaren auseinander gejagt worden ist. Um 3 Uhr nachmittags ward diese Nachricht in Moskau vermittelst weißer Mauerplakate offiziell verbreitet.

Sofort begab ich mich auf die Straße, um die Stimmung derselben zu studieren.

Da steht eine Gruppe von 15 bis 20 Männern, die die Kundgebung des Stadtoberhauptes liest:

„Unsinn! Das geht nicht vom Zaren aus! Da steht ja drunten nicht einmal sein Name Nikolaus II. (Es war ja noch nicht das Zaren-Manifest selber.) Dies Plakat geht uns nichts an! Das ist sicher Trepows Mache."

„Dummkopf, weißt Du denn nicht, daß in Rußland der Trepow und nicht der Zar zu sagen hat?"

Ich gehe weiter.

Dort wieder eine Gruppe von Lesenden. Einer von diesen bekreuzigt sich die ganze Zeit und betet.

„Was tust Du denn?" frage ich ihn.

„Ja, Herr, ich bete zu Gott für diejenigen, die morgen vielleicht schon erschossen werden."

Ich eile weiter.

Da steht eine Gruppe von 50—60 Mann und in ihrer Mitte spricht einer laut: „Ja, ich war auch Soldat. Wenn ich aber den Inhalt dieses Zarenbefehls damals kannte, so hätte ich dem Zaren nicht gedient und ihm meinen Schwur nicht geleistet."

Und nun höre ich zum erstenmal in meinem Leben auf den Straßen Moskaus vom Volksmunde Schimpfworte an die Adresse des Zaren!

Wieder eine Gruppe. Hier spricht alles ganz leise unter einander. Unwillkürlich tue ich das gleiche. Und da wird mir ins Ohr geflüstert: „Wissen Sie, heute nacht werden sich die Arbeiter in Grusinach (ein Stadtteil) versammeln, und da wird es heiß hergehen." „O heilige Maria!" höre ich rechts und links von mir, und die Gruppe zerstreut sich leise und ruhig.

Ein paar Schritte weiter wieder eine Gruppe. Einer, der des Lesens nicht mächtig ist, fragt den anderen: „Ja, sag': was steht denn da geschrieben?"

„Daß wir keinen Zaren haben!"

„Wie? Warum?" — „Weil der Zar unsere Duma auseinandergejagt hat."

Ja, ja, im Volke befestigt sich der Glaube, daß es keinen Zaren hat.

Schon während der Dezembertage hörte ich öfters solche Redensarten. Da machte ich einmal absichtlich die Bemerkung: Die Zaren werden ja von Gott berufen! — „Ach was! Meinen Sie, wir wissen nicht, wie die Romanows gewählt wurden!" — „Der Zar", so mischte sich ein anderer in unser Gespräch ein, „ist das gleiche wie bei uns der Dorfschulze. Wir wählen diesen auf ein Jahr, und wenn er uns nicht mehr paßt, wird er einfach nicht wiedergewählt!"

Und dieser Zar erklärt jetzt im Manifeste „seinem Volke": Er habe die Duma deshalb auseinandergejagt, weil sie sich erlaubte, sich an die Bauern mit einer Erklärung über ihre Arbeit zu wenden. Nun haben ja die Bauern tagtäglich ihre Leute nach Petersburg geschickt, um zu erfahren, was die Duma eigentlich treibe. Und sie schrieben täglich an ihre Deputierten, sie möchten doch einmal von sich hören lassen und forderten sie auf, aufs Land zu kommen, um ihnen etwas Positives über die Arbeit der Duma mitzuteilen. Und jetzt, als die Duma das tun wollte, wird sie eben deshalb auseinandergejagt! Nun, der russische Bauer kann noch so dumm sein, aber den wahren Sinn dieser Geschichte wird er doch verstehen.

Dann heißt es im Manifeste weiter, die Duma habe sich erlaubt, sein, des Zaren, Beamtentum zu kritisieren. Gibt es denn in Rußland etwas, was verhaßter wäre als das Beamtentum, die ganze Bureaukratie? Und wenn der Zar sich dieser annimmt, so erklärt er sich mit ihnen solidarisch und gibt somit dem Volke das Recht, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Nun fragen wir uns: warum hat denn die Regierung das erste russische Parlament geschlossen? Wahrlich nicht wegen des Kadettenaufrufs. Der war ja so harmlos und so bescheiden, daß man sich etwas noch Bescheideneres gar nicht denken konnte. Der Aufruf hätte ja nur auf dem Lande die Ruhe wieder hergestellt, die durch den Regierungsaufruf gestört wurde. Oder hatte die Regierung vielleicht Angst bekommen vor den bevorstehenden revolutionären Schritten des Parlaments? Auch das ist nicht der Fall. Die Kadetten hatten ja zum Hauptpunkte ihres Programms gerade die legale Erstickung der Revolution gemacht. Und eben darin bestand ja der Hauptstreit zwischen den „Linken" und den Kadetten. Oder hielt die Regierung uns für so naiv, daß wir ihr glauben würden, sie sei zu ihrem Schritte von den Sozialisten-Revolutionären gezwungen, in deren Redaktion der Zeitung „Misl" sie sehr kompromittierende Schriften, Beschlüsse u. dergl. gefunden hat? Wir kennen die Führer dieser Partei sowie die Psychologie derselben besser als die russische Regierung. So dumm sind die Sozialisten-Revolutionäre nicht, daß sie an einer der Hauptstraßen Petersburgs ihre geheimen Versammlungen abhalten und gerade dort ihre geheimen Schriften aufbewahren, noch dazu in einer Zeitungsredaktion, die täglich eine Haussuchung erwarten muß!

Nein, der Sinn der ganzen Geschichte ist der folgende: Die Regierung sucht das russische Proletariat zu provozieren! — Verlorene Mühe! Die russische sozialdemokratische Partei wird ihre Reihen wohl fester schließen, aber den Massen wird sie die Parole geben: Ruhig abwarten! Die russische Arbeiterpartei hat ihre Arbeit schon getan. Sie hat das russische Volk zum politischen Kampfe ermuntert und den Massen den revolutionären Geist eingeimpft. Jetzt kommt zuerst die Reihe an die Bauern. Und den Moment, in welchem die russische Sozialdemokratie der Regierung eine Generalschlacht liefern wird, den Moment wird sie sich selbst auswählen! Die russische Regierung wird zu einer Schlacht auf zwei Fronten gezwungen werden. Auf dem Lande wird sie mit dem Bauerntum und in den Städten mit der Arbeiterklasse zu tun haben. Den Zeitpunkt dieser Schlacht aber wird sich, wie gesagt, die Sozialdemokratie selber wählen. —

Kaum wurde in Moskau die Nachricht von der Auflösung der Duma bekannt, als viele Deputierte verschiedener Organisationen dem Moskauer sozialdemokratischen Komitee den Vorschlag

machten, **sofort die Arbeit einzustellen.** Allein es hieß: Ruhig abwarten!!

Und nun noch eins: Hier ist die Nachricht verbreitet **von einer sehr langen Depesche, die unmittelbar vor der Unterzeichnung des Dekrets über die Auflösung der Duma aus Berlin eintraf!!! In den Arbeiterkreisen wird darüber viel gesprochen und debattiert. Wir sagten aber dem russischen Proletariat, es könne ruhig bleiben. In Deutschland gebe es noch eine Dreimillionen-Partei, deren Stimme mächtig genug sei, um gehört zu werden. Nein, die deutsche und die internationale Sozialdemokratie wird es nicht gestatten, daß die russische Freiheitsbewegung von preußischen oder anderen Bajonetten erstickt wird.**

* * *

Petersburg, 26. Juli. (W. T. B.) Die neuesten aus dem ganzen Reiche eintreffenden Nachrichten bestätigen, daß die Auflösung der Reichsduma überall ohne Anzeichen von bevorstehenden Unruhen aufgenommen worden ist. Die revolutionären und sozialistischen Organisationen mahnen überall zur Ruhe, **da der Zeitpunkt für einen Generalstreik denkbar ungünstig sei, weil die Bauern mit der Ernte beschäftigt seien.** Auch würden diejenigen Gouvernements, die völlig auf die Zufuhr von auswärts angewiesen seien, infolge des Bahnstreikes durch Hungersnot zugrunde gerichtet werden. — Aus dem Süden wird gemeldet, daß an vielen Orten die Ernte durch schwere Regengüsse und Ueberschwemmungen vernichtet worden ist.

Wetterzeichen.

London, 27. Juli. Wie dem „Standard" aus Petersburg gemeldet wird, haben die russischen Sozialisten in der Hoffnung auf den baldigen Ausbruch einer **allgemeinen** Bewegung beschlossen, vorläufig keinen Teilausstand zu unterstützen, obwohl **die Eisenbahner sich für den Streik erklärt haben.**

Petersburg, 27. Juli. Die hiesigen Bauarbeiter drohen in den Ausstand zu treten.

Petersburg, 27. Juli. Mehrere Provinzgouverneure berichten, daß in den Ortschaften, in denen jüngst Agrarunruhen stattgefunden haben, **die Bauern sich wieder organisieren.**

Aufruf an die abgesetzten Dumamitglieder.

Die Auflösung der Reichsduma hat in der russischen Provinz, wie aus zahlreichen Meldungen hervorgeht, einen weit größeren Eindruck gemacht als in Petersburg und Moskau. Daher wird in den russischen Provinzstädten und vor allem auf dem flachen Lande (neben der Verbreitung des vom „Rumpfparlament" in Wyborg abgefaßten Aufrufs an das Volk) lebhaft dafür agitiert, sich geschlossen an die abgesetzten Volksvertreter zu wenden und sie in Aufrufen zur Uebernahme der Führerschaft im Kampfe gegen die russische Regierung aufzufordern:

„Das Volk hat Euch sein Vertrauen geschenkt," heißt es in einem solchen Entwurf, „entsandte Euch aus seiner Mitte als seine Auserwählten, als seine Beschützer. Durch Euren Mund wollte es seine Rechte, sein Streben nach einem menschenwürdigen Dasein verkünden. In Eure Hände legte unsere Heimat ihr Schicksal. Diese Hände sollten stark wie Stahl sein. Eure Stimme sollte laut und gewaltig die reif gewordenen Bedürfnisse des Volkes verkünden. Euer Wille hat sich als unerbittlich und entschlossen gezeigt, und die Feinde der Volksfreiheit haben von dieser Entschlossenheit Kenntnis erhalten. Das von der Regierung in die Finsternis der Rechtlosigkeit und Gesetzlosigkeit gestürzte Land erwartete von Euch die Erlösung. Die wilde Willkür der Gewalt, die Schmähung der heiligsten Güter des Menschen, stürzte das Land in eine dumpfe Verzweiflung. Indem das Volk Euch wählte, erklärte es der Regierung, wie sehr es diese haßt. In blinder Wut rächte sich die russische Regierung an ihrem Volke für die von ihm erzwungenen Konzessionen und trieb Euch, die besten Männer des Landes, auseinander. Sich auf die Soldateska stützend, reißt die russische Regierung die besten Leute aus unseren Reihen heraus und schleppt sie auf den Richtplatz. Sie überflutet das Land mit Märtyrerblut. Die Hand des Rächers zittert nicht, er ist taub und stumm dem Flehen der Mütter, den Tränen der Waisen gegenüber. Zwar hat man die Reichsduma aufgelöst, Euch mit brutaler Gewalt von der Euch gehörenden Stätte verjagt, doch ist Euch Eure Pflicht geblieben. Rettet das Land, **stellt Euch an die Spitze Eurer Getreuen,** um so die Rache der Henker, die Wut einer Gruppe autokratischer Herrscher abzuwehren, die alle Menschenrechte mit Füßen treten. Ueberlaßt nicht die heiligen Rechte des Volkes der Entehrung durch herzlose Höflinge. Befreien wir aus den Gefängnissen die von den Volksfeinden dort festgehaltenen Helden und Volksverteidiger. Halten wir die Hand des Henkers auf, dessen blutiges Schwert so viele teure Leben bedroht. Entreißen wir ihm das mit dem Blute der Märtyrer befleckte Schwert. Euch schenkt das Volk weiter sein Vertrauen, nennt Euch seine Führer. Auch jetzt gehört Ihr nicht Euch selbst! Als echte Kämpfer dürft Ihr jetzt vor nichts zurückschrecken. Ihr müßt Euer Leben dem Vaterlande opfern. Haltet Euch tapfer, denket daran, daß das nach Freiheit lechzende russische Volk, das schon so viel gelitten hat, hinter Euch steht. Kommt, gebt Befehl Euren Getreuen!"

Eine neue Aera für Finnland.

Daß es der russischen Regierung doch nicht ganz geheuer ist in ihrem Selbstbewußtsein, geht u. a. daraus hervor, daß sie z. B. in Finnland um gutes Wetter bittet, damit sie nicht auch dort von neuen revolutionären Erhebungen überrascht werde; denn der schönen Doppelaufgabe, in Rußland **und** in Finnland Bäche Blutes zu vergießen, fühlt sich Herr Stolypin denn doch wohl noch nicht ganz gewachsen.

Wenige Stunden vor seinem Entschluß, die Reichsduma aufzulösen, unterzeichnete Nikolaus II. einen Ukas, der dem noch bis vor kurzem so schwer geprüften finnischen Volke die rosigsten Aussichten auf eine neue Aera für das von der bekannten Russifizierungspolitik einstweilen befreite Finnland bietet; denn dem finnländischen Generalgouverneur Senator Gerhard gelang es, den Zaren zu überzeugen, daß er die von der jetzigen außerordentlichen Ständeversammlung ausgearbeiteten Landtagsreformen und das neue Wahlgesetz für Finnland ohne Abänderung akzeptieren müsse! Von welch einschneidender Bedeutung dieser Zarenukas für Finnland ist, geht aus folgendem hervor: Bisher waren im Landtag vier Stände vertreten, und zwar der Adel, die Geistlichkeit, die Bürger und die Bauern. Jetzt aber werden die ständischen Grenzen aufgehoben, und es wird eine Volksvertretung auf der Basis der allgemeinen Stimmabgabe geschaffen, wobei auch Frauen wahlberechtigt sind. Bei dem früheren ständischen Wahlsystem hatte der kleinere Teil der Bevölkerung Finnlands, die Schweden, eine überwiegende Stimmenmehrheit im finnländischen Landtag, da mit Ausnahme der Bauern in den übrigen drei Ständen die Schweden vorherrschten. Bei einer **allgemeinen** Stimmenabgabe könnte der Stamm Finnlands, der die Hauptbevölkerung des Großfürstentums ausmacht, die schwedische Intelligenz, den Adel und die Bourgeoisie fast gänzlich verdrängen. Doch friedlich, wie die Finnländer sind, haben sie zur gerechten Stimmenverteilung bei den verschiedenen Nationalitäten ein neues, nunmehr am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tretendes Wahlsystem nach dem Prinzip der Proportionalität geschaffen, wodurch alle Parteien und Stände eine entsprechende Vertretung in dem finnländischen Landtage haben und so ganz Finnland zu einer neuen politischen Entwickelung verhelfen werden.

* * *

Helsingfors, 27. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Gestern nachmittag sind die Schutzleute in den Ausstand getreten. Sie wurden sofort entlassen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt ist durch Freiwillige der Bürgerschaft übernommen worden.

Die sechs Mutigen.

Petersburg, 26. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die sechs Reichsratsmitglieder, welche ihr Mandat niedergelegt haben und unter denen sich die Akademiker Wernatzki und Lappodanilewski befinden, gehörten alle der Kadettenpartei an und erklärten ihren Entschluß mit der Unmöglichkeit, Rußland ohne die Reichsduma auf den Weg richtiger Entwickelung zu führen und eine friedliche Lösung für das russische Volk zu finden, da jetzt bis zum Zusammentritt der neuen Duma die Gesetzgebung nur in Händen der exekutiven Gewalt liege.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juli.

Parade-Rettungsvorrichtungen.

Als im vorigen Jahre die Hibernia-Gesellschaft in Lüttich eine Anzahl von Rettungsapparaten für den Bergwerksbetrieb sowie eine Uebungsstrecke für Rettungsmannschaften ausstellte und diese wegen ihrer Vorzüglichkeit bei den fachmännischen Besuchern der Lütticher Weltausstellung mannigfache Anerkennung fanden, da renommierte die von den Gruben- und Eisenmagnaten ausgehaltene Presse gewaltig mit der „väterlichen Fürsorge" der deutschen „Arbeitgeber", speziell der Kohlenmagnaten, für die ihrer Obhut anvertrauten Arbeiter. Das Spezialorgan der Zechen, die „Industrie", täglich erscheinende Fachzeitung für den Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, leistete sich z. B. folgende Lobpreisung:

„Diese Zeche stellt auch eine gewissermaßen den Clou der Abteilung bildende Uebungsstrecke für Rettungsmannschaften aus. Es ist recht gut, daß auf Ausstellungen drastisch der ganze komplizierte Apparat mal gezeigt wird, den man „unter der Erde" in Betrieb setzt **zur Rettung von Menschenleben. Die große Masse des Publikums hat und kann auch keine Ahnung davon haben, was alles von seiten der Arbeitgeber getan wird, um Unglücksfälle zu verhüten oder, wenn solche trotzdem eintreten, mit allen Hülfsmitteln der Technik die Rettung der Verunglückten zu versuchen.**"

Sorgfältig wurde dem Publikum verschwiegen, daß die Rettungseinrichtungen der Zeche Shamrock I/II der Hibernia-Gesellschaft ein Renommierparadestück darstellen, und nur noch vier oder fünf Zechen anderer deutscher Bergwerksgesellschaften ähnliche, wenn auch nicht ganz so vorzügliche Rettungseinrichtungen besitzen, daß aber bei nicht wenigen der deutschen Gruben fast alle Rettungsapparate fehlen und sie in dieser Beziehung tief unter dem englischen Bergbau stehen. Bald darauf zeigte denn auch der Brand der Zeche „Borussia", der 39 Bergleuten das Leben kostete, wie es mit der vielgerühmten „väterlichen Fürsorge" der deutschen Bergwerksmagnaten bestellt war. Wie uns damals sofort von zuverlässiger Seite berichtet wurde und wie durch die Gerichtsverhandlungen der letzten Tage bestätigt worden ist, fehlten auf der Zeche „Borussia" nicht nur alle Rettungsapparate und jede Rettungsmannschaft, sondern auch die notwendigsten Sicherheitsvorrichtungen. Es wurde nicht gerieselt, es wurden an gefährlichen Stellen scheibenlose Laternen benutzt, in den morschen Leitern fehlten vielfach die Sprossen, der Hydrant war zu hoch angebracht und gab kein Wasser. Und ebensowenig hatte es die Zechenverwaltung für nötig gehalten, eine Feuerwehr einzurichten, oder die Belegschaft auch nur im geringsten darüber zu instruieren, wie sie beim Ausbruch eines Grubenbrandes sich zu verhalten hätte; kurz alles befand sich im Zustande höchster Verwahrlosung und Versumpfung — fast noch schlimmer als in Courrières.

Das hindert nicht, daß, als die Katastrophe in Courrières bekannt wurde, das von den Kohlenmagnaten unterhaltene Preßgesindel in patriotischen Artikeln und Notizen die angebliche enorme Ueberlegenheit des deutschen Bergbaues über den französischen pries und in verlogener Renommisterei behauptete, ähnliche Unglücksfälle wie in Courrières könnten in Deutschland dank der vorzüglichen Einrichtungen der deutschen Bergwerksbetriebe gar nicht vorkommen. Und als dann die Rettungsmannschaft der „Hibernia" unter Führung des Bergwerksdirektors Meyer nach Courrières zog und dort unter Benutzung ihrer vervollkommneten Rettungsapparate bis zu gefährlichen Stellen vordrang, zu welchen vorher die französischen Bergleute mit ihren Apparaten nicht vorzudringen vermocht hatten, da erfüllte ein verlogenes Jubelgeschrei die deutsche kapitalistische Presse. Unter dem widerlichsten Tamtam wurden die „Errungenschaften" der deutschen Bergtechnik, der Mut der heldenmütigen Rettungsschar und ihres umsichtigen Leiters gefeiert.

Die Dortmunder Gerichtsverhandlungen über die „Borussia"-Katastrophe haben diesen Humbug grausam zerstört und jedem, der verstehen will, bewiesen, wie es mit der schönen Legende von der Vorzüglichkeit der Rettungseinrichtungen im deutschen Bergbau bestellt ist. Aber nicht nur in dieser Legendenzerstörung liegt unseres Erachtens die Bedeutung der Verhandlungen, wichtiger und charakteristischer für die traurigen Zustände des deutschen Bergbaues und die Auffassung der Bergbaupolizei scheint uns die von den Sachverständigen mit größter Gemütlichkeit vorgetragene Meinung, **daß das Fehlen aller Sicherheitsvorrichtungen eigentlich für das Unglück auf der Borussia-Zeche ganz unerheblich sei** und deshalb die Katastrophe nur der Unvorsichtigkeit eines jugendlichen Arbeiters zugeschrieben werden dürfe. Nur einer der Sachverständigen war anderer Ansicht, der Bergwerksdirektor Meyer, der Führer der deutschen Rettungsmannschaft in Courrières. Er tadelte die Schachtverschalung, das offene Licht am Füllort, die Unterbringung von Holz am Füllort usw.; doch wurde ihm deshalb von den anderen Sachverständigen gewaltig heimgeleuchtet und Herr Bergwerksdirektor Randebrock erklärte im Bewußtsein der Pflichten, die ihm seine Stellung auferlegt, die Beamten dürften nicht mit so vielen Instruktionen bezüglich der Sicherheitsvorrichtungen bedacht werden, daß die wirtschaftlichen Aufgaben darunter leiden müßten. **Man wolle doch nicht nur Unfälle verhüten, sondern schließlich auch Kohlen fördern.**

Die gemeinsame schroffe Abweisung der Meyerschen Forderungen durch die anderen Sachverständigen — zum Teil Staatsbeamte — ist höchst kennzeichnend für unsere bergbaupolizeilichen Zustände. So lange die Rettungsvorrichtungen der „Shamrock"-Zeche nur als Paradestück dienten und Herr Meyer sich darauf beschränkte, ihre Vorzüglichkeit dem Auslande zu demonstrieren, galt er als „umsichtiger Fachmann" ersten Grades; sobald er sich aber einfallen läßt, daraus zu folgern, daß ähnliche Sicherheitsvorrichtungen auch anderswo eingeführt werden müssen, treten ihm die amtlichen Sachverständigen mit dem schönen Einwand entgegen, die **Hauptsache sei doch das Kohlenfördern, nicht die Unfallverhütung.**

Die ganzen Verhandlungen zeigen, wie notwendig eine gründliche Reform der Bergwerksbeaufsichtigung ist. Schärfer noch als die Kohlenmagnaten und ihre wohlbestallten gefügigen Willensvollstrecker treffen die Dortmunder Enthüllungen den Staat. Seine bergpolizeilichen Anordnungen haben sich in keiner Beziehung als ausreichend erwiesen. Gründliche Ergänzung der bergpolizeilichen Bestimmungen und Schaffung einer Berginspektion, die tatsächlich diesen Namen verdient, einer Inspektion, welche die Arbeiter mit zur Beaufsichtigung heranzieht und sie nicht Sachverständigen von der Eigenart des Herrn Randebrock überläßt: das sind die Mindestforderungen, die sich als Resultat der Gerichtsverhandlung ergeben. —

Zwei Seelen und ein Gedanke.

Wir hatten vorgestern auf die sonderbaren Widersprüche hingewiesen, die sich aus dem Inhalt der Rede des Herrn **Sombart** auf dem Kongreß der christlichen Gewerkvereine zu Breslau und den früheren **literarischen** Aeußerungen des Herrn Professors ergaben. Während Herr Sombart seinerzeit der Auffassung huldigte, daß jede Gewerkschaftsbewegung, die diesen Namen überhaupt verdiene, zu einer „**Elementarschule des Sozialismus**" werden müsse, legt er in Breslau den christlichen Gewerkschaften dar, daß es falsch sei, eine Weltanschauung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen, wie das bei der **Sozialdemokratie** der Fall gewesen sei.

Heute zeigt eine längere Wiedergabe der Rede des Herrn Sombart in der Breslauer „Volkswacht", daß die zwei Seelen in der Brust des Herrn Sombart **einen ganz bestimmten Gedanken, eine klare und zielbewußte Absicht durchaus nicht ausschließen.**

Wenn Herr Sombart seinerzeit die freien Gewerkschaften umschmeichelte und die Auffassung vertrat, daß die Gewerkschaftsbewegung ganz aus sich selbst heraus zur „**Klassenbewegung**" und zum „**Sozialismus**" führen müsse, so geschah das nur, um die **Neutralitätsbestrebungen** zu stärken, die sich in gewissen Gewerkschaftskreisen geltend machen. Dem von sozialdemokratischer Seite geltend gemachten Bedenken, eine neutralisierte Gewerkschaftsbewegung könne zu einer die moderne Arbeiterschaft schädigenden **zünftlerischen Verknöcherung** der Gewerkschaftsbewegung nach englischem Muster führen, begegnete Herr Sombart mit der beschwichtigenden Versicherung, daß auch eine **reine** Gewerkschaftsbewegung schließlich zum Klassenkampf führe und eine „Elementarschule des Sozialismus" bilden werde. Daß Herrn Sombarts Empfehlung des reinen neutralisierten Gewerkschaftlertums aber **keineswegs im Interesse des Sozialismus** geschah, geht aus den Ausführungen unverkennbar hervor, die Herr Sombart jetzt in Breslau gegenüber den christlichen Gewerkschaftlern gemacht hat.

Auch in Breslau empfahl Herr Sombart eine **neutrale** Gewerkschaftsbewegung, aber er hütete sich sehr, diese Empfehlung durch das Argument zu stützen, eine solche Gewerkschaftsbewegung müsse naturgemäß zum **Klassenkampf**, zum Sozialismus führen. Den christlichen Gewerkschaftlern gegenüber betonte er lediglich die Notwendigkeit, eine **einheitliche** Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, die aber dadurch **gehindert** werde, daß man auf beiden Seiten, hier die sozialdemokratische, dort die christliche **Weltanschauung** in die Gewerkschaftsbewegung hineintrage. Es sei deshalb durchaus nicht von Nutzen, wenn sich die Gewerkschaften mit anderen Materien, wie die verschiedenen Weltanschauungen, belasteten. Verzichteten die Gewerkschaftler auf die Geltendmachung dieser ihrer Weltanschauung, so stehe einer gewerkschaftlichen **Einigung** der verschiedensten Richtungen nichts im Wege. Herr Sombart fuhr dann fort:

„Mein Wunsch ist, daß das **große letzte Ziel** in Deutschland wie in anderen Ländern eine **einheitliche** Arbeiterbewegung sei, eine Arbeiterbewegung, die für die Interessen der Arbeiterklasse **in der bestehenden Ordnung der Dinge** eintritt."

Um nun die sozialdemokratischen Gewerkschaftler zu **zwingen**, ihre Gewerkschaftsbewegung zu neutralisieren, sei es notwendig, die **christlichen** Organisationen derart auszubauen, daß sie eine Macht würden, mit denen die freien Gewerkschaften „paktieren" müßten.

Die Breslauer „Volkswacht" meint dazu, daß Herr Sombart seine Anschauungen von der Gewerkschaftsbewegung wieder einmal **geändert** habe. Früher habe er die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung dadurch herbeigeführt sehen wollen, daß alle **anderen** Richtungen in den **freien Gewerkschaften aufgingen**; jetzt wolle er die Einheitlichkeit dadurch erzwingen, daß umgekehrt die **anderen** Richtungen und freien Gewerkschaften **ebenbürtig** würden.

Der **taktische** Widerspruch ist ja unverkennbar, allein die **Absicht** des Herrn Sombart ist völlig die **gleiche** geblieben. Sein Ziel ist es, die Neutralisierung der Gewerkschaften durchzuführen. Nur freilich **nicht** im Interesse eines Sozialismus, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie auffaßt. Herr Sombart möchte vielmehr die deutsche Sozialdemokratie vermittelst der neutralisierten Gewerkschaften in einen **reformerischen Sozialismus** umwandeln, wie er etwa von den englischen **Fabiern**, also etwa dem Herrn **Shaw**, vertreten wird. Um dies schöne Ziel zu erreichen, sind ihm eben alle Mittel recht!

Nachdem sein Kokettieren mit den freien Gewerkschaften erfolglos geblieben ist, nimmt er nicht den geringsten Anstand, die christlichen Gewerkschaften gegen die freien Gewerkschaften zu mobilisieren. Er wird dabei freilich nur das eine erreichen, daß jetzt auch denjenigen Gewerkschaftlern, die ihn als einen aufrichtigen Freund ihrer Bestrebungen betrachteten, die Augen über seine wahren Absichten geöffnet werden!

* * *

Deutsches Reich.

Zur Nachwahl im 10. sächsischen Wahlkreis.

In dem durch den Tod unseres Genossen Grünberg erledigten Wahlkreis **Döbeln** tragen sich die Antisemiten mit der schönen Absicht, es bei der Ersatzwahl noch einmal mit einem eigenen Kandidaten zu versuchen. Es soll sich sogar Herr Zimmermann erboten haben, dort zu kandidieren, da er sich in seinem Kreise nicht mehr sicher fühlt. Die Freisinnigen sind anscheinend noch auf der Kandidatensuche; einstweilen lassen sie erklären, daß sie sich an den Verhandlungen des Ordnungsklüngels über die Aufstellung Hasses nicht beteiligt hätten. Auf sozialdemokratischer Seite wird über die Kandidatenfrage demnächst endgültig in einer Kreisversammlung des Döbelner Bezirks entschieden. Als Kandidat ist Genosse **Karl Pinkau**, Photograph und Stadtverordneter in Leipzig, in Aussicht genommen.

Die „Leipziger N. Nachr." hat diese Mitbewerbung der Antisemiten und die bunte Musterkarte der voraussichtlichen Kandidaturen höchst verschnupft; sie fordern nach allbekanntem Rezept ein Zusammengehen der „Ordnungsparteien" gegen den Umsturz. Da aber auf solches Zusammengehen bei der Hauptwahl nicht zu rechnen ist, so sollen wenigstens „die Riesen des Jason" sich nicht untereinander zerfleischen, damit zum mindesten bei der Stichwahl, auf die das ehrsame Blatt rechnet, ein gemeinsamer Kampf der bürgerlichen Parteien möglich ist:

„Betrachtet man das Register der Abgeordneten, die Döbeln im Laufe der letzten dreißig Jahre entsandt hat, so findet man

einen liberalen Partikularisten, ein paar Fortschrittsleute, einen Mann der Reichspartei, zwei Nationalliberale, zwei Konservative und einen „Genossen"; man findet also eine Musterkarte, die fast ebenso bunt ist, wie die Musterkarte von Dresden, nur daß in Döbeln bisher ein Antisemit noch nicht durchgedrungen ist. Aber da die Antisemiten bei der vorigen Wahl eine Stimmenzahl aufbrachten, die noch größer war, als die Ziffer, mit der die Nationalliberalen paradieren durften, so wollen sie auch jetzt mit einem Kandidaten erscheinen und den Versuch machen, die Stimmung, die vor dreizehn Jahren in Sachsen für sie so günstig war, die ihnen auch noch bei der letzten Nachwahl in Marienburg zum Siege verhalf, von neuem zu beleben. Vielleicht erscheinen auch die beiden freisinnigen Parteien auf dem Plane, die Wasserstiefler, um Herrn Günther aus Plauen den erstaunten Wählern vorzuführen, die Männer vom Wadenstrumpf, um der Welt zu zeigen, daß auch in Döbeln für Herrn Theodor Barth keine Hütte gebaut ist. Und so werden all die Parteien miteinander ringen, auf daß das Mandat von Döbeln von neuem an einen Gesinnungsgenossen der Herren Singer und Bebel fällt. Denn ist die Möglichkeit schon gering, den früheren Sitz der Herren Mehnert und Sachse, den später der Alldeutsche Lehr durch einen Husarenritt gewann, nach der Ueberflutung durch die Roten zurückzugewinnen, die Zahl von 13 160 Stimmen, der die Nationalliberalen und Antisemiten zusammen nur 11 000 Stimmen entgegenzusetzen hatten, so zu verringern, und die eigene Mannschaft so zu verstärken, daß überhaupt an einen Sieg gedacht werden kann, so wird jene Möglichkeit doppelt und dreifach vermindert, wenn in Döbeln wieder die bürgerlichen Parteien im ersten Gange Frontstellung gegeneinander nehmen, und eine Erbitterung schüren, die in der Stichwahl stets die übelsten Folgen trägt. Kommt es also zu einer Zersplitterung der Stimmen, so wäre es wenigstens dringend zu fordern, daß der Hauptkampf unter den bürgerlichen Gruppen nicht gegeneinander, sondern gegen den gemeinsamen Feind von der äußersten Linken geführt wird, daß die Riesen des Jason sich nicht wieder untereinander zerfleischen."

Hoffen und harren — macht manchen zum Narren. —

Keine Gehaltsaufbesserung für Lehrer!

Der Erlaß des Kultusministers, wonach zur Verhinderung der Landflucht der Volksschullehrer die Regierungen den Gehaltserhöhungen der städtischen Lehrer in den Weg treten sollen, tut schon seine Wirkung. „Es wird gebremst", ruft die „Pädagogische Zeitung" aus und führt aus der kurzen Zeit seit der Veröffentlichung des Erlasses folgende Beispiele an:

1. In Hainau hatten die städtischen Behörden beschlossen, die Gehälter der Volksschullehrer dadurch aufzubessern, daß die Alterszulagen von 150 M. auf 200 M. erhöht wurden. Hierzu versagte die Regierung zu Liegnitz die Erlaubnis mit der Begründung, daß der Unterrichtsminister auf keinen Fall mehr eine Besserstellung der Volksschullehrer durch Erhöhung der Alterszulagen auf 200 M. dulde. Aber die Regierung verstand sich dazu, der Stadtverwaltung eine Erhöhung des Grundgehalts von 1100 auf 1200 M. zu empfehlen. Die älteren Lehrer erleiden damit eine jährliche Einbuße von 350 M.

2. In Hamborn, der größten preußischen Landgemeinde mit rund 70 000 Einwohnern, hatte die Gemeindevertretung 30 000 M. zur Aufbesserung der Lehrergehälter bereitgestellt. Die Regierung zu Düsseldorf versagte die Genehmigung zu diesem Beschlusse mit der Begründung, daß die Gemeinde nicht leistungsfähig sei.

3. In Wetter hatte die Gemeindevertretung beschlossen, die Lehrergehälter von 1400 M. und 200 M. Alterszulage auf 1500 M. und 200 M. zu erhöhen. Die Regierung zu Arnsberg versagte diesem Beschlusse ohne Angabe von Gründen die Genehmigung.

4. In Schüttorf, der bedeutendsten Industriestadt des Kreises Bentheim, hatte der Schulvorstand in anbetracht der erhöhten Lebensmittelpreise jedem Volksschullehrer eine persönliche nicht pensionsfähige Zulage für das laufende Etatsjahr in Höhe von 100 M. bewilligt. Die Zulage ist bereits ausbezahlt worden. Jetzt hat die Regierung zu Osnabrück die Genehmigung verweigert.

5. In Dortmund war im Dezember vorigen Jahres die Erhöhung des Grundgehalts von 1500 auf 1600 M. beschlossen worden. Vor kurzem wurde nun einer Deputation des Lehrervereins seitens des Ministerialdirektors Dr. Schwartzkopff eröffnet, daß die königliche Behörde nicht in der Lage wäre, einer Erhöhung des Grundgehalts über die jetzt noch als äußerste Grenze zu bezeichnende Höhe von 1500 M. zuzustimmen. Die Erhöhung des Einkommens in einer anderen Form würde sie auf Antrag in wohlwollende Erwägung ziehen.

So hat es kommen müssen! Die preußischen Lehrer in ihrer ungeheuren Ueberzahl glaubten bisher, statt durch gerades, unerschrockenes Auftreten, durch ängstliche Leisetreterei am weitesten kommen zu können. Ihr Protest gegen die Schulverpfaffung war kläglich zahm und noch auf dem letzten Münchener Lehrertage feierte die feige Opportunitätspolitik, die man dem Freisinn abgeguckt hatte, traurige Triumphe. Die Antwort der Regierung auf diese traurige Rechnungsträgerei sind brutale Stockprügel auf den Magen!

Die Behandlung, die die Regierung den Lehrern zuteil werden läßt, erscheint um so nichtachtender, wenn man die Fürsorge bedenkt, die sie den Stützen der Reaktion, speziell den Polizeiorganen zuwendet. Während man — trotz des ärgsten Lehrermangels! — den Lehrern den Brotkorb höher hängt, hält man es für selbstverständlich, dem Polizistenmangel (der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden wäre, wenn man den Schutzleuten nicht den lächerlichsten politischen Ueberwachungsdienst aufhalste!) durch Gehaltsaufbesserungen abzuhelfen. So wird jetzt amtlich gemeldet:

Bei der Berliner Schutzmannschaft ist eine größere Anzahl von Schutzmannsstellen zu besetzen. Das Einkommen der Schutzmänner ist kürzlich nicht unbedeutend erhöht worden. Sie erhalten jetzt außer dem Anfangsgehalt von 1200 M. einen Wohnungsgeldzuschuß von 360 M. (früher 240 M.) und eine Stellenzulage von 120 M. jährlich. Auch den zunächst erst zur Probe eingestellten Schutzmännern wird dieses Einkommen von monatlich 100 + 30 + 10 M. = 140 M. am Schlusse jedes Monats gezahlt.

Es versteht sich von selbst, daß wir ein Gehalt von 140 M. monatlich den Schutzleuten von Herzen gönnen. Aber daß man Schutzleuten anstandslos ein Gehalt gewährt, das die meisten preußischen Lehrer nicht erreichen, ja daß man die städtischen Gemeinden direkt hindert, ihren Lehrern menschenwürdige Gehälter zu zahlen, um nicht auch von Staats wegen den Lehrern Gehälter in der Höhe eines Schutzmannsgehaltes zahlen zu müssen, das sollte unsere „Volksbildner" doch über das Wesen unseres preußischen Staates endlich einmal aufklären! —

Die Gönner Jeskos an der Arbeit.

Ueber die Disziplinaruntersuchung gegen Jesko von Puttkamer berichten die „Hamburger Nachr." das Folgende: Die Vernehmungen nehmen einen ziemlich schnellen Fortgang. So hatten dieser Tage verschiedene Offiziere, die sogenannte Freiin von Eckardtstein, der Kameruner Oberrichter Meyer sowie Dr. jur. Esser und Direktor van de Loo als Vertreter der Viktoria-Pflanzung vor dem die Untersuchung führenden Richter, Kammergerichtsrat Sträßler, unter ihrem Eide ihre Bekundungen abzugeben. Eine große Zahl weiterer Zeugen ist geladen. Zwei der erwähnten Offiziere haben, wie privatim über den Inhalt der Aussagen verlautet, erklärt, daß sie die später in Kamerun aufgetauchte Dame dem Gouverneur hier in Berlin als Freifrau von Eckardtstein vorgestellt haben. Eine erhebliche Rolle in der Untersuchung spielt das von der Basler Mission gelieferte Anklagematerial. Von der Basler Mission geht nämlich die Behauptung aus, Puttkamer habe in unzulässigen Beziehungen zu den Esserschen Gesellschaften gestanden und diese daraufhin begünstigt. So sollte von Puttkamer unter anderem bei sämtlichen Esserschen Faktoreien unbeschränkten Kredit gehabt und benützt sowie einen hohen Rabatt von zehn Prozent auf die ihm kreditierten Einkäufe bezogen haben. Die Vertreter der Viktoriapflanzung haben demgegenüber erklärt, daß Puttkamer keinerlei Vorteile, Kredit, Zuwendungen, Provisionen usw. erhalten und auch in keinerlei Form jemals irgend etwas Derartiges verlangt oder angeregt habe.

Die Oeffentlichkeit soll also offenbar darauf vorbereitet werden, daß der wackere Jesko demnächst aus der Disziplinaruntersuchung als Unschuldsengel hervorgehen wird!

Mit Recht wirft diesen Machenschaften gegenüber die „Freis. Ztg." die Frage auf:

„Im übrigen möchten wir doch fragen, wie es kommt, daß derartige Mitteilungen über eine noch im Gange befindliche Untersuchung in die Oeffentlichkeit gelangen konnten. Als wir unser Material gegen Jesko von Puttkamer veröffentlichten, erhob die „nationale" Presse ein Zetergeschrei über den damit begangenen Vertrauensbruch. Wenn aber dieselben „nationalen" kolonialhypnotisierten Blätter irgend etwas erfahren, das geeignet ist, ihren Schützling zu entlasten, so genieren sie sich keinen Augenblick, es zu veröffentlichen, auch wenn das Amtsgeheimnis verletzt sein sollte." —

Shaws Verehrer.

Nachdem wir gestern zwei abfällige Aeußerungen deutscher bürgerlicher Blätter über Herrn Shaw registriert haben, zwingt uns die Gerechtigkeit dazu, auch einige zustimmende Auslassungen mitzuteilen. Groß ist die Ausbeute nicht. Voran steht das Weltblatt vom Rhein, die „Köln. Ztg." In weiser Mäßigung beschränkt sie sich auf folgende Zeilen:

„Die wissenschaftliche und politische Pedanterie, die in der deutschen Sozialdemokratie in innigstem Verein mit ihrer praktischen Unfruchtbarkeit und vaterlandsfeindlichen Klassenverhetzung blüht, kann nicht besser gegeißelt werden, als es hier von einem anerkannten „Genossen" geschieht."

Getrübt wird der hohe Wert dieses Urteils nur ein wenig dadurch, daß die „Köln. Ztg." allen Ernstes der Ansicht ist, Shaw sei bisher „irischer Sozialdemokrat" gewesen.

Der großen Kollegin vom Rhein sekundiert das Hamburger Scherl-Blatt, der „Hamb. Corresp." mit folgenden Sätzen:

„Der „Vorwärts" tut, als fände er diesen Brief furchtbar komisch, und ganz ernst wird man ihn auch im bürgerlichen Lager nicht nehmen. Besonders mit der politischen Moral der deutschen Sozialdemokratie hat man ja erst in allerjüngster Zeit wieder seltsame Erfahrungen gemacht. Aber daß nebenbei in dieser deutschen Sozialdemokratie auch ein ganz erhebliches Quantum dogmatischer Borniertheit und Schildbürgerei steckt, darin hat Bernhard Shaw allerdings ganz recht"

Als drittes Blatt, das Herrn Shaw die Wirkung seiner „vernichtenden Kritik" attestiert, meldet sich die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung". Sie schreibt:

„Auch wenn man die eitle Selbstbespiegelung des Herrn Bernhard Shaw der Sozialdemokratie zugute rechnet, dürfte doch der Gegenhieb, den der „Vorwärts" heute führt, allzuviel innere Ohnmacht zeigen. Er besteht einfach in einigen Schimpfworten: „der famose Bernhard Shaw", „Ueberbrettl-Dramatiker", „größenwahnsinniger Literaten-„Sozialismus". Damit bestätigt der „Vorwärts", daß der Hieb gesessen hat. Daß gerade Männer wie Bernhard Shaw und Professor Sombart, deren haltlose Weltanschauung auf demselben Baume gewachsen ist, wie die modern-sozialistische, sich von dem veralteten Dogmatismus eines Marx abwenden, ist charakteristisch für die intellektuelle Vereinsamung derer um Kautsky."

Der kindischen Eitelkeit des Herrn Shaw dürften allerdings diese Verehrer kaum gefallen, denn der „Hamburg. Correspondent" attestiert dem großen irischen Epigonen Shakespeares, daß man ihn selbst im bürgerlichen Lager nicht „ganz ernst" nimmt, und die „Staatsbürger-Ztg." spricht von „eitler Selbstbespiegelung". Doch es ist das Schicksal fast aller gewaltigen „literarischen Genies", daß sie erst nach ihrem Tode die gebührende Anerkennung finden. —

Ausland.

Schweiz.

Der Kampf in Zürich.

Zürich, 25. Juli. (Eig. Ber.) „Klein-Rußland", so heißt gegenwärtig Zürich und Umgebung. Alle Gesetzlichkeit, Zucht und Ordnung hat aufgehört; es herrscht nur die rohe Gewalt, aber nicht die des „Pöbels", sondern die der herrschenden Klasse, die ohne Scheu am hellen Tage ihre ungezügelte Bestialität betätigt. Nicht nur Polizisten und Soldaten hausen wie Kosaken unter der Arbeiterschaft, sondern auch die wildgewordenen Bourgeois, vor deren Exzessen niemand sicher ist. Zahllose Arbeiter sind von den uniformierten und bürgerlichen Ordnungsbanditen aufs schwerste mißhandelt worden, ohne daß danach ein Hahn krähte; sie sind eben vogelfrei. Die bürgerliche Presse schweigt vollständig über die unglaublichen Exzesse des Gesindels, in dessen Diensten sie steht, und die uniformierten Hüter von Gesetz und Recht schreiten dawider nicht nur nicht ein, sie lassen im Gegenteil unter beifälliger Zustimmung die rohen Bestien gewähren. Sagt aber ein Arbeiter nur ein Wort gegen die Polizei, gegen das Militär, gegen das Unternehmertum, gegen die Regierung oder gar gegen die — Streikbrecher, so wird er auf der Stelle verhaftet und unter Mißhandlungen in die Kaserne geführt.

Die Verhaftungen dürften die Zahl von 150 erreicht haben, wovon allerdings verschiedene nicht aufrechterhalten wurden. Auch Arbeitersekretär Rieder und der nach ihm verhaftete Genosse Sigg wurden wieder entlassen. Gegen beide, ferner auch gegen andere Genossen sowie gegen den anarchistisch-antimilitaristischen Arzt Dr. Bruphacher sollen Anklagen erhoben werden, und zwar gegen erstere auf Grund des eidgenössischen Militärstrafgesetzes, dessen Artikel 59 am Schlusse besagt: „Die Zuständigkeit des Kriegsgerichts wird durch Artikel 1 Ziffer 10 der Militärstrafgerichts-Ordnung vom 28. Juni 1889 begründet: „Der Militärstrafgerichtsbarkeit sind unterworfen: Zivilpersonen, welche Militärpersonen im aktiven Dienst zur Verletzung wichtiger Obliegenheiten verleiten oder zu verleiten suchen." Zu den Greueltaten in den Straßen Zürichs werden also noch drakonische Urteile des Kriegsgerichts kommen, durch die die uniformierten Arbeiterfeinde ihren Haß in gesetzlicher Form betätigen dürften.

Den Ausländern, die in die Hände der Ordnungsbanditen fallen, droht durchweg die Ausweisung. Etwa 40 verhaftete Ausländer sollen bereits diesem Schicksal geweiht sein. In der Inseratenplantage des „Züricher Tageblatt" fordern bürgerliche Schufte die Ausweisung unseres Genossen Emil Hauth in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Volksrecht". Also nicht mehr nur Anarchisten, sondern auch Sozialisten, überhaupt jeder, der dem herrschenden Ordnungsklingel nicht paßt und Ausländer ist, soll ausgewiesen werden!

Es ist eine böse Saat, die in diesen Tagen die blind wütenden Bürgerlichen in Zürich ausstreuen. Eine Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe wird als deren Frucht zurückbleiben.

Die unerträgliche Situation veranlaßte auch das christliche Gewerkschaftskartell in Zürich zur Stellungnahme. Es hat in einer längeren Resolution energischen Protest gegen das Streikpostenverbot und gegen das Militäraufgebot erhoben, und es wirft der Regierung unverhüllt vor, daß sie sich einseitig in den Dienst des scharfmacherischen Unternehmertums gestellt habe. In der Resolution wird zutreffend darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahre die in ihrer Mehrheit katholische Regierung des Kantons Luzern die Scharfmachereien des Unternehmertums gegen die Arbeiter zurückgewiesen hat. Und Luzern steht heute noch!

Einer in Zürich abgehaltenen Versammlung der Bauunternehmer haben deutsche Bauunternehmer ihre Sympathien mit den Scharfmachereien ausgesprochen! Diese Internationale lassen sich die schweizerischen Ordnungsbanditen gern gefallen.

Die Regierung hat beschlossen, morgen das jetzt aufgebotene Militär wieder zu entlassen und dafür das Bataillon 67 aufzubieten. Die Schwadron 18 wird auf Rikett gestellt. Der Krieg, der — ohne den Verdienstentgang der aus der Arbeit gerissenen Arbeiter — täglich zirka 7000 Frank kostet, dauert also weiter. Vielleicht kommt es noch zum stehenden Heer gegen den „inneren Feind" nebst Garnisonen in jedem Orte, wo eine Fabrik und eine Arbeitergewerkschaft besteht. Dem profitwütigen Schweizer Bourgeois ist jede Schändung der Demokratie zuzutrauen.

Frankreich.

Die Witwen von Courrières auf die Straße gesetzt!

Paris, 26. Juli. (Eig. Ber.)

Die Ausbeutergesellschaft von Courrières hat nicht genug daran, aus schuftiger Raffgier tausendfachen Mord begangen zu haben. Als das gräßliche Unglück geschehen war, begann sie sofort mit „Rettungsarbeiten", d. h. sie suchte ihr Kapital über und unter der Erde zu retten. Das Opfer unterirdischer „Rettungsarbeit" waren die Hunderte Grubenproletarier, die erstickten und verhungern mußten, weil die Rettungswege vermauert wurden. Die Opfer der „Rettungsarbeiten" über Tage waren die Hinterbliebenen der im Schacht Getöteten. Die Ausbeutersippschaft wollte die Not der Ueberlebenden ausnutzen, um von ihnen einen Nachlaß der gesetzlich geschuldeten Entschädigungssumme zu erpressen. Einige Witwen hatten indes genug Widerstandskraft und wiesen den angebotenen „Ausgleich" ab. Die edlen Ausbeuter warfen darauf die Mitleidsmaske ab und kehrten zum brutalen Herrenstandpunkt zurück. Am Anfang des Monats bekamen die widerspenstigen Proletarierinnen einen Bescheid, worin sie verständigt wurden, daß die Gesellschaft, die von März bis Juni keine Miete von den in ihren Häusern wohnenden Witwen erhoben habe, vom Juli an wieder die gewöhnliche Miete berechne! Gleichzeitig teilt sie die Kündigung des Mietskontraktes für den 1. Oktober mit; von diesem Tage an müsse sie über die Wohnungen wieder disponieren.

Die Witwen von Courrières haben die Absicht, in ihren Häusern zu bleiben und zu warten, ob man es wagen wird, sie samt ihren Kindern wirklich auf die Straße zu setzen. Die Ausbeuter von Courrières werden es wagen. Sie lassen sich von proletarischen Hungerleidern nicht Trotz bieten. Und dann — sie brauchen ja Platz für neue Arbeiter, die Mehrwert schaffen sollen für elenden Lohn und unter der Gefahr, daß einst auch ihren Witwen und Waisen nicht einmal ein Stück Brot und ein dürftiges Obdach gelassen wird. —

Belgien.

„Vooruits" Jubiläum.

Ein Freudenfest, einzig in seiner Art und Größe, wurde am Sonntag in Gent gefeiert. Es war das 25jährige Jubiläum der Genossenschaft „Vooruit", die in einem Festgesange als „die gute Mutter" gepriesen wird.

Der „Vooruit" ist entstanden aus winzig kleinen Unternehmungen, die den Spott und Hohn der Gegner herausforderten. Im Jahre 1873 gründeten 80 Mitglieder der zu jener Zeit schon arg zusammengeschrumpften „Internationale" in Gent mit kaum 100 Fr. Kapital eine Genossenschaftsbäckerei. Diese wuchs und gedieh. Aber der Erfolg führte nach wenigen Jahren dazu, daß ein Teil der inzwischen stark gewachsenen Zahl der Genossenschafter dem sozialistischen Gedanken untreu wurde und das Unternehmen in bürgerlichem Sinne geleitet wissen wollte. Sie waren gegen die Aufnahme neuer Mitglieder, gegen die Verteilung sozialistischer Schriften, gegen den Gebrauch einer roten Fahne, gegen die Errichtung von Geschäftslokalen in allen Arbeitervierteln der Stadt usw. 150 Sozialisten traten aus der Genossenschaft aus und gründeten im Jahre 1881 die Genossenschaftsbäckerei „Vooruit" = „Vorwärts". Wer von den leitenden Genossen auf diesen Namen gekommen ist, weiß man nicht. Aber er entspricht besser als jeder andere der Wirksamkeit und Entwickelung des Unternehmens, das längst nicht mehr nur eine Genossenschaftsbäckerei ist, sondern für das leibliche und geistige Wohl seiner Mitglieder sorgt und weit darüber hinaus für den Fortschritt auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung und Entwickelung tätig ist.

Die Bäckerei stellte im Anfang mit ihren einfachen Einrichtungen 1037 Brote in der Woche her. Jetzt werden in der neuen, mit 10 doppelten Heißwasseröfen ausgestatteten Bäckerei jede Woche 120 000 Brote gebacken. Schon im Jahre 1886 war der „Vooruit" so leistungsfähig, daß er den streikenden Kohlengräbern des Borinage 15 000 Brote senden konnte. Im Laufe der Jahre hat der „Vooruit" Kleider- und Kolonialwarenmagazine, Apotheken und Kohlenmagazine eingerichtet.

Nach einem großen Brande im Jahre 1897 wurden die Magazine prächtiger und größer wieder erbaut. Im Jahre 1902 wurde die Volksdruckerei gegründet, die größte und am besten eingerichtete Druckerei des Landes, verbunden mit einer reich ausgestatteten Buch- und Papierhandlung. In der Volksdruckerei wird jetzt auch der „Vooruit", das einzige sozialistische Tageblatt in Vlämisch-Belgien, gedruckt, daneben noch 10 besondere sozialistische Wochenblätter.

Es wurden weiter Produktivgenossenschaften der Zigarrenmacher, der Maurer, der Dockarbeiter, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter gegründet, und schließlich hat der „Vooruit" auch eine Genossenschaftsweberei errichtet.

Eine Krankenkasse des „Vooruit" wurde im Jahre 1900 durch Zusammenschluß von 19 kleinen Krankenkassen mit 2700 Mitgliedern gegründet. Die Mitgliederzahl war im Jahre 1905 bereits auf 30 000 gestiegen. Die Kasse beschäftigt 17 Aerzte, darunter sechs Spezialärzte, und verfügt über einen eigenen Operationssaal. Sie hat seit der Gründung 1 645 000 Frank Krankengeld ausgezahlt. Außerdem besteht seit 1897 ein Wochenbettfonds, der in 4311 Geburtsfällen bereits für 16 745 Frank Unterstützung an Waren und Bargeld geleistet hat. Im Jahre 1900 wurde ferner ein Pensionsfonds für Altersunterstützung gegründet, der bis zum April 1906 bereits 77 040 Frank Pensionen ausgezahlt hat. Für das Geschäftsjahr 1906/1907 ist die Ausgabe für 194 pensionierte Mitglieder des „Vooruit" auf 20 733 Frank berechnet.

Für die geistige, sittliche und ästhetische Erziehung seiner Mitglieder wie der gesamten Bevölkerung sorgt der „Vooruit" durch einen Studienverein, durch zwei große öffentliche Volksbibliotheken mit Lesesälen, durch einen Bühnenverein, durch Musik-, Gesang- und Turnvereine und durch einen Erziehungsverein (die „Volkskinderen"), dem sich für Jünglinge und junge Mädchen der Verein „Gewazen Volkskinderen" anschließt.

Wie sich der „Vooruit" finanziell entwickelt hat, geht daraus hervor, daß die Bilanz von 1881 mit 15 984,20 Fr. abschloß, wogegen die von 1905 die Endsumme von 3 290 928,39 Fr. aufweist. Die Gebäude, die Maschinen und das Meublement des „Vooruit" haben einen Wert von 1 931 000 Fr.

Die Volksdruckerei „Vooruit" hat zur Feier des Jubiläums eine Festschrift herausgegeben. Der Druck des Werkes beweist, daß die Druckerei außerordentlich leistungsfähig ist. Auf der ersten Seite tritt uns das Bildnis des im Jahre 1897 verstorbenen Genossen Edm. van Beveren, des Vaters der genossenschaftlichen Bewegung

in Gent, entgegen. Es folgen im Text die Porträts der Genossen Anseele, Gyseghem und Foucaert, sowie eine große Anzahl Abbildungen, die die Entwickelung und den jetzigen Stand des „Voorruit" illustrieren. Das Buch enthält auch eine kurze, höchst interessante Geschichte der Entwickelung des „Voorruit", die natürlich nicht ohne schwere Kämpfe gegen Feinde und Gleichgültige vor sich gegangen ist. Im Schlußworte heißt es:

„Unsere kurz gehaltene Auseinandersetzung — weit davon entfernt, vollkommen zu sein — ist eine Huldigung des Grundsatzes der genossenschaftlichen Arbeit, der zum ersten Male in der Welt so kühn und logisch von der Gesellschaft „Vooruit" durchgeführt wurde.

„Vooruits" Entwickelung beweist nicht nur, daß das Genossenschaftswesen mit dem Sozialismus zusammen wirken kann, sondern daß es in seiner wahren, vollkommenen Durchführung so gut wie untrennbar vom Sozialismus ist." —

England.

Kleine Abstriche.

London, 27. Juli. Unterhaus. Das Haus setzt die Beratung des Marinebudgets beim Kapitel „Neubauten" fort. Unterstaatssekretär Robertson macht Mitteilung von den Absichten der Regierung hinsichtlich des neuen Flottenbauprogramms. Er erinnert daran, daß das ursprüngliche Programm 4 Panzerschiffe, 5 Hochsee-Torpedobootzerstörer, 12 Küsten-Torpedobootzerstörer und 12 Unterseeboote vorsah, und das beabsichtigt war, die 4 Panzerschiffe nach dem Dreadnoughttyp zu bauen. Dieses Programm sei im November aufgestellt und seitdem sorgfältig geprüft worden. Es sei **die einstimmige Ueberzeugung der Admiralität, daß es in folgender Weise einzuschränken sei: Statt 4 Panzerschiffe** der Dreadnought-Klasse sollten **nur 3** gebaut werden, **anstatt 5** Hochsee-Torpedobootzerstörer **nur 2** und **anstatt 12** Unterseeboote **nur 8.** Die Zahl der Küsten-Torpedobootzerstörer solle unverändert bleiben. Die Gesamtausgabe hätte nach dem früheren Programm 9 340 000 Pfund Sterling betragen, während sie sich nach dem neuen Programm auf 6 800 000 Pfund Sterling stelle. (Beifall bei den Ministeriellen.) Der Voranschlag werde in diesem Jahre durch diese Einschränkung nicht so vorteilhaft beeinflußt werden, aber **im nächsten Jahre werde der Voranschlag um etwa eine und eine halbe Million Pfund Sterling verringert werden.** Nachdem er auf die Haager Konferenz, die Erklärungen Sir Edward Greys und die vom Unterhause in dieser Frage angenommene Resolution Bezug genommen, sagte er, daß alle diese Dinge der Regierung und der Admiralität vor Augen geschwebt hätten. Die Regierung wolle in den Jahren 1907 und 1908 anstatt mit dem Bau von vier Panzerschiffen zu beginnen, wie ursprünglich beabsichtigt war, nur deren zwei auf den Voranschlag setzen, dabei aber vorbehalten, daß ein drittes erbaut werden solle, **wenn die Haager Konferenz zu keinem Ergebnis bezüglich einer Einschränkung der Rüstungen führen sollte;** außerdem werde die Anfangsbaurate der Schiffe so niedrig bemessen, daß erst gegen Ende des Finanzjahres zu ihrem Bau geschritten werden könnte. **Auf diese Weise betone die englische Regierung, daß sie von aufrichtigen Absichten beseelt sei und den Wunsch habe, die Rüstungen zu vermindern.** (Beifall.) Der Unterstaatssekretär bespricht zum Schlusse die Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten, die in der Admiralität bezüglich der geplanten Verringerung der Aufwendungen für Flottenzwecke bestehen sollen. Die Marinesachverständigen dieser Behörde, erklärt der Unterstaatssekretär, hätten die Ausführung des abgeänderten Programms empfohlen. (Beifall bei den Ministeriellen.) Die Prüfung der allgemeinen internationalen Flottenverhältnisse habe sie überzeugt, daß das Gleichgewicht der Machtverhältnisse zur See durch die Verminderung nicht werde erschüttert werden. Es sei Grund vorhanden zu glauben, daß jener Fortschritt in den neuen Flottenbauprogrammen der fremden Mächte nicht eingetreten sei, den die Admiralität vorausgesetzt habe, als sie das ursprüngliche Programm aufstellte.

Amerika.

Ein „Patriot".

Chicago, 27. Juli. (W. H.) Der verstorbene Mister Field hat ein Vermögen von 130 Millionen Dollar in Wertpapieren und 50 Millionen Dollar an liegenden Gütern hinterlassen. Da er seit längerer Zeit keine Steuern mehr zahlte, hat die Steuerbehörde einen Betrag von 8 Millionen mit Beschlag belegen lassen. —

Gewerkschaftliches.

Ein eingestandenes Verbrechen!

Das Zentrum wurde immer nervös, wenn man es für die wirtschaftliche und politische Rechtlosmachung der saarabischen Arbeiterschaft verantwortlich machte.

In der Broschüre des Genossen Hue: „Politische oder neutrale Gewerkschaften?" wurde schon der dokumentarische Nachweis erbracht, daß mit der Zertrümmerung des Rechtschutzvereins der Saarbergleute durch die klerikalen M.-Gladbacher Beutepolitiker die Leidensgeschichte der Saarbergleute begann, deren erster Akt die Maßregelung von 3000 tapferen Saarbergleuten durch den „sozialen Reformminister" Freiherrn v. Berlepsch war. Als die „Saarwacht" in dem Leitartikel ihrer ersten Nummer das Zentrum dafür verantwortlich machte, daß das Saarrevier „saarabisch" wurde, fand es speziell die klerikale „arbeiterfreundliche" „Saarpost" für ungeheuerlich, dem Zentrum diesen Vorwurf zu machen; es war natürlich eine sozialdemokratische Verleumdung, dem Zentrum nachzusagen, daß es aus durchsichtigen politischen Gründen den politisch und konfessionell neutralen Rechtschutzverein der Saarbergleute durch schofle Quertreibereien vernichtet und dadurch die Arbeiterschaft des Saarreviers zerschmettert und widerstandslos dem brutalen Scharfmachertum ausgeliefert habe.

Ein Intimus der schwarzen „Arbeiterfreunde" — dessen selbstgepriesene „Arbeiterfreundlichkeit" von derselben Qualität wie die des Zentrums war —, Herr Hilger, hat freilich schon vor einem Jahre unter Eid die Richtigkeit unserer Behauptung bestätigen müssen.

Und Herr Hilger mußte es wissen. Jetzt, nach dreizehn Jahren, wird das von dem Zentrum an den Saarbergleuten begangene Verbrechen auch von einem Angehörigen der schwarzen Partei eingestanden.

Just in derselben zentrümlichen „Saar-Post", die vor 1½ Jahren noch unsere Behauptung als sozialdemokratische Verleumdung verschrie, bestätigt jetzt der Jesuitenzögling Johann Effert, der Führer der „christlichen" Bergvölker, das Verbrechen der schwarzen Volksbeglücker in dürren Worten:

„Im Saarrevier bestand vor gut 12 Jahren der Rechtschutzverein der Saarbergleute. Die Anhänger der damaligen Dasbachpresse verstanden es nicht, in richtigem Sinne (!) auf diesen Verein einzuwirken; es kam sogar zu einer politischen Zersplitterung, indem die Bergleute zum Reichstage einen eigenen Kandidaten aufstellten, der Verein segelte auch in ein Fahrwasser, welches ihm nur zum Schaden gereichen konnte. (?)

Nach meiner Ueberzeugung und soweit es mir möglich war, Material zu sammeln, tragen gewisse Leute bedeutend mehr Schuld an diesen Dingen, als öffentlich bekannt ist.

Es wäre bei dem gut christlichen Sinne der Saarbergleute nicht so schwer gewesen, den Verein durch Beseitigung der unfähigen Führer in die richtige (klerikale) Bahn zu lenken. Dieses ist nicht geschehen. **Nein, er wurde mit allen möglichen Mitteln zerschlagen und zertrümmert, trotzdem es leicht gewesen wäre, ihn noch im letzten Augenblick durch geeignete Führer in die richtige Bahn zu leiten. Eine Neugründung katholischen Charakters sollte ihn ersetzen. Doch dieses Monstrum blieb trotz aller höherer Protektionen in den Windeln stecken.** Es starb trotz seiner Protektoren, ja vielleicht an eben dieser Protektion. Der Rechtschutzverein war zerschlagen **und man war zufrieden.**"

Also das Zentrum war zufrieden mit seiner verbrecherischen Tat. Den Saarbergleuten war das Rückgrat gebrochen und sie merkten noch nicht einmal, wer es ihnen brach. Warum war das Zentrum zufrieden? Weil unter dem nun eintretenden Knutenregiment der Scharfmacher und des plusmachenden preußischen Fiskus der Glaube leicht aufrecht zu erhalten war, das Zentrum sei Volkspartei. Die Herrschaft des Zentrums schien für alle Zeiten gesichert zu sein; es brauchte nur noch die Wahlmache der nationalliberalen Scharfmacher zu seinen Ungunsten zu beseitigen, um im Saarrevier uneingeschränkt die Herrschaft der Klerisei zu etablieren; und die zu diesem Zweck unternommene Kampagne sollte seinen Ruf als Hüterin der Volksrechte noch erhöhen.

Während dieser Bestrebungen aber kam die Sozialdemokratie auf den Plan und machte im Gegensatz zum Zentrum Ernst gegen die Praktiken der Scharfmacher. Die Krämer-Hilger-Prozesse in Saarbrücken und Trier machten ganze Arbeit, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gewannen mächtig an Boden. Da besann sich der Klerikalismus wieder auf seine „Arbeiterfreundlichkeit". Während mehr als zehn Jahren, so lange von der Sozialdemokratie nichts zu befürchten war, dachten die schwarzen „Arbeiterfreunde" nicht an die Gründung auch der harmlosesten Arbeiterorganisation. Als der rote Hannibal aber vor den Toren stand, riefen die Klerikalen die „christlichen" Zersplitterungsorganisationen auf den Plan, um ihre Herrschaft zu sichern. Aber die „christlichen" Gewerkschaften waren dem Zentrum noch zu radikal; man plante deshalb die Gründung eines katholischen Bergarbeiterverbandes und erst dieser Umstand brachte Herrn Effert zum Sprechen. Entrüstet ruft er den zentrümlichen Zersplitterern im Anschluß an sein obiges Eingeständnis zu:

„Diese Erfahrungen, sollte man glauben, hätten bei den sich berufen fühlenden Führern soviel Einsicht und Verständnis wachrufen müssen, das alte Spiel, wodurch so viel Verdruß, Aerger und Kadavergehorsam entstanden war, nicht noch einmal zu beginnen. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hatte Bewegung und Arbeitslust unter die christlichen und nationalen Arbeiter gebracht; sie entfaltete ihre Schwingen über ganz Deutschland. Die Sozialdemokratie, in Erkenntnis der Gefahr, die ihr durch die machtvoll aufstrebende christliche Gewerkschaftsbewegung drohte, kämpfte gegen die christliche Organisation mit allen, selbst den schofelsten Mitteln. (Umgekehrt wird ein Schuh daraus. D. B.) Auch an der Saar machte sich schon ein freieres Atmen durch die Einführung des christlichen Gewerkvereins bemerkbar. (!) **Und in diesem Augenblick bringt die „St. Joh.-Saarbrücker Volksztg." als das damals alleinige bedeutendere katholische Blatt an der Saar, einen Artikel, in welchem die Neugründung eines katholischen Bergarbeiterverbandes empfohlen wird, und muntert zu diesem verwerflichen Plane noch auf mit den Worten: Eine solche Handlung sei des Schweißes der Edlen wert!!"**

Die Sozialdemokratie wird Herrn Effert für sein selbstmörderisches Geständnis dankbar sein. Sie wird ihrer Aufgabe, den betrogenen Saarbergleuten zu zeigen, wer die Händler auf dem saarabischen Sklavenmarkt waren und noch sind, voll und ganz gerecht werden. —

Berlin und Umgegend.

In der Möbelfabrik von G. Peters, Prinzenstr. 86, stehen für Packer und Hausdiener Differenzen bevor.

Hausdiener-, Packer- und Geschäftskutscher-Vereinigung.
Brüderstr. 14.

Die Baukontrolle der Tapezierer (Sektion der Kleber) ergab nach dem Bericht in der Versammlung am Donnerstag abend, daß die Situation im allgemeinen nicht ungünstig ist und die Bauunternehmer die Tarifbestimmungen erfüllen. Kontrolliert wurden 497 Bauten, 344 Tapezierer waren tätig auf 160 Bauten; 22 Streitfälle wurden gefunden, davon wurden 10 gütlich beigelegt und in 12 Fällen die Sperre verhängt.

Achtung, Tabakarbeiter!

Bei der Firma Reinhold Tismar in Französisch-Buchholz sind trotz der schlechten Löhne und teuren Lebensmittelpreise Lohnabzüge gemacht worden. Die organisierten Kollegen legten deshalb dort einmütig die Arbeit nieder. Die Zigarrenfabrik Reinhold Tismar ist für jeden Tabakarbeiter gesperrt und Zuzug nach Französisch-Buchholz streng fernzuhalten.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin.

Bei der Herren- und Knabenbekleidungsfirma Sally Levy in Charlottenburg, Scharrenstr. 26, sind Differenzen ausgebrochen. Vor Pfingsten wurden einem Schneider für einen Rock 15 M. bezahlt; nach dem Fest wurden ihm 10,50 M. angeboten, deren Annahme er zurückwies mit dem Bemerken, er arbeite nur nach Tarif. Die Folge war, daß er einen halben Tag warten konnte; er wurde dann aber wieder so beschäftigt wie vorher. Plötzlich gab ihm Herr Levy eine Maßhose unter Tarif. Als der in Frage kommende Schneider dieselbe nun auch zurückwies und den Tariflohn forderte, welchen er dann auch bekam, konnte er nach dieser Zeit die ganze Woche stille sitzen. Nach mehrmaligen Anfragen wegen Arbeit wurde ihm erwidert, es wäre nichts da, um nicht zusagen: Wir zahlen nicht nach Tarif. Dem Vertreter der Organisation wurde bedeutet, er habe im Geschäft nichts zu suchen; die Sache ginge ihn nichts an. Man wollte ihm sogar zu Leibe rücken. Herr Levy versteht es besonders, speziell Heimarbeitern klar zu machen, daß Maßsachen Konfektion seien und ihnen dafür 4 bis 5 Mark weniger zu geben.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Buchbindergewerbe beendet.

Eine Privatdepesche meldet uns:

Leipzig, 27. Juli. Die heute in Leipzig stattgefundenen Einigungsverhandlungen mit den Buchbindereibesitzern haben unter offizieller Hinzuziehung des Verbandsvorstandes und der Streikleitungen der in Betracht kommenden Orte **zu einem für die Arbeiterschaft annehmbaren Resultat** und damit zum Abschluß des Kampfes geführt. Die Arbeit soll am Montag allgemein wieder aufgenommen werden.

120 Former und Gießereiarbeiter des Stahl- und Eisenwerkes Güstrow, L. Martins, sind in den Streik eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Die Augsburger Scharfmacher im Baugewerbe, welche durch die schwarze Liste der 1000 Maurer in aller Welt bekannt geworden sind, wollen keinen Frieden. Am Mittwoch fand auf Veranlassung des Gewerbegerichtsvorsitzenden eine unverbindliche Besprechung der beiden kämpfenden Parteien statt. Obgleich die berühmte schwarze Liste ihren Zweck vollständig verfehlt hat (von zirka 900 Streikenden sind über 600 auswärts in Arbeit getreten, und immer noch mehr werden gewünscht), zeigen die Baulöwen noch keine Lust zum Nachgeben.

Während die Vertreter der Streikenden zur Verhandlung bereit waren, lehnten die Unternehmer jedwede Verhandlung ab. Nun, die Arbeiter haben ja Zeit. Im Augsburger Baugewerbe muß den Unternehmern einmal beigebracht werden, daß auch die Arbeiter bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen ein Wörtchen mitzureden haben.

Die Streikenden waren auch einmütig dieser Ansicht und beschlossen unter großer Begeisterung, den Streik energisch weiterzuführen.

Brauereiarbeiter! Die deutschen Kollegen werden dringend ersucht, den Zuzug wegen drohender Aussperrung streng fernzuhalten von den Brauereien des Großherzogtums Luxemburg. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Zentralverband der Brauereiarbeiter. Zahlstelle Luxemburg.

Ausland.

Die Bäckergehülfen in Budapest haben erklärt, sich dem Mühlenarbeiterstreik anschließen zu wollen, falls bis Montag die Mühlenbesitzer die Forderungen der Mühlenarbeiter nicht bewilligen würden.

Eine Polizeigewerkschaft.

Paris, 22. Juli. (Eig. Ber.)

Als Herr Lépine, der Feldmarschall der Pariser Polizei, gestern früh sein Bureau betrat, wartete seiner eine Ueberraschung. Unter den eingelaufenen Briefschaften befand sich ein gedruckter Aufruf, der alle Angestellten der Polizeiverwaltung auffordert, an einer gewerkschaftlichen Vereinigung teilzunehmen. Unterzeichnet waren Beamte verschiedener Bureaus und Vertreter der Polizeimannschaft. Herr Lépine antwortete auf den Aufruf nicht mit einer Beitrittserklärung, sondern setzte sich sofort mit Herrn Clemenceau in Verbindung, der unterdes schon erfahren hatte, daß der gewerkschaftliche Aufruf auch in den anderen Verwaltungsämtern verteilt worden war. Die Verlegenheit des Ministers war nicht gering. Denn offiziell ist er ein Anhänger des Gewerkschaftsrechtes der Beamten, allerdings mit Ausschluß des Streikrechts. Er half sich nun auf die Weise, daß er vorläufig die Gewerkschaft für unzulässig erklärte und ihre Zulässigkeit von der Erledigung der Gewerkschaftsreform im Parlament, die ja bekanntlich die Formel für die famosen Beamtengewerkschaften mit beschnittenen Gewerkschaftsrechten ausfindig machen soll, abhängig machte. Ob die Beamten so lange warten werden, ist eine andere Frage, eine Frage, die den Herren Clemenceau und Lépine die Ferienfreuden einigermaßen verbittern dürfte. Denn das probate Mittel gegen streikende Arbeiter — Fußtritte in den Bauch und Faustschläge auf den Kopf — wozu die Mannen des Herrn Lépine so wohl dressiert waren, wer soll es gegen diese selbst praktizieren? Die Armee aber ist für derlei Dienste doch nur mit Vorsicht zu gebrauchen, wenngleich die dreyfusistische Bourgeoisie, seitdem die Offizierskaste mit mehr Bedachtsamkeit als Ueberzeugung die verschiedenen Rehabilitationsprozeduren auf sich genommen hat, wieder sehr begeistert für die Soldateska ist und zweifellos dem Militarismus in Zukunft nach Möglichkeit Liebes und Gutes erweisen wird.

Die Stichwahl in Hagen-Schwelm.

Die gestern in Hagen-Schwelm stattgehabte Stichwahl brachte den Freisinnigen noch einmal das Reichstagsmandat. Die Furcht der Liberalen, daß das Zentrum für Altena-Iserlohn „Rache" nehmen würde, war unbegründet. Die Zentrumsleute — bei den Nationalliberalen war es selbstverständlich — haben fast Mann für Mann dem Freisinnigen ihre Stimme gegeben. Die Furcht, ein „Roter" könne das Hagener Mandat im Reichstage ausüben, hat die feindlichen kapitalistischen Brüder zusammengeführt. Das ergibt sich klar aus einem Vergleiche der in der Hauptwahl abgegebenen Stimmen im Verhältnis zur Stichwahl.

Der freisinnige Bürgermeister Cuno brachte es in der ersten Wahl auf 11 172 Stimmen, das Zentrum erhielt 5266, die Nationalliberalen 4545, die Christlich-Sozialen 2149 Stimmen, insgesamt also 23 132 Stimmen. Bei der Stichwahl wurden für Cuno, wie uns ein Telegramm meldet, bis abends 9 Uhr 21 593 Stimmen gezählt. Unser Genosse König, der in der Hauptwahl 16 110 Stimmen erhielt, brachte es nach diesem Telegramm auf 18 717 Stimmen. Wir können auf das erzielte Resultat mit Stolz zurückblicken, haben wir doch gegen die Stichwahl 1903 bisher ein Mehr von 3700 Stimmen zu verzeichnen, ein Beweis für die eifrige Agitation, für die wachsende Aufklärung der Arbeitermassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großfeuer

wütete gestern abend in der Kottbuserstr. 4c. **Kurz vor 10 Uhr** schlugen plötzlich helle Flammen aus dem im Erdgeschoß befindlichen Linoleumladen von Busch. Bevor die Feuerwehr herbeikam, hatte das Feuer sich so verbreitet, daß die oberen Stockwerke vollständig in Flammen eingehüllt waren. Brandinspektor Dransfeld ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen, um wenigstens die oberen Etagen zu schützen, vorgehen. Dieses gelang jedoch nur teilweise, denn die erste Etage, deren Inhaber Rißmann zurzeit mit Familie nicht anwesend war, wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch in der zweiten Etage waren die Fenster vollständig demoliert und verschiedene Möbelstücke beschädigt. Der Linoleumladen brannte total aus. Große Menschenmassen wohnten dem Schauspiele bei. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts ermittelt.

Explodiertes Pulvermagazin.

Laibach, 27. Juli. (W. T. B.) Heute nachmittag geriet aus bisher unbekannter Ursache das Staatspulvermagazin am Laibacherfelde **in Brand. Bald darauf erfolgte die Explosion der dort eingelagerten 20 Fässer Pulver und des Vorrates an Jagdpatronen.** Das Magazin ist gänzlich zerstört. Die in der Nähe befindlichen sonstigen militärischen Magazingebäude sind mehr oder weniger durch den Luftdruck beschädigt worden. In Laibach ist kein Schaden angerichtet worden. Verletzt ist niemand.

Was ist die Ursache? Schinderei?

Paris, 27. Juli. Wie dem „Temps" aus Perpignan gemeldet wird, verletzte ein Soldat des 12. Infanterieregiments während einer Schießübung einen Hauptmann ernstlich, **indem er ihm ein Brot gegen den Kopf warf. Ein anderer Soldat vernichtete seine Patronen, während ein dritter sich weigerte, einem Marschbefehle Folge zu leisten.**

Eine niedergebrannte Stadt.

Lemberg, 27. Juli. (W. T. B.) Zwei Drittteile der Stadt **Lezajsk im Bezirk Lancut sind heute niedergebrannt. 200 Häuser wurden eingeäschert. 2000 Einwohner sind obdachlos.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die „Borussia“-Katastrophe vor Gericht.

Vierter Verhandlungstag.

Dortmund, den 26. Juli.

Die Staatsanwaltschaft hebt hervor, gegen den Angeklagten liege nicht das mindeste vor, das ihn für seinen Posten ungeeignet erscheinen lasse. Er habe bei der Rettung mit Umsicht und Kaltblütigkeit gehandelt. Mitschuld an dem Unglück trugen die Gebrüder Thiemann und die bei ihnen befindlichen beiden Anschläger. Sie hätten sofort Mitteilung machen, den Hydranten in Bewegung setzen sollen. Sie sind nicht mitangeklagt, weil die Anklagebehörde annahm, sie hätten in der Bestürzung das Notwendigste unterlassen. Die vier Anschläger seien zum mindesten moralisch mitschuldig. Dem Angeklagten fallen rein Verstöße gegen die Bergpolizeiverordnung zur Last. Der Füllort war nicht genügend feuersicher im Sinne des § 41 der Bergpolizeiverordnung, ferner habe der Schlauch des Hydranten gefehlt, der Hydrant selbst keinungeeignet aufgestellt gewesen. Angeklagter sei auch im Sinne des § 222a (fahrlässiger Tötung) schuldig. Der Befehl am Telephon wurde falsch verstanden. Angeklagter hätte sich informieren müssen, ob er richtig verstanden sei. Ueberdies wären Einwendungen dagegen zu erheben, daß von den das Telephon bedienenden Leuten der eine als Pole die deutsche Sprache nicht beherrschte, der andere geistig unfähig war, den Befehl richtig weiterzugeben. Mit Rücksicht auf die großen Bemühungen zur Rettung der Verunglückten unter Hintansetzung seines eigenen Lebens hält der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis für eine ausreichende Sühne. Wegen der beiden Uebertretungen der Bergpolizeiverordnung beantrage er je 150 M. Geldstrafe.

Die Verteidiger verfochten die Ansicht, weder der Angeklagte, noch die Zechenverwaltung, noch die Bergbehörde seien schuldig, allein die beiden Thiemanns treffe die Schuld.

Das Urteil lautete:

Der Angeklagte ist in erster Linie beschuldigt, als verantwortlicher Betriebsleiter in zweifacher Hinsicht die bergpolizeilichen Vorschriften übertreten zu haben. Er soll entgegen den Bestimmungen des § 41 in einem Füllort offenes Licht gestattet haben. Nach diesem Paragraph ist das offene Licht nur gestattet, wenn der Füllort ausgemauert ist. Das aber hat die Beweisaufnahme ergeben. Es fragt sich ferner, ob die Lampe an einer feuersicheren Stelle angebracht war. Auch das hat sich ergeben. Sie hing im First, also an der sichersten Stelle, und konnte von dort aus einen Brand nicht verursachen. Weiter fragt es sich, ob durch die Lagerung von Grubenholz die Feuersicherheit aufgehoben war. In dieser Beziehung haben die Sachverständigen bekundet, daß dies damals noch allgemein gestattet und daß somit eine Aenderung in der Beleuchtung nicht notwendig war. Es liegt also zunächst in bezug auf § 41 ein Verstoß nicht vor. Es fragt sich aber, ob der Angeklagte auch den Anforderungen des täglichen Lebens genügt hat, weil davon die Beantwortung der Frage wegen fahrlässiger Tötung abhängt, ob also die Lampe auch selbst so beschaffen war, daß ein Unfall nicht geschehen konnte. Aus der Beweisaufnahme hat sich nun ergeben, daß ihr zwei Scheiben fehlten und daß sie keinen Blechring gehabt haben soll. Ob letzterer da war, ist nicht genau festgestellt worden und das Gericht hat sich daher gesagt: in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten), zumal die größere Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein des Ringes zu sprechen scheint. Die Tatsache der fehlenden Scheiben war unerheblich bei der Beurteilung der Sache nach § 41 B.-P.-O., da auch bei ihrem Vorhandensein der Unfall nicht verhütet worden wäre. Dann wurden dem Angeklagten noch Verstöße gegen § 122 vorgeworfen, der vorschreibt, daß am Füllort ein Hydrant vorhanden sein soll, sofern die natürliche Feuchtigkeit ihn nicht überflüssig macht. Im vorliegenden Falle galt nun der Füllort nicht als feuersicher, und der Hydrant war deshalb da. Das Gericht hat ihn als betriebsfähig angesehen. Freilich fehlte der erforderliche Schlauch; es ist aber festgestellt, daß zwei in der Nähe waren, der eine in dem 54 Meter entfernten Maschinenraum, der andere in der nahegelegenen Schlosserei. Beides war dem Angeklagten bekannt. Daß die Schläuche da waren, wußten ferner sämtliche Leute am Füllort. Es befand sich weiter ganz in der Nähe noch ein weiterer Hydrant. Die Schläuche sind aber nicht geholt worden, weil die Arbeiter nicht die nötige Umsicht hatten. Der Angeklagte hat sonach auch in dieser Beziehung für seinen Teil alles Erforderliche veranlaßt. Es fragt sich deshalb nur, ob der Angeklagte irgendwelche Maßnahmen nicht getroffen, oder sonst die ihm obliegende Sorgfalt nicht beobachtet hat. Hier kam wiederum nur in Frage, ob er hinsichtlich der Feuersicherheit und der Hydranten alle Maßnahmen getroffen hatte. Auch das steht fest. Der Angeklagte konnte naturgemäß nicht wissen, daß die Arbeiter so lange Zeit verstreichen lassen würden, ehe sie die Schläuche holten. Daß der Angeklagte im übrigen umsichtig und vorsichtig verfahren hat, haben alle Sachverständigen betont. Sonach trifft ihn keine Schuld, sondern unglückliche Umstände haben die Katastrophe heraufbeschworen.

Der Angeklagte war sonach freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last zu legen.

*

Wie wir schon gestern an der Hand der Gutachten betonten, trägt das kapitalistische Profitsystem die Schuld an dem furchtbaren Unglück, das seinen signifikanten Ausdruck in dem Mangel ausreichender Sicherheitsvorschriften und einer Ueberwachung dieser Vorschriften durch Arbeiter, in der langen Arbeitszeit, dem miserablen Lohnsystem und der Rücksichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter findet. Weniger Räter als die Bergbehörde und das im Bergbau herrschende System standen auf der Anklagebank und diese sind — freilich nicht strafrechtlich — verurteilt. Von der Schuld vermögen sie am allerwenigsten durch die Gutachten derjenigen Personen losgesprochen werden, die Träger des heutigen Systems sind. Unter „Politische Uebersicht“ würdigen wir den durch den Prozeß illustrierten Mangel an Rettungsgelegenheit und die dringende Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Reform der Berggesetzgebung an Haupt und Gliedern.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht in seiner Nr. 29 eine Anzahl statistischer Angaben über die Wirksamkeit der Gewerkschaftskartelle. Bei dem Interesse, welches dieser Arbeit allgemein entgegen gebracht werden dürfte, machen wir den Versuch, in nachstehendem unseren Lesern das wertvollste des Gebotenen in gedrängter Form zur Kenntnis zu bringen.

Von den Ende 1905 bestehenden 480 Kartellen sind 465 = 96,9 Prozent an der Statistik beteiligt. Die 15 Kartelle, die in der Statistik fehlen, sind für die Statistik nicht von Bedeutung, sind es doch fast ausnahmslos solche aus Orten, in denen eine Gewerkschaftsbewegung von nennenswerter Bedeutung nicht vorhanden ist.

Die an der Statistik beteiligten 465 Kartelle umfassen 6495 Gewerkschaften mit insgesamt 1 180 940 Mitgliedern, von denen 16 870 in 41 Lokalvereinen und 1739 in sonstigen, der Generalkommission nicht angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sind. Von den am Schlusse des Jahres 1905 in den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden Organisierten, deren Zahl 1 429 408 betrug, sind demnach 1 162 331 = 81,3 Proz. in den Gewerkschaftskartellen vereinigt.

Die den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine sind gegen das Vorjahr wieder um drei zurückgegangen, dagegen ist die Gesamtzahl der Mitglieder derselben von 9824 auf 16 870 gestiegen. Die Zunahme resultiert jedoch lediglich daraus, daß die Berliner Gewerkschaftskommission dem Lokalverein der Berliner Hausdiener, der rund 7000 Mitglieder zählt, den Anschluß gestattet hat. Die Wahrnehmung, daß die Kartelle sich mehr und mehr zu Interessenvertretungen der in den Zentralverbänden Organisierten entwickeln, wird durch diese Vermehrung der den Kartellen angeschlossenen Lokalisten nicht erschüttert.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen beträgt 936 mehr als im Jahre 1904. 66 Kartellen sind weniger als 6 Organisationen angeschlossen, 161 Kartelle umfassen 6 bis 10 Organisationen, in 208 Kartellen sind mehr als 10 bis 30 Organisationen und in 30 Kartellen sind mehr als 30 Organisationen vereinigt. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Kartelle mit mehr als 30 Organisationen um 10 vermehrt. Eine größere Vermehrung der Kartelle mit mehr als 30 Organisationen dürfte für die nächste Zeit kaum zu erwarten sein, da in größeren Städten neue Organisationen nur selten noch zu gründen sind und soweit dies der Fall, wird die dadurch verursachte Vermehrung durch Verschmelzung anderer Organisationen wieder aufgehoben.

Während die Kartelle mit geringer Mitgliederzahl seit 1901 nicht zugenommen haben, weisen die Kartelle mit größerer Mitgliederzahl eine andauernde Zunahme auf. Die Kartelle mit nicht mehr als 300 Mitgliedern sind seit 1901 um 2 Proz. zurückgegangen. Zugenommen haben dagegen die Kartelle

mit	2 501— 5 000	Mitgliedern um	58,3 Proz.
„	5 001—10 000	„ „	47,8 „
„	10 001—25 000	„ „	44,4 „
	über 25 000	„ „	250,0 „

Von den 1 180 940 in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitgliedern sind 743 634 = 59 Prozent in den 41 Großstädten. Trotzdem blieb im letzten Jahre die Mitgliederzunahme in den Großstädten hinter der, welche die Gewerkschaften im allgemeinen zu verzeichnen haben, zurück! Die Gesamtmitgliederzahl in den deutschen Gewerkschaften betrug Ende 1905 1 429 408 gegen 1 116 723 Ende 1904. Das ist eine Zunahme von 28 Prozent, während die Zunahme in den Großstädten von 595 862 auf 743 634 nur 25,6 Prozent ausmacht; ein Zeichen, daß sich der Mitgliederzuwachs besonders in den mittleren Städten vollzogen hat. Zwar weist Berlin eine Zunahme von über 43 Prozent auf. Auch einige andere Städte haben eine Zunahme von über 25 Prozent aufzuweisen, jedoch ist in einigen Städten, welche in den letzten Jahren einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen haben, die Gewerkschaftsbewegung nicht in der gleichen Weise fortgeschritten.

Besonders auffallend ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in einigen Städten, der, wie in den beiden Schwesterstädten Barmen und Elberfeld, nicht unbedeutend ist. Es handelt sich jedoch hierbei nicht lediglich um einen Austritt aus den gewerkschaftlichen Organisationen, sondern teilweise um den Austritt der Organisationen aus den Kartellen.

Die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat der Holzarbeiterverband aufzuweisen: 421, ihm folgen die Verbände der Maurer mit 392, Metallarbeiter 382, Zimmerer 329, Maler 272, Schneider 249, Buchdrucker 240. Letztere stehen auch in diesem Jahre wieder mit der größten Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine oben an, und zwar mit 56, genau wie im vorigen Jahre.

In 199 Orten bestehen Zweigvereine der Zentralverbände, welche den Kartellen fernstehen. Vielfach sind es neugegründete Organisationen, die noch nicht in der Lage sind, Beiträge in die Kartellkasse zu zahlen, oft sind es taktische Fragen, welche die Organisationen veranlassen, sich den Kartellen nicht anzuschließen oder aus denselben auszutreten, eine prinzipielle Gegnerschaft dürfte unter den Mitgliedern der Zentralverbände wohl kaum noch vorhanden sein.

Mehr und mehr wenden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiete der Auskunfterteilung und Rechtsbelehrung zu. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftstellen von den Kartellen unterhalten. Von den bestehenden Arbeitersekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Braunschweig, Breslau, Kassel, Charlottenburg, Köln am Rhein, Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau. Wenn diese Gewerkschafts- und Volkshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Existenz doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teil auch der Mitwirkung der Parteiorganisationen zu verdanken.

Gemietete Versammlungssäle haben 118 Kartelle gegenüber 86 im Vorjahre. Eine Zentralherberge haben 44 Kartelle (20 im Vorjahre) und eine Herberge beim Gastwirt untersteht in 227 (181 im Vorjahre) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

Ein Zentralarbeitsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Hameln, Meerane, Sonderburg und Zerbst. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 252 Orten vorhanden, 1904 in 205 Orten. Ein Lesezimmer wird von 39 Kartellen unterhalten, von denen fünf keine Bibliothek besitzen.

Eine Beschwerdekommission für Gewerbeinspektionssachen ist in 149 Kartellen vorhanden (1904: 134). 129 Kartelle haben eine Kommission für das Kost- und Logiswesen, 195 Kartelle eine Bauarbeiterschutzkommission (1904: 151) und einen Referentennachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen ließen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein, als in den Vorjahren. Wie die Statistik ergibt, hatten 1905 41, 1904 29 und 1903 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen ist von 15 in 1903 und 12 in 1904 auf 21 in 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr geleistet, als im Jahre 1904.

Die Kartelle veranstalteten im Jahre 1905 insgesamt 46 Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, 21 Arbeitslosenzählungen und 67 sonstige Erhebungen.

Zur Bestreitung der Ausgaben wurden 1905 in 451 Kartellen feste Jahresbeiträge pro Mitglied der angeschlossenen Organisationen erhoben. In 7 Gewerkschaftskartellen wurden die Beiträge nach einem anderen Modus als nach Mitgliedern berechnet erhoben, während 2 Kartelle keine festen Beiträge und 3 Kartelle überhaupt keine Beiträge erhoben. 2 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht.

Von 31 Kartellen werden besondere Beiträge für die Unterhaltung resp. Errichtung eines Arbeitersekretariats erhoben.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betrugen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 M., davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 M. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209 832 M. vorhanden, so daß den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 M. zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insbesondere ohne Streikunterstützung 499 671 M. Der am Schluß des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 M.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Aussperrungen ergaben die Summe von 948 166 M. Für Streiks am Orte wurden 194 035 M. und für auswärtige Streiks 718 757 M. verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 84 077 M. Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Ueberschuß von zusammen 69 443 M.

Die Ausgaben für Agitation sind gegen das Vorjahr kaum gestiegen, obgleich die Zahl der Kartelle, die solche Ausgaben gemacht haben, 358 gegen 289 in 1904 beträgt, während 289 Kartelle rund 11 000 M. mehr für 1904 verausgabten, als 280 Kartelle im Jahre 1903. Die Ausgaben für Vertreterwahlen steigen und fallen naturgemäß, je nachdem solche Wahlen, die periodisch stattfinden, in den einzelnen Jahren in Frage kommen.

Darüber, in welchem Umfange und mit welchem Erfolg die Gewerkschaftskartelle sich an den Vertreterwahlen beteiligten, enthält die Statistik keine Angaben.

Die Ausgaben für Auskunfterteilung und für Bildungszwecke sind im letzten Jahre ganz erheblich angewachsen. Es ist sehr erfreulich, daß die Kartelle diesen Tätigkeitsgebieten immer mehr Beachtung schenken. Jedoch ist zu bemerken, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten wiederholt zu Streitigkeiten innerhalb der Kartelle und zum Austritt verschiedener Organisationen aus den Kartellen geführt hat, wodurch die Aktionsfähigkeit der betreffenden Kartelle sehr beeinträchtigt, teilweise für längere Zeit sogar die Agitation gänzlich lahmgelegt wurde. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Agitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, sollten die Vertreter der Gewerkschaften in den Kartellen die Frage stets reiflich prüfen, und die Errichtung eines Sekretariats sollte nur dann erfolgen, wenn eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich Komplikationen daraus für die Gewerkschaften nicht ergeben. Streitigkeiten, ganz gleich, ob innerhalb einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften unter einander, sind stets nur geeignet, die Positionen unserer Gegner zu stärken und die eigene zu schwächen. Welche Anstrengungen die gegnerischen Gewerkschaften machen, um an Einfluß zu gewinnen, läßt sich daran ermessen, daß die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften sich im letzten Jahre wieder bedeutend vermehrt haben. Nach den Berichten unserer Kartelle, die allerdings auf Vollständigkeit in dieser Beziehung keinen Anspruch machen können, bestehen in 145 Orten, in denen wir Kartelle besitzen, Ortsverbände der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit 430 Ortsvereinen und in 94 Orten Kartelle der Christlichen mit 356 Gewerkschaften. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ veröffentlichte in seiner Nr. 14 vom 16. Juli 1906 ein Verzeichnis der Adressen christlicher Ortskartelle, welches 145 Orte enthält.

Die Kartelle haben fast allgemein sich zu Vereinigungen der Zweigvereine der Zentralverbände entwickelt, ihre Regulative nach Möglichkeit einheitlich gestaltet und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse untergeordnet. Die Konstitution der Kartelle ist in eine Form gebracht, die es diesen ermöglicht, alle Fragen, die die Arbeiterschaft eines Ortes gemeinsam interessieren, mit den Vertretungen der Parteiorganisationen beraten zu können. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten, die Beschaffung von Versammlungslokalen, die Maifeier, das alles sind Dinge, die an vielen Orten gemeinsam von den Vertretungen der Gewerkschaften und denen der Parteiorganisationen geregelt werden. Die Gewerkschaftskartelle sind ganz besonders geeignet, wenn sie die nötige Umsicht walten lassen, den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zwischen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen Keil zu treiben, vorbeugen zu können. Diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, müssen die Kartelle, wie jeder einzelne, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, sich angelegen sein lassen. Und das geschieht dadurch, daß Meinungsdifferenzen stets in sachlicher Weise diskutiert, alle gehässigen Ausfälle sofort energisch zurückgewiesen und durch Verbreitung von Bildung und Wissen die Arbeiter zu zielbewußten Klassenkämpfern erzogen werden. Der vom Genossen Brunner bearbeitete Bericht der Generalkommission schließt: „Erziehungsanstalten sollen die Gewerkschaftskartelle sein. Das sei die Parole, nach der sich ihre gesamte Tätigkeit richtet. Erziehungsanstalten im weitgehendsten Sinne. Daß sie es zum Teil schon sind und sich mehr und mehr dazu entwickeln, beweist die Statistik über ihre Tätigkeit. Wird in dieser Richtung weiter gearbeitet, so nur zum Vorteil der Arbeiterbewegung.“

Die frisierten Lohntabellen vor Gericht.

Als Nachklang zu der Essener Reichstagsnachwahl ist eine Anklage zu verzeichnen, die am Donnerstag vor der Essener Strafkammer gegen den Genossen Ostkamp sich wendete, verhandelt wurde und mit einer glänzenden Freisprechung des Angeklagten und moralischer Verurteilung des Allgemeinen Knappschafts-Vereins endete.

Während der Reichstagsersatzwahl wurde von der sozialdemokratischen Partei ein Flugblatt herausgegeben, das unter dem Titel

„Frisierte Lohntabellen“

die Lohntabelle des Allgemeinen Knappschafts-Vereins in scharfer Weise kritisierte. Unter anderem wurde in dem Artikel gesagt: „Die öffentliche Meinung werde irregeführt.“ „Solche Nachweisungen charakterisieren sich als bewußte Täuschung und kommen in ihrer Wirkung dem beabsichtigten Betrug gleich.“ Wegen dieses Artikels stellte der Vorstand des Allgemeinen Knappschafts-Vereins Strafantrag wegen Beleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur des Flugblattes, Genossen Wilhelm Ostkamp. Die Staatsanwaltschaft gab dem Antrage statt. Auf Antrag des Angeklagten waren zu dem Termin vor der Strafkammer als Gutachter Generalsekretär Dr. Lorenz Pieper-M.-Gladbach und der „Vorwärts“-Redakteur Genosse Wilhelm Düwell-Berlin geladen. Der Angeklagte erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, den Vorstand des Allgemeinen Knappschafts-Vereins zu beleidigen, wie denn auch die ganze Kritik des inkriminierten Artikels sich gar nicht gegen den Allgemeinen Knappschafts-Verein richte, sondern gegen eine Reihe von korporativen Publikationen und Fachzeitschriften, die diese Lohntabelle als eigentliche Lohnstatistik verwendet haben. Diese Tabelle kann aber gar nicht zur Beurteilung der Arbeitslöhne benutzt werden, weil sie den wirklichen Lohn gar nicht angibt, vielmehr lediglich zur Berechnung des Krankengeldes dient. Der Vorsitzende meinte, wenn das der Zweck des Artikels gewesen sei, dann sei das aber in wenig geschickter Weise zum Ausdruck gebracht worden. Dem unbefangenen Leser dränge sich doch die Ansicht auf, der Vorstand des Allgemeinen Knappschafts-Vereins sollte getroffen werden. Direktor Köhne führte als Zeuge aus, daß das Material zur Bearbeitung der Knappschaftstabelle vierteljährlich von den Zechen geliefert werde. Angegeben werde die tatsächlich ausgezahlte Lohnsumme und die dazu zahlenden Wochenbeiträge. Danach ermittele die Knappschaft die Zahl der Arbeiter und stelle die Tabellen zusammen. Auf weiteres Zeugnis wurde allseits verzichtet. Der Gutachter Dr. Pieper-M.-Gladbach beantwortete die an ihn gestellten Fragen im Zusammenhange dahin, daß sämtliche Lohnstatistiken nicht einwandfrei seien, weil sie objektiven Irrtümern unterliegen. Daß die einzelnen Zechen absichtlich falsche Angaben machen, wolle und könne er nicht behaupten, aber die ganze Art der Resultatgewinnung schließe ein objektives Bild der wirklichen Lohnverhältnisse aus. Ganz besonders könne die Tabelle des Knappschafts-Vereins nicht als Lohnnachweis angesehen werden. Einer wissenschaftlichen Kritik halte sie in keiner Weise stand. Während der Vernehmung des Gutachters kam es zwischen diesem und dem Ersten Staatsanwalt zu einer Kontroverse. U. a. bemerkte der Erste Staatsanwalt, der Gutachter scheine nicht einmal zu wissen,

daß in der von den Zechen angegebenen Lohnsumme auch die Beamtengehälter in der Aufstellung mit einbegriffen sind, sonst könne er nicht behauptet haben, die von den Zechen gelieferten Angaben seien objektiv falsch. Dr. Pieper erwiderte, daß ihm allerdings die Grundlage der Angabe nicht bekannt sei; aber aus den Resultaten habe er doch einwandfrei nachgewiesen, daß die statistischen Angaben den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen, daß das Zahlenbild durch die Nichtberücksichtigung der verfahrenen Ueberschichten wesentlich beeinflußt werde. Ebenso sei die Feststellung der Arbeiterzahl durchaus mangelhaft. Genosse Düwell als Gutachter hatte nur noch ein paar Fragen zu beantworten. Er begutachtete, daß die Tabelle des Knappschaftsvereins durchaus nicht als Lohnnachweis angesehen werden kann, schon aus dem Grunde nicht, weil sie nicht wirkliche, sondern angenommene Größen angebe. Die Anzahl der für die Lohnklasse angegebenen Arbeiter könne nahe bei der Minimalgrenze, allerdings auch nahe bei der Maximalgrenze liegen. Da diese beide Summen um je 40 Pf. bei den einzelnen der 13 Lohnklassen differieren, könne sich das Resultat der Lohntabelle sehr weit von der Wirklichkeit entfernen. An sich sei richtig, daß im allgemeinen die Statistik mit Durchschnittsziffern arbeite, auch sei das einwandfrei, soweit wirkliche Größen eingestellt werden. Das aber fehle bei der Tabelle des Knappschafts-Vereins. Auch gebe es heute schon einwandfreiere statistische Nachweise, in denen beispielsweise nicht mit der nicht zu fassenden Arbeiterzahl, sondern mit Arbeitstagen gerechnet werde. Damit war die Beweisaufnahme beendet. Der Angeklagte führte noch aus, daß das Flugblatt zum Zwecke der Wahl herausgegeben war, um zu verhindern, daß durch die irreführende Tabelle des Allgemeinen Knappschaftsvereins, mit der die bürgerlichen Zeitungen nach dem Vorbilde des Jahresberichts des Bergbaulichen Vereins operiert haben, die Oeffentlichkeit getäuscht werde. Der Erste Staatsanwalt war mit dem Angeklagten der Ansicht, daß die Tabelle des Allgemeinen Knappschafts-Vereins gar nicht als Lohnnachweis gelten könne, sie diene lediglich den Zwecken der Krankenkasse zur Einteilung der Lohnklassen, wonach die zu zahlenden Beiträge eingezogen werden. Die Krankenkasse sei gar nicht berechtigt, die Ueberschichten zu berücksichtigen, sie müsse gesetzlich mit den Arbeitstagen rechnen. Er wolle übrigens bei dieser Gelegenheit gleich bemerken, daß er in seiner Auseinandersetzung mit dem Gutachter Pieper sich weit aus dem Rahmen der Sache entfernt habe, er habe dieses aber absichtlich getan, weil er dies für notwendig hielt, um darzutun, daß Dr. P. gar nicht in der Lage sei, ein Gutachten in dieser Sache abzugeben. Es sei zweifellos, daß die Verfasser des Artikels und der preßgesetzlich Verantwortliche den Vorstand des Allgemeinen Knappschafts-Vereins haben treffen wollen, das gehe aus der Wendung hervor: „Solche Nachweise charakterisieren sich als Irreführung, als Täuschung der öffentlichen Meinung." Der Vorwurf sei ein außerordentlich schwerer, auch habe der Angeklagte schon verschiedene Strafen wegen Beleidigung erlitten. In Anbetracht aber, daß die Vorstrafen bereits eine Reihe von Jahren zurückliegen, bitte er in diesem Falle auf eine Geldstrafe zu erkennen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung beantrage er eine Geldstrafe von 300 M., event. für je 10 M. einen Tag Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wallach, vertrat den Standpunkt, daß eine Verurteilung nicht erfolgen könne, weil aus dem Artikel klipp und klar hervorgehe, daß der Angeklagte nicht den Allgemeinen Knappschafts-Verein habe treffen wollen, sondern diejenigen Stellen, die diese Lohntabelle zum Zwecke der Lohnstatistik verwerten. Im gegebenen Falle hat sich eine falsche Stelle beleidigt gefühlt. Die Verteidigung ging dann den Artikel in den einzelnen Abschnitten durch, um darzutun, daß sich tatsächlich die ganze Kritik gegen den Bergbaulichen Verein und eine Reihe Zeitungen und Fachschriften richtet. Im übrigen nahm der Verteidiger auch für seinen Klienten den § 193 des St. G. B. in Anspruch und beantragt die kostenlose Freisprechung. Das Urteil wurde dahin verkündet: Aus dem letzten Passus des inkriminierten Artikels, wo von beabsichtigtem Betrug die Rede, gehe unzweifelhaft hervor, daß sich diese Wendung gar nicht gegen den Allgemeinen Knappschafts-Verein richten konnte. Diese Stelle muß in erster Linie ausscheiden. Dagegen kann bei oberflächlichem Lesen des Artikels der Eindruck hervorgerufen werden, als solle der Vorstand des Allgemeinen Knappschafts-Vereins getroffen werden. Jedoch ist nicht notwendig anzunehmen, daß der Knappschaftsvorstand gemeint sei. Der Angeklagte muß daher freigesprochen und die Staatskasse mit den Kosten belastet werden.

Wird die Staatsanwaltschaft nunmehr davon ablassen, zutreffende Kritiken, weil sie dem Unternehmertum nicht gefallen, als strafbare Beleidigungen zu konstruieren?

Aus der Partei.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg findet statt am Sonntag, den 2. September 1906, mittags 12 Uhr, zu Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Tagesordnung lautet:

1. **Bericht der Agitationskommission.**
2. **Das Organisationsstatut für die Provinz Brandenburg.**
3. **Die kommenden Reichstagswahlen.**
4. **Anträge.**

Anträge, welche auf der diesjährigen Parteikonferenz beraten werden sollen, sind spätestens bis zum 26. August bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Der Einberufer: H. Schubert, Berlin, Hornstr. 2.

Parteischule. In der letzten Nr. der „N. Gesellsch." veröffentlichte Gen. Maurenbrecher einen Artikel über unsere neue „Parteischule". Am interessantesten ist derjenige Teil der Maurenbrecherschen Ausführungen, in dem wir durch Mitteilungen tatsächlicher Natur über Einzelheiten unterrichtet werden, die der Parteivorstand bisher nicht bekannt gegeben hat. So erfahren wir denn — was in der Publikation des Parteivorstandes allerdings auch schon, indessen nur zwischen den Zeilen zu lesen war —, daß unsere Parteischule keine Drillanstalt nach berüchtigtem Muster, keine Presse sein soll, in der als wichtigstes „Bildungsmittel" der Nürnberger Trichter zu fungieren hat, sondern daß der Versuch gemacht werden soll, unsere „Parteischüler" auf den Weg selbständigen Denkens zu verweisen, ihnen Hülfsmittel zu zeigen, die sie von der Landstraße der bloßen Reproduktion auf die Bahn der Produktivität zu führen geeignet sind. Es verstand sich wohl eigentlich von selbst, daß der Parteivorstand gar nicht auf den Gedanken kommen konnte und durfte, die Bildungsschule zu einer Automatenfabrik herabzuwürdigen. Er konnte und durfte den München-Gladbachern und den Landwirtsbündlern ihr Patent nicht mitmachen.

In seinem Artikel entwickelt Maurenbrecher auch ein Programm für die Parteischule. Nämlich:

„Sie will keine fertigen „Lehren" oder Systeme übermitteln; sie will schulen zu eigener Arbeit und eigener Ueberzeugung. Sie will ihre Teilnehmer üben, politische und wirtschaftliche Probleme selbständig zu erfassen, bei neu auftauchenden Fragen nicht ängstlich warten zu müssen, ob irgend eine Parteigröße nicht bald ein lösendes Wort sagt, sondern selbst prüfen und urteilen zu können. Es wird eine Schule, wie sie für reife Menschen paßt, bei der Lehrer und Schüler sich gemeinsam vor die Wirklichkeit stellen und sie gemeinsam zu begreifen und in Regeln zu fassen suchen. Sie liefert nicht fertige Resultate und etikettierte Schubfächer dazu, in die man sie hineinlegen kann, sondern Methode und Uebung, selbst Resultate zu finden."

In ihrem Donnerstag-Leitartikel beschäftigt sich die „Leipziger Volkszeitung" mit Maurenbrechers Ausführungen und sie kritisiert an seinem Programm mit Recht, daß da „gerade nur eins und alles fehlt: nämlich die Forderung, daß an der neuen Schule nach der wissenschaftlichen Methode des historischen Materialismus unterrichtet werden und die Durchdringung der Schüler mit dieser Methode die wesentlichste Aufgabe, ja in gewissem Sinne der einzige Zweck der Schule sein müsse. Sieht Genosse Maurenbrecher in dem historischen Materialismus eine „fertige Lehre", was wir dahingestellt sein lassen, so soll allerdings eine fertige Lehre an der Schule vorgetragen werden, und wenn er mit Recht Methode verlangt, so darf diese Methode nur die historisch-materialistische Methode sein."

Und die „Leipziger Volkszeitung" fährt fort:

„Wir stellen diese Forderung keineswegs auf aus jener Abneigung gegen den Revisionismus, zu der wir uns sonst gern bekennen. Es ist nicht entfernt unsere Ansicht, daß die Schule zum Tummelplatz des „Marxismus" gegen den Revisionismus gemacht werden soll; diese Möglichkeit verwerfen wir ebenso entschieden, wie sie nur der entschiedenste Revisionist verwerfen mag. Allein der Unterricht an einer Schule, die ihre Schüler zu selbständigem Denken erziehen soll, ist gar nicht möglich ohne eine bestimmte, wissenschaftliche Methode; formloses Wissen ist überhaupt kein Wissen, wie ein bekannter Pädagoge sagt. Schulen ohne wissenschaftliche Methode sind gerade die allergefährlichsten „Drillschulen", viel gefährlicher, als das drastische Zerrbild, das Genosse Maurenbrecher an die Wand malt. Denn erst die Methode gibt dem Schüler die Möglichkeit, die Worte des Lehrers zu prüfen, die er unter dem Schein einer freien und gemeinsamen Diskussion viel leichter noch als „fertige Resultate" hinnehmen kann, als wenn sie ihm offen für einen demagogischen Zweck eingepaukt werden.

Man wendet vielleicht ein, daß die historisch-materialistische Methode auch von Sozialisten angefochten worden sei und angefochten werde. Das bestreiten wir gewiß nicht, aber wir behaupten auch nicht, daß sie der Weisheit letzter Schluß sei. Wir sagen nur, daß es ohne wissenschaftliche Methode nicht geht, und daß alle Zweifel, berechtigte und unberechtigte, die man gegen den historischen Materialismus hat aufmarschieren lassen, noch keine neue, geschweige denn eine bessere Methode geschaffen haben. Diese Methode ist der einzige Schlüssel zum Verständnis der sozialistischen Wissenschaft, so wie sie sich seit einem halben Jahrhundert entwickelt hat, und erst wer diesen Schlüssel zu handhaben weiß, ist zu „immer erneuter selbständiger Durcharbeitung alter Probleme fähig".

Zuzugeben ist die außerordentliche Schwierigkeit, in dem kurzen Zeitraum eines halben Jahres junge Arbeiter in die Gedankenwelt des historischen Materialismus einzuführen, so daß sie wirklich heimisch darin werden. Ist doch selbst Genosse Maurenbrecher, trotz seiner akademischen Vorbildung, trotz seines Fleißes und seiner Gaben, die wir immer gern anerkannt haben, in mehrjährigem Studium noch nicht dazu gelangt. Jedoch ist die akademische Vorbildung oft mehr ein Hemmnis als ein Hülfsmittel beim Verständnis einer Weltanschauung, die recht eigentlich die Weltanschauung des Proletariats ist. Man hat schon oft beobachtet, daß Arbeiter sich darin leichter zurechtfinden, als studierte Leute. Aber eine strenge Konzentration auf diesen Punkt ist bei der Kürze des Unterrichts allerdings geboten.

Der Plan dieser Schule ist uns in hohem Grade sympathisch, und wir haben sie schon befürwortet, ehe der Parteivorstand sie einzurichten beschloß. Aber bei uns, wie bei allen, die sie bisher befürwortet haben, ist immer die Voraussetzung gewesen, daß sie junge Parteigenossen an der Hand des historischen Materialismus an wissenschaftliches Denken gewöhnen solle. In jedem anderen Falle wird sie so großen Schaden stiften, wie sie Nutzen schaffen soll, und wenn sie nach den noch ganz unklaren Gesichtspunkten des Genossen Maurenbrecher eingerichtet werden sollte, so würde sie zum Brutofen der theoretischen Unklarheit werden, die sie beseitigen soll und die wir in der Tat nicht noch künstlich heranzuzüchten brauchen."

Zur Tagesordnung des Parteitages. Die Erfurter „Tribüne" schließt sich dem Wunsche an, zum Punkt „Massenstreik" möge ein Mitreferent aus den Kreisen der Generalkommission bestimmt werden.

Soziales.

Kampf der Krankenkassen gegen Alkoholmißbrauch.

„Wer den Alkohol bekämpft, wird seines Amtes entsetzt", so dekretierte bekanntlich die sogenannte Aufsichtsbehörde der Krankenkasse in Weißensee, Dr. Pape, und entsetzte den Kassenvorstand seines Amtes, weil er unter den Mitgliedern Kenntnisse über die Gefahren des Alkoholmißbrauchs verbreiten wollte. Noch ist die gegen die widerrechtliche Anordnung eingelegte Beschwerde nicht entschieden — bekanntlich besteht eine der „sittlichen Tüchtigkeiten" unseres preußischen Bureaukratismus darin, bei Dingen, in denen es sich um Verstöße gegen klare Rechte der Arbeiterklasse handelt, außerordentlich langsam zu entscheiden. Das kann natürlich die Krankenkassen in ihrem Kampf gegen die Alkoholgefahren nicht beeinträchtigen. Die rührige Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte hat jetzt eine Broschüre „Alkohol und Gesundheit", volkstümlich dargestellt von Herrn Dr. A. Grotjahn, Berlin, herausgegeben. Dieselbe ist 24 Seiten stark und kostet 15 Pf. Bei Entnahme von über 200 Exemplare 10 und bei über 500 Exemplare 7½ Pf.

Der Verfasser hebt hervor, daß die Unterernährung, Ueberarbeit, Nahrungsnot, Unsicherheit der Existenz und Unzulänglichkeit anderer Genüsse Unzählige zum sorgentötenden, lustbringenden, unlustabstumpfenden Alkohol greifen lasse. Die sozialen Ursachen des Alkoholmißbrauchs, auf die Verfasser in dem Band 13 der „Bibliothek für Sozialwissenschaft" eingegangen ist, soll die Broschüre jedoch nicht darstellen. So gewiß eine erhebliche Besserung der sozialen Verhältnisse die wichtigste Vorbedingung für die Bekämpfung des Alkoholismus als Massenerscheinung ist, so sei doch nicht zu übersehen, daß auch der Einzelne es bis zu einem gewissen Grade in der Hand habe, den Alkoholgenuß nicht in Mißbrauch ausarten zu lassen. Von diesem Standpunkte ausgehend, bespricht die Broschüre in leicht faßlicher, belehrender Weise die Schädlichkeit des Alkoholmißbrauches. Das Büchelchen predigt nicht völlige Enthaltsamkeit, sondern Mäßigkeit im Genuß des Alkohols. Die Ausführungen über die Wirkung des Alkohols auf Herz, Magen, Gaumen, Leber, Nieren, das Nervensystem usw. sind knapp und klar gehalten. Unter anderem wird der Ausspruch des bekannten Chemikers Justus von Liebig angeführt: „Der Branntwein, durch seine Wirkung auf die Nerven, gestattet dem Arbeiter, die fehlende Kraft auf Kosten seines Körpers zu ergänzen, diejenige Menge heute zu verwenden, welche naturgemäß erst den Tag darauf zur Verwendung hätte kommen dürfen; es ist ein Wechsel, ausgestellt auf die Gesundheit, welcher immer prolongiert werden muß, weil er aus Mangel an Mitteln nicht eingelöst werden kann. Der Arbeiter verzehrt das Kapital anstatt der Zinsen, daher denn der unvermeidliche Bankrott seines Körpers." Das 24 Seiten lange Büchelchen wird gerade deshalb, weil es sich von Uebertreibungen fern zu halten sucht, viel zur Belehrung von Kassenmitgliedern und zur Einschränkung des Alkoholmißbrauchs beitragen. Den Kassen kann die Broschüre angelegentlichst empfohlen werden.

Die Unfälle in der chemischen Industrie.

Die kürzlich veröffentlichten Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie über ihre Tätigkeit im Jahre 1905 zeigen, daß der im Vorjahre schon sehr hohe Unternehmergewinn in diesen Betrieben im Jahre 1905 weiter gestiegen ist, daß aber auch die schon im Vorjahre hohe Zahl der Unfälle im Jahre 1905 in höherem Grade als die Zahl der beschäftigten Arbeiter gewachsen ist. Die Beachtung der von der Berufsgenossenschaft selbst erlassenen Unfallverhütungsvorschriften war auch im letzten Jahr eine vielfach ungenügende. Im Jahre 1904 wurden von den in 8005 Betrieben beschäftigten 177 461 Vollarbeitern 10 244 von Unfällen betroffen, 1905 wurden von den in 8178 Betrieben beschäftigten 185 820 Vollarbeitern 11 010 von Unfällen betroffen. 1904 kamen also auf 100 Arbeiter 5,77 Unfälle, 1905 aber 5,92 Unfälle. 1904 waren unter den Unfällen 1532 entschädigungspflichtige, 1905 aber 1584. 1904 verliefen davon 108 tödlich, 1905 aber 122. Dabei sind die vielen langsamen chronischen Gesundheitsschädigungen und Zerstörungen, denen in diesen Gifthütten die Arbeiter so sehr ausgesetzt sind, in diesen Zahlen nicht eingerechnet, denn um diese kümmern sich die Berufsgenossenschaften nicht, da nach der leider konstanten Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes Folgen von Berufskrankheiten nie als Unfallfolgen zu erachten sind.

Die kontrollierenden Techniker sind bei der Erwähnung dieser Menschenopfer schnell mit der Behauptung bei der Hand, daß die Unfälle meist eine Folge von Unvorsichtigkeit und Leichtsinn seitens der Arbeiter sind. Sie müssen dabei selbst zugeben, daß am meisten Wander- und Gelegenheitsarbeiter, die aus den östlichen Teilen des Reiches kamen, von den Gefährlichkeiten dieser Betriebe getroffen wurden, von denen sie meist keine Ahnung hatten, daß andererseits ältere und sachkundige Arbeiter die nötige Vorsicht beachteten und nicht selten die angeordneten Vorsichtsmaßregeln noch zu verbessern suchen. Die ostpreußischen und polnischen Arbeiter sind nicht nur den Agrariern willkommen, weil sie billige Arbeitskräfte sind. Auch die Unternehmer so gefährlicher Betriebe wie der chemischen nehmen keinen Anstand, diese unerfahrenen Leute den Gefahren ihrer Betriebe auszusetzen. Dabei fehlten auch im Berichtsjahre, wie die Kontrollbeamten feststellten, sehr oft die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen, wie die Umwehrungen von Kesseln, die Verkleidungen an Transmissionen und Wellen, die Geländer an Bühnen, Leitern und Treppen, oder sie waren ungenügend oder schadhaft, und schadhafte Geländer sind immer gefährlicher als gar keine. Ihr guter Zustand sollte deshalb regelmäßig kontrolliert werden. Daher kommt es, daß in jedem Jahre die Zahl der Unfälle beim Schmieren und Putzen von Maschinen, die im Gange sind, eine große ist. Im Vorjahr waren davon allein 90 entschädigungspflichtig und 3 verliefen tödlich. So wurde z. B. bei der Bedienung eines Koksbrechwerkes ein an dieser Betriebsmaschine vertretungsweise angestellter, aber nicht damit vertrauter Arbeiter tödlich verletzt. Der amtliche Bericht sagt selbst hierüber: „Der Unglücksfall hätte bei einer geeigneten Schutzvorrichtung des Schwungrades vermieden werden können. Eine solche Schutzvorrichtung war bisher nicht für nötig gehalten worden."

An Arbeitsmaschinen kamen 1083 Unfälle vor, davon waren 229 entschädigungspflichtig und von diesen verliefen 10 tödlich. Im Vorjahre waren an diesen Maschinen nur 910 Unfälle gemeldet, von denen 184 entschädigungspflichtig waren. Auch hier war das Fehlen der nötigen Schutzvorrichtungen mehrfach schuld an den Unfällen. So war in einer Holzimprägnieranstalt eine Hobelmaschine aufgestellt worden, welche in den Eisenbahnschwellen die Nuten für die Schienenauflage auszuhobeln hatte. Die hier auf einer Welle sitzenden Messer machen eine so enorme Tourenzahl, daß sie während des Ganges gar nicht sichtbar sind. Unbegreiflicherweise hatten diese Messer nicht die geringste Verkleidung erhalten. Als der Verunglückte gemeinsam mit einem zweiten Arbeiter eine Schwelle mittels einer Schlittenvorrichtung über die Messer zu führen hatte und hierbei ausglitt, geriet er mit dem linken Arme in die rotierenden Messer, die ihm den Arm millimeterweise abhobelten, bis ihm der Stumpf herausgerissen wurde; er starb am Platze an Verblutung. „Nachträglich fand der Aufsichtsbeamte bereits die Messer resp. die Welle in einer fast einwandfreien Weise abgedeckt."

Auch an Abrichthobelmaschinen ereigneten sich zwei entschädigungspflichtige Unfälle, weil in beiden Fällen die Schutzvorrichtung fehlerhaft angebracht war und nur aus einer teilweisen Deckscheibe bestand. Nach den Verunglückungen wurden diese Scheiben durch ein dicht über dem Schlitz liegendes festes Schutzblech ersetzt. An Seifenpressen ereigneten sich auch in diesem Jahre wie in früheren eine große Anzahl Unfälle, weil die Schutzvorrichtungen nicht in Ordnung waren. In einer Gummiwarenfabrik mußten erst 7 Unfälle in kurzer Aufeinanderfolge an den Wickelmaschinen für Pneumatikformen sich ereignen, ehe deren Ursache, die ungünstige Drahtführung, beseitigt wurde. Dann kamen keine Unfälle mehr vor. An Dampfkesseln, Dampfkochapparaten und Dampfleitungen kamen im Jahre 1905 besonders viele, nämlich 108 Unfälle vor, von denen 14 entschädigungspflichtig waren und 6 tödlich verliefen, während sich hierbei 1904 im ganzen nur 44 Unfälle ereigneten, von denen nur 4 entschädigungspflichtig waren und keiner tödlich verlief. Mehrere dieser Unfälle sind wieder durch Zerspringen der nicht genügend geschützten Wasserstandsgläser verursacht worden. Ein schwerer Unfall ereignete sich in diesem Jahre in einer Sprengstofffabrik, dem 9 Menschenleben zum Opfer fielen. Veranlaßt wurde er durch eine Pulverstauberplosion in einem Polierhause für Plättchen- (Gewehr-) pulver, wobei etwa 2000 Kilogramm solchen Pulvers zur Entzündung kamen und das Polierhaus nebst dem Siebhause vollständig zerstört wurden. Da überlebende Augenzeugen des Unfalls nicht mehr am Leben sind, fehlen über die Vorgänge alle näheren Angaben. Durch feuergefährliche, heiße, ätzende oder giftige Stoffe wurden auch im vorigen Jahre eine große Zahl Unfälle hervorgerufen. Es kamen 1806 Unfälle, die durch diese Stoffe verursacht wurden, zur Anzeige, im Vorjahre 1696; davon waren 175 entschädigungspflichtig und von diesen 30 tödlich. Allein durch die plötzliche Einwirkung giftiger Stoffe verunglückten 1904 114 Arbeiter und 1905 118. Davon waren entschädigungspflichtig 1904 nur 31 und 1905 26, aber die meisten verliefen tödlich, nämlich 1904 15 und 1905 19!

Natürlich ist die Zahl der durch das Arbeiten mit diesen Stoffen langsam an Leib und Leben geschädigten Arbeiter eine weit größere. Durch feuergefährliche Stoffe verunglückten 1904 1696 Arbeiter, 1905 1806, davon entschädigungspflichtig 1904 177 und 1905 175, und tödlich verliefen von diesen 1904 29, 1905 30! Wir wollen dabei nur eins hervorheben. Obschon in früheren Berichten wiederholt und eindringlich vor zu frühem Betreten der Naphthablasen und -behälter zwecks Reinigung gewarnt worden war, da in denselben noch lange nach der Entleerung feuergefährliche und erstickende Gase zurückbleiben, fielen diesem Umstande wieder mehrere nicht darauf aufmerksam gemachte Arbeiter zum Opfer. Eine größere Anzahl von Unfällen wurden endlich durch Hineinfallen und -stolpern in Glasscherben, Blechabfälle und anderen Bruch verursacht, die im Wege lagen und deren rechtzeitige Entfernung nicht veranlaßt war. Außer zum Teil schweren mechanischen Verletzungen führten dieselben auch zum Teil zu schweren Aetzungen und Verbrennungen.

Die Frage, ob es nicht möglich ist, die Arbeiten in diesen industriellen Betrieben auszuführen, ohne diese schrecklichen Menschenopfer bringen zu müssen, ist zu bejahen. Unsere Technik ist so vervollkommnet, daß man fast alle diese Arbeiten ausführen könnte, ohne daß Menschen, abgesehen von unglücklichen Zufällen, dabei beschädigt werden. Wenn das aber möglich ist, warum, muß man weiter fragen, sorgt die Aufsichtsbehörde nicht dafür, daß es geschieht? Wir haben ja eine doppelte Aufsicht hier, und was die eine nicht sieht, wird doch die andere sehen: erstens die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und dann die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften selbst. Aber erstere sagen: wir können laut Gewerbeordnung die Gewerbeunternehmer nur anhalten, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet, und die Unternehmer sagen eben, die Natur ihrer Betriebe gestattet keine anderen Einrichtungen, keine kürzere Arbeitszeit usw. Zudem sind diese Beamten fast nie selbst in einem Fabrikbetriebe praktisch tätig gewesen. Die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften sind das wohl vielfach gewesen. Aber sie stehen jetzt im Dienste der Berufsgenossenschaft. Da liegt es in der Natur der Sache, daß sie diesen ebensowenig wie die Aerzte der Betriebskrankenkassen zu viel Unbequemlichkeiten machen dürfen. Eine ganz andere Wirksamkeit und Wirkung würde eine Aufsicht der Betriebe durch in ihnen selbst lange genug tätig gewesene Arbeiterrevisoren sein, die von den Unternehmern unabhängig sind und das Vertrauen der Arbeiter besitzen, da sie

von diesen selbst gewählt sind. Käme noch zur Verhütung gesundheitlicher Schädigungen eine Ueberwachung der Betriebe und des Gesundheitszustandes der Arbeiter durch von den Unternehmern unabhängige Aerzte hinzu und würde die Arbeitszeit und die Arbeitsart in einer durch geschützte Arbeiterkonditionen festgesetzten Weise geregelt werden, dann würden in diesen heut mit Recht verrufenen Giftbütten nicht mehr 1100 Unfälle im Jahre vorkommen, geschweige denn 11 010.

Aus Industrie und Handel.

Internationaler Arbeitsmarkt.

Etwas stärker als in den letzten beiden Jahren machte sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt im Juni des laufenden Jahres die sommerliche Ermattung geltend. Sie bewirkte, daß in den wichtigsten Industrieländern, für die schon Angaben vorliegen, für Deutschland, Großbritannien und Frankreich, die Arbeitslosigkeit etwas größer war als im Mai, genau die gleiche Erscheinung wie im Juni 1903, während 1904 und erst recht 1905 von einer sommerlichen Verflauung nichts zu bemerken, sondern vielmehr noch eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten war. Das einzige der wichtigeren Länder, in dem der diesjährige Juni gegen den Vormonat ein weit günstigeres Gepräge aufwies, als es im Vorjahr der Fall war, sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen die Arbeitslosigkeit im Juni der beiden Vorjahre stärker war als im Mai. Lauteten auch im Juni die Berichte über die Ernteaussichten ein wenig unbefriedigender als im Mai, so wird im ganzen doch eine recht günstige Ernte erwartet und dementsprechend ist auch die Geschäftslust lebhaft. Im Eisengewerbe war die Marktlage andauernd günstig, der Bedarf an Roheisen war so rege, daß die Produktion nicht genügte. Erschwerend kam hinzu, daß ein ziemlich starker Mangel an Arbeitskräften herrschte, der zu Betriebseinschränkungen zwang. Außerdem führten, vornehmlich in der Stabeisen- und Blechindustrie, Ausstände zu unfreiwilliger Arbeitsruhe. Die Gunst des Arbeitsmarktes in Amerika wurde nicht zuletzt durch starke Anschaffungen der Eisenbahnen sowie durch den Bedarf, den der Wiederaufbau Franciscos hervorrief, veranlaßt. Eine auffallende Verschlechterung wies nur die Schlachthausindustrie auf, deren Export fast lahmgelegt wurde. Weniger gut war die Lage des Arbeitsmarktes während des Juni in England. Die Arbeitslosigkeit ging von 8,6 Prozent im Mai auf 3,7 Proz. im Juni hinauf. Sie ist indes immer noch geringer als im Vorjahr, wo sie 5,2 Proz. im Juni betrug. Die Ermattung am Arbeitsmarkt gegenüber Mai war so ziemlich allgemein: in der Roheisenindustrie, im Metallgewerbe sowie im Woll- und Bekleidungsgewerbe war sie merklicher, im Bergbau dagegen ließ der glänzende Geschäftsgang nur ganz unwesentlich nach. Unbefriedigend war wiederum die Bautätigkeit. Eine Steigerung der Arbeitsgelegenheit gegenüber Mai war sowohl im Eisenerzbergbau als in der Halbzeugindustrie wahrzunehmen; auf den Eisen- und Stahlwerken war sie um 1,2 Proz. größer als im Mai und um 8,5 Proz. größer als im Juni 1905. Auch im Maschinenbau machte die gute Konjunktur weitere Fortschritte, so daß die Arbeitslosigkeit geringer war als im Mai. Ungleichmäßig war der Beschäftigungsgrad im Schiffbau: der Bristol-Channel Poots Distrikt wies eine ganz bedeutende Verschlechterung, der Mersey-Distrikt dagegen eine ebenso auffallende Besserung gegenüber Vormonat und Vorjahr auf. Wie in England so war auch in Frankreich das Gepräge des Arbeitsmarktes im Juni unfreundlicher als im Mai. Die Ermattung war hier sogar so merklich, daß beinahe wieder das Niveau des Vorjahres erreicht wurde. Die Arbeitslosenziffer war mit 8,5 Proz. nur noch 0,3 Proz. niedriger als im Juni 1905. Diese ungünstige Bewegung in Frankreich dürfte noch eine Folge der umfangreichen Streikbewegung sein, die besonders im Mai und auch im Juni stattgefunden hatte. Zahlreiche Streikende, die schon während des Streiks ersetzt worden waren, drückten vorübergehend auf das Angebot am Arbeitsmarkt. Die Situation war in allen Industriezweigen sehr befriedigend. Besonders stark nahm die Beschäftigungsgelegenheit im Steinbau und in der Landwirtschaft zu; die Arbeit in den Weinbergen, dann der Beginn der Heuernte nahmen alle verfügbaren Arbeitskräfte in Anspruch. Im Baugewerbe hielt die lebhafte Tätigkeit weiter an. Das Textilgewerbe war in allen Gegenden, mit Ausnahme höchstens von Rouen, normal bis lebhaft beschäftigt. Befriedigend war auch die Arbeitsgelegenheit in der Metallindustrie. Wenig Veränderung zeigte die Lage des Arbeitsmarktes in Belgien; sie blieb nach wie vor recht günstig. Vor allem fällt die Lebhaftigkeit in der Eisenindustrie auf, die wieder die Fördertätigkeit im Kohlenbergbau günstig beeinflußt. Die Knappheit an Roheisen hat schon zu einer bedeutenden Erweiterung des Produktionsapparates geführt, wodurch bei andauernder Gunst der Konjunktur ein umfangreicher Zuwachs an Arbeitsgelegenheit gesichert oder teilweise schon eingetreten ist.

Rußland auf dem deutschen Anleihemarkt. Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, dessen neuester Jahrgang 1906 soeben erschienen ist, bringt zum ersten Male eine ausführliche Tabelle über die seit 1897 zum Börsenhandel zugelassenen ausländischen Wertpapiere. Rußland partizipierte an der Gesamtsumme von 20 814 Millionen Mark mit 3454 Millionen Mark. Und zwar wurden von russischen Werten zugelassen:

	im Betrage von Millionen Mark
Staatsanleihen	2318,6
Anleihen von Provinzen, Städten usw.	35,7
Pfandbriefe von Landschaften usw.	184,5
„ Hypothekenbanken	129,6
Bankaktien	23,8
Eisenbahnaktien	27,0
Eisenbahnobligationen	651,1
Industrieaktien	23,6
Industrieobligationen	60,0
zusammen	3453,9

Wieviel von diesen Beträgen vom deutschen Kapital wirklich aufgenommen wurde, wieviel davon noch in deutschen Händen sich befindet, wieviel russische Werte an ausländischen Börsen noch hinzugekauft wurden, entzieht sich der Kenntnis. Jedenfalls aber erleiden seit einiger Zeit und namentlich seit der Auflösung der Duma die deutschen Kapitalisten, die Russenwerte besitzen, Verluste, die sich auf Hunderte von Millionen beziffern.

Aus der Frauenbewegung.

Raubbau.

In den Entwickelungsjahren des Fabrikwesens in Deutschlands als Sozialdemokratie und Gewerkschaften noch nicht wirkten, um den Unternehmern und der Regierung das Gewissen zu schärfen, war der Raubbau, der mit der Frauen- und Kinderarbeit getrieben wurde, noch größer als heute. Das beweist die Entwickelungsgeschichte aller Industrien, besonders die der rheinischen Textilindustrie. Die rheinischen Industriellen sind geradezu verbrecherisch mit der Arbeitskraft der Frauen und Kinder umgesprungen, und an den Riesenvermögen mancher vornehmer Häuser klebt der sittliche und gesundheitliche Niedergang ganzer Generationen.

Die Fabrikanten holten auch schon damals die billigen weiblichen Arbeitskräfte aus weiter Ferne herbei, so daß im Jahre 1875 der Ueberschuß der Mädchen über die männlichen Arbeitskräfte von 20—25 Jahren in M.-Gladbach auf 32 Proz. gestiegen war. Die große Aktienspinnerei in M.-Gladbach holte 1869 mehr als 500 fremde Arbeiterinnen auf einmal herbei. Aehnlich verfuhr die Flachsspinnerei in Viersen, die im Jahre 1864 Hunderte von Arbeiterinnen aus England herüberrief. Die damals kleinen Städtchen waren auf derartigen sprunghaften Zuwachs nicht eingerichtet, und wie das Vieh wurden die Mädchen in kleinen, niedrigen Schlafsälen zusammengepfercht.

Schlimmer war es in den Spinnereien und Fabriken auf dem Lande, die oft stundenweit von den Wohnstätten entfernt lagen. Dort suchten sich die genügsamen Arbeiter und Arbeiterinnen die Flocken und Abfälle als Ruhelager zusammen, und in den stauberfüllten, verpesteten Fabriksälen wurden nicht selten Orgien wilder Lust gefeiert.

Die ersten Fabriken wurden sehr oft in alten Klöstern, Schlössern und sonstigen alten, unbrauchbar gewordenen Gebäuden etabliert, in deren niedrigen Räumen eine stinkende, heiße Luft schwelte. In diesen verpesteten Höhlen arbeiteten bei schlechtem Lichte halbbekleidete Burschen und Mädchen, Frauen und Männer, und Seite an Seite mit ihnen Kinder von sechs Jahren an.

Im Kreise München-Gladbach war in den 50er Jahren die Hälfte aller Kinder von 9 bis 14 Jahren in der Fabrik tätig. Die Arbeitszeit umfaßte in Gladbach wie in Aachen als Minimum 12 Stunden, gewöhnlich aber 14—15 und oft genug auch 16—17 Stunden. Während dieser ganzen Zeit blieben auch die Kinder ununterbrochen in der Fabrik. Das Resultat war: übermüdete Schwächlinge mit kranken Augen, schwindsüchtiger Brust und schlechtem Magen. Von einer Schulbildung war natürlich keine Rede. Der Form halber hatten die Fabrikanten sogenannte Fabrikschulen errichtet, in die die Kinder, nachdem sie zwölf und mehr Stunden gearbeitet hatten, hineingeschickt wurden, und wo sie meistens bald friedlich schlummerten.

Im Jahre 1853 erließ die Regierung ein Gesetz gegen diese Greuel, das die Beschäftigung der Kinder unter zwölf Jahren untersagte und von 12—14 Jahren „nur" eine sechsstündige Arbeitszeit gestattete. Doch die aufsichtsführenden Behörden faßten das Gesetz noch weniger streng auf als die heutigen. Landräte und Bürgermeister wollten es mit den Fabrikanten nicht verderben, wurden sie doch von letzteren gewählt, da sie das Heft in den Gemeinderäten in Händen hatten. Oft machten die Fabrikanten falsche Angaben über das Alter der Kinder; etwaige Revisionen wurden ihnen vorher gemeldet, und lustig wurde unter dem Schutze der Behörden das Gesetz übertreten.

Diese „Stützen der Religion, der Ordnung und Sitte" haben die Gesundheit der Bevölkerung aufs tiefste geschädigt, die geistige Entwickelung total gehemmt.

Erst die Sozialdemokratie, die von Elberfeld-Barmen aus ihre Ideen auch in diese Industriegebiete verpflanzte, hat durch Anzeigen, durch ihre Kritik und durch ständige Agitation für die Durchführung und Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gekämpft, während die dortigen Geistlichen die Kinder vielfach zu früh konfirmierten, sie vom Schulbesuch befreiten, damit die Fabrikanten sich ihrer bemächtigen konnten. Später haben einige Geistliche sich als Vertreter der Arbeiterinteressen aufgeworfen; doch als das Sozialistengesetz kam, sind diese Bestrebungen sang- und klanglos von ihnen begraben worden.

Heute noch bereichern sich die Nachfolger jener Kapitalisten vornehmlich an der anspruchslosen Frauenarbeit; die Arbeiterzüge führen jeden Montag Hunderte von hohläugigen Arbeiterinnen, die oft wie unentwickelte Kinder aussehen, aus den Eifeldörfern in die Fabrikorte. Die Arbeiterinnen werden sorgfältig vor jeder Aufklärung bewahrt, indem ein großer Teil in eingerichteten Fabrikwohnsälen einquartiert wird, wo abends um 9 Uhr die Bude zugemacht wird, eine Verständigung daher unmöglich ist. Aus anderen Orten des Niederrheins sind ebenfalls wahre Elendsbilder, besonders aus den Spinnereien, zu verzeichnen. Ueberall macht sich die geistige Degeneration, die sich von Generation zu Generation vererbt hat, bemerkbar.

Alle diese in der geistigen und körperlichen Entwickelung zurückgebliebenen Arbeiterinnen müssen aufgerüttelt und zum Klassenbewußtsein wachgerufen werden, damit sie mit für die großen Menschheitsideale der modernen Arbeiterbewegung kämpfen, und an der Seite der Männer tatkräftig für eine Beseitigung dieser menschenunwürdigen Zustände eintreten.

Keir Hardie in Manchester. London, 25. Juli. Letzten Sonntag hielten Keir Hardie und die Genossinnen, die für das Frauenwahlrecht kämpfen, eine Demonstration unter freiem Himmel ab, an der sich 15 000 Personen beteiligten. Eine Hooligane machte Lärm, aber die Versammlung nahm nichtsdestoweniger einen programmmäßigen Verlauf und schloß mit einer Protestresolution gegen die Verurteilung der Genossinnen Kenney, Knight und Sparborogh.

Versammlungen.

Freie Vereinigung der Maurer. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Kassierer den Bericht vom zweiten Quartal. Der Bestand betrug 69 518,57 M., dazu kommt eine Einnahme von 13 507,65 M. Die Ausgabe betrug 9456,28 M., bleibt ein Bestand von 73 569,94 M. — Als Revisoren wurden Petsch und Trebbin gewählt. — Hierauf erstattete Dietrich den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Er ging dabei auch auf die bekannten Veröffentlichungen der „Einigkeit" ein. Den Abdruck der Protokollauszüge billigt er, dagegen verurteilt er den Kleinleinschen Artikel und meint, der Redakteur hätte denselben nicht aufnehmen dürfen, um so weniger, als ein Beschluß besteht, wonach in der aus der Protokollveröffentlichung entstandenen Aktion nichts ohne die Zustimmung der beteiligten Vorstände unternommen werden soll. — Die Versammlung diskutierte längere Zeit über diese Angelegenheit. Die Diskussion wurde durch einen Schlußantrag beendet, so daß mehrere Redner, die noch gemeldet waren, nicht mehr zum Wort kamen. Alle Diskussionsredner stimmten darin überein, daß sie die Protokollveröffentlichungen für gerechtfertigt und notwendig hielten. Ebenso übereinstimmend verurteilte man die Abhaltung geheimer Konferenzen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sowie jeden Verzicht auf die Propagierung des Massenstreiks. In der Beurteilung des Kleinleinschen Artikels gingen die Ansichten etwas auseinander. Ein Redner meinte, gegen diesen Artikel lasse sich gar nichts einwenden und ein anderer Redner fand den Artikel so gut, daß man ihn nicht kritisieren dürfe. Die übrigen sechs Diskussionsredner waren der Meinung, der Kleinleinsche Artikel sei wohl aus der durch die Protokollveröffentlichung geschaffenen Situation zu erklären, es sei aber eine Unklugheit gewesen, diesen Artikel jetzt zu veröffentlichen, wo er bei der ohnehin gegen die Gewerkschaften der Freien Vereinigung herrschenden Stimmung eine Waffe gegen dieselben geworden sei. Einige Redner verurteilten auch rückhaltlos die Tendenz des Artikels, soweit sie dahin geht, die Arbeiter aufzufordern, daß sie sich von der Sozialdemokratie abwenden. Besonders wurde betont, daß der Artikel die Meinungsäußerung eines Einzelnen sei, für den die Gewerkschaften der Freien Vereinigung nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Dies stellte auch der Vorsitzende Metzke nach Schluß der Diskussion als Meinung der Versammlung fest. — Als Delegierter zum Gewerkschaftskartell wurde Witte und als dessen Stellvertreter Metzke gewählt.

Ohne Debatte wurde ein Antrag, mit dem auch der Vorstand sich einverstanden erklärt hatte, angenommen. Derselbe besagt, der Vorstand möge mit dem Vorstande des Zentralverbandes in Verbindung treten, um im nächsten Frühjahr eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung durchzusetzen.

Der Berliner Arbeiterradfahrerverein Hekt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Den Vorstandsbericht gab Bechert. Besonders hervorzuheben war die Anschaffung der Samaritertaschen, Schränke usw. Der Kassenbericht hatte folgendes Resultat: Einnahme 3360,47 M., Ausgabe 2842,34 M. Die Mitgliederzahl stieg in diesem Quartal von 1500 auf zirka 1800. Die Agitationskommission, welche außerhalb Berlins ihr Arbeitsfeld hat, hat eine Zunahme von 10 Vereinen mit zirka 200 Mitgliedern zu verzeichnen. Als Kassierer wurde Schönfeld, als Beisitzer wurden Krebs und Schubert, als 2. Schriftführer Kessler und als Revisor Wolff gewählt.

Zu dem Versammlungsbericht von der Generalversammlung des vierten Kreises erhalten wir folgende Richtigstellung:

Ich habe nicht ausgeführt — wie der Bericht mich sagen läßt — daß der Genosse Bömelburg auf der Vorständekonferenz der Zentralverbände „die Protestversammlungen vom 18. März als „Protestrummel" bezeichnet hat; (solches konnte ja schon deshalb nicht der Fall sein, weil ja bekanntlich jene Vorständekonferenz schon im Februar d. J. stattfand), vielmehr habe ich gesagt, daß sich die Aeußerung Bömelburgs (abgedruckt in der „Einigkeit" vom 30. Juni d. J.):

„Wie habe ich doch gelacht, als ich diesen Protestrummel hörte! Die Sache war ja zuletzt etwas traurig, ich habe sogar Veranlassung genommen, einmal darauf hinzuweisen, daß man nicht zu weit gehen dürfte. Aber das sollen wir ernst nehmen?"

ganz unverkennbar auf die Protestbewegung bezieht, die nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß gegen seine Verhandlungen zu „Maifeier" und „Massenstreik" in den Gewerkschaften selbst einsetzte!

Mit Parteigruß

E. Rieger.

Witterungsübersicht vom 27. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	760	NO	2	heiter	18	Haparanda	765	NO	6	wolkenl	18
Hamburg	761	O	2	wolkenl	16	Petersburg	759	OSO	1	heiter	19
Berlin	760	NO	1	wolkenl	17	Scilly	761	WNW	1	halb bd.	16
Frankf. a. M.	758	NO	2	bedeckt	18	Aberdeen	761	SO	1	bedeckt	13
München	758	SW	5	Regen	18	Paris	759	SSW	2	halb bd.	20
Wien	758	NO	1	wolkenl	21						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. Juli 1906.

Etwas kühler bei frischen nordöstlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 26. Juli. Elbe bei Aussig + 0,06 Meter, bei Dresden — 1,26 Meter, bei Magdeburg + 1,52 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,70 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,45 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,00 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,02 Meter, bei Frankfurt + 2,00 Meter. — Weichsel bei Brahemünde —,— Meter. — Warthe bei Posen + 0,34 Meter.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Görlitzer Viertel.)

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Metallschleifer

Paul Heintze

(Oranienstr. 84, Stadtbez. 85)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

244/14 Der Vorstand.

Am Donnerstag, den 26. Juli, früh 3 Uhr, starb nach langem schwerem Leiden unser lieber Freund und Genosse, der Metallschleifer 18352

Paul Heintze

Oranienstr. 84.

Wir werden dem Entschlafenen ein gutes Andenken bewahren.

Die Genossen des 85. Stadtbezirks I. u. II. Teil.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Paul Heintze

am 26. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

123/4 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Hierdurch diene zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Karl Minde

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße 129/137, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

71/2 Die Ortsverwaltung.

Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwester

Lina Flemming

geb. Haferland

am 26. d. M. nach kurzem schweren Krankenlager entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Emmauskirchhofe in Rixdorf statt.

Die Hinterbliebenen.

Heinrich Flemming nebst Kindern und Geschwister.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Leopold Grothe

III. Abteilung

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

245/14 Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener.

Gegründet 1883.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Leopold Grothe

Keibelstr. 11

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Juli 1906, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenbergerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

197b Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Zahlstelle II.

Todes-Anzeige.

Am 25. d. M. starb plötzlich unerwartet unser Mitglied und Kollege

Leopold Grothe

im 37. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, aus statt. 43/8

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle II Berlin.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Hierdurch diene zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

August Gerlach

infolge eines Unfalles verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 28. Juli, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

71/3 Die Ortsverwaltung.

Habe meine Wohnung von Bergstraße 39 nach Ackerstraße 69, frühere Wohnung des Herrn Dr. Hasemann, verlegt. 1805*

Dr. Badtke.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Besonders vorteilhafte Angebote* von Sonnabend, den 28. Juli bis Mittwoch, d. 1. August incl. solange Vorrat:

Fleischwaren

Pomm. Rotwurst . . . . . Pfd. 0.48 M.	Thüringer Fleischwurst . . Pfd. 0.90 M.	Braunsch. Schlackwurst . Pfd. 1.40 M.
Pomm. Zwiebelleberwurst Pfd. 0.48 M.	Pomm. Schlackwurst . . . Pfd. 1.10 M.	Holsteiner Schlackwurst . Pfd. 1.25 M.
Pomm. Mettwurst . . . . . Pfd. 0.65 M.	Pomm. Salami . . . . . Pfd. 1.10 M.	Holsteiner Salami . . . . . Pfd. 1.25 M.
Feine Leberwurst . . . . . Pfd. 0.95 M.	Rügenwalder Schlackwurst . Pfd. 1.40 M.	Westfälische Schinkenwurst Pfd. 1.25 M.
Pa. Landleberwurst . . . . Pfd. 0.90 M.	Thür. Schlackwurst hart . . Pfd. 1.60 M.	Polnische Bratwurst . . . Pfd. 0.80 M.
Braunschw. Mettwurst . . Pfd. 0.90 M.	Thür. Salami hart . . . . . Pfd. 1.60 M.	Sülzwurst . . . . . Pfd. 0.70 M.
Pa. Himbeersaft . . . 1/2 Flasche 0.48 M.	Franz. Oelsardinen Pellier Frères Dose 1.05 M.	Sardellen 1901er . . . 1/4 Pfund 0.40 M.
Pa. Himbeersaft . . . 1/1 Flasche 0.95 M.	Oelsardinen für Restaurateure 1/1 Dose 1.95 M.	Prima Räucherlachs . 1/4 Pfund 0.35 M.
Pa. Himbeersaft . . . 1/1 Flasche 0.95 M.	Prima Kronen-Hummer Dose 0.98 M.	Matjes-Heringe . . . . . 2 Stück 0.25 M.

Haushalt-Schokolade garantiert rein Pfund 68 Pf.

Victoria-Kakes mit Vanille Pfund 52 Pf.

ZUCKER Pfund 19 Pf. 5 Pfd. 90 Pf.

Gebrannter Kaffee
Unsere Marken sind, der guten Qualität wegen, sehr zu empfehlen.

Mischung	IV	III	II
	90 Pf.	1.10	1.30 M.

Tomaten . . . . . Pfund 12 Pf.

Einmache-Raffinade feinste Stettin. in Spitzen Pfd. 23 Pf.

Neue blaue u. weisse Kartoff. 10 Pfd. 20 Pf.

Zitronen Dtz. **45** Pf.

Am **Sonnabend**, den 28. und **Montag**, den 30. Juli cr. verabfolgen wir im Erfrischungsraum von unserer **Kaffeemischung III** à Pfd. 1.10 Mk.
Probe-Tassen-Kaffee à Tasse 4 Pfg.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109/112

Saison=Räumungs=Verkauf!

Selten günstige Gelegenheit!

Ein Posten echter Blusen-Samte in wunderschönen Streifen Meter 95 Pf.
Der Restbestand reinwollener elsässer Musseline hell und dunkelgrundig, früher Meter 1.20 . . . . . jetzt 60 Pf.
Ein Posten halbbreite Etamines, hell und dunkel kariert, Wert bis 1.15 M. . . . . 37 Pf.
Herren-Strohhüte, Wert bis 3 Mark . . . . . jetzt 95 Pf.
Ein Posten wollener engl. Blusen-Flanelle, Wert 1.75 Mark jetzt 75 Pf.
Ein Restposten Damen-Jacketts aus Ia Covercoat u. schwarzem Kammgarn

früherer Wert	32.00 M.	25.00 M.	16.75 M.
jetzt	16.50 M.	12.50 M.	8.00 M.

Ein bedeutender Posten Musseline-Blusen, Reinwollen durchweg 2.95 M.
Der Restbestand Wiener und Pariser Modell-Kostüme und solcher aus eigenem Atelier

früherer Wert	90.00 M.	80.00 M.	70.00 M.
jetzt	35.00 M.	25.00 M.	20.00 M.

Ein Posten Damenstrümpfe, geringelt . . . . . Paar 33 Pf.
Ein Posten Damenstrümpfe, durchbrochen, grau, mode, lederfarben Paar 48 Pf.
Ein Posten Kinder-Söckchen, kleine Größe . . . . . Paar 10 Pf.
Ein Posten Macco-Herren-Hemden . . . . . 88 Pf.
Ein Posten Macco-Herren-Hosen . . . . . 78 Pf.

Spottbillig! **Bunte Oberhemden** Spottbillig!

aus waschechtem Perkal mit festen Manschetten . . . . . 2.25 M.
ganz aus waschechtem Zephyr . . . . . 3.90 M.
Ein großer Posten Herren- u. Damen- Schnürstiefel echt Chevreaux mit Lackkappen, Original Goodyear-Welt, nur streng moderne Farben und Absätze . . . . . 10.50 M.
Ein großer Posten Segeltuch-Schnürstiefel für Damen, in grau und beige . . . . . 4.50, 3.95, 2.95 M.
Ein großer Posten Kinderstiefel Ia Boxcalf und Ia braune Ziege, starke genähte Boden, breite bequeme Form

25/26	27/30	31/35
4.25 M.	4.95 M.	5.95 M.

Ein Posten Knaben-Waschanzüge . . . . . 1.35 M.
1500 Meter weiße Köper-Barchend-Reste Wert 50—60 Pf., jetzt Meter 30 Pf.
3500 Bettlaken 130×200, aus kräftigem halbgeklärtem Halbleinen Serie A 1.35 M. Serie B 1.60 M.
Halbhandschuhe reine Seide, nur weiß, Ia Qualität, Wert 1.50 M. . . 95 Pf.
Ein Posten farbige Damen-Glacés mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern . . . . 75 Pf.
Ca. 800 Stück Herren-Stoffhosen . . . . . 2.85, 2.35 M.
Ein Posten Herren-Lustre-Joppen . . . . . 2.50 M.

Von Sonnabend, den 28. Juli bis Sonnabend, den 4. August: **10 Prozent Rabatt oder doppelte Marken!**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Am Dienstag, den 21. August finden in Berlin die Versammlungen statt, welche sich mit der Provinzialkonferenz und dem Mannheimer Parteitag beschäftigen.

Wir bitten Partei und Gewerkschaften für diesen Tag keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

Der Zentralvorstand.

Tegel. Am morgigen Sonntag veranstaltet der Wahlverein von Tegel und Umgegend sein diesjähriges Volksfest in Trapps Festsälen. Mitwirkende sind: Volkssänger Lewandowski sowie Arbeiter-Gesang-, Turn- und Radfahrervereine. Das Konzert beginnt nachmittags 4 Uhr. Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Da nach jeder Richtung für Unterhaltung gesorgt ist, erwartet zahlreichen Besuch Das Komitee.

Eggersdorf (Bez. Neuenhagen (O.). Am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Georg Tübbecke eine Volksversammlung statt. Genosse Wilhelm Miethke referiert über „Kapital und Kirche“. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Eichwalde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Witte, Eichwalde, statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Erziehungshause ins Irrenhaus?

Sehr vernünftig finden wir eine Maßregel, gegen die das „Berliner Tageblatt“ sich ereifert. Das Blatt meldet, in den letzten zehn Monaten seien nach der Irrenanstalt Herzberge und nach der Epileptikeranstalt Wuhlgarten mehr als ein halbes Hundert junger Leute im Alter von 16—20 Jahren gebracht worden, die sämtlich noch unmittelbar vorher zu den Zöglingen der Erziehungsanstalt Lichtenberg gehörten. Diese hohe Zahl, 25 Proz. der Belegungsziffer der Erziehungsanstalt, müsse auffallen. Sie werde einigermaßen erklärlich dadurch, daß ein Stationsarzt der Irrenanstalt Herzberge gleichzeitig in der Erziehungsanstalt Arzt sei. Es müsse aber dem unbefangenen Beobachter mindestens zweifelhaft sein, ob die Verlegung immer gerechtfertigt war.

„Die Ansicht, daß jeder Zögling oder doch die weitaus große Mehrzahl der Zöglinge von Erziehungsanstalten in gewissem Sinne geistig minderwertig ist, läßt — so sagt das „Berliner Tageblatt“ — sich verteidigen. Es sollte aber doch doppelt und dreifach überlegt werden, ehe man aus dieser geistigen Minderwertigkeit eine geistige Störung konstruiert und junge Menschen, die vielleicht nur das Opfer schlechter Erziehung und ungünstiger Familienverhältnisse geworden sind, ins Irrenhaus steckt, ihnen also für die ganze fernere Lebenszeit ein unauslöschliches Brandmal aufdrückt.“ Das genannte Blatt fügt hinzu, in mehreren Fällen müsse der Anstaltswechsel geradezu als Maßregelung bezeichnet werden. Die Ueberweisung an die Irrenanstalt sei hier lediglich oder doch hauptsächlich durch Vorfälle veranlaßt worden, die man bei so jungen, unerfahrenen Menschen nur als Dummheiten auffassen dürfe.

Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob die Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ in ihrem vollen Umfange zutreffen. Aber glaubhaft erscheint es uns, daß unter den im Erziehungshause untergebrachten Zwangs- bezw. Fürsorgezöglingen, wenn einmal ein sachkundiger und pflichtbewußter Irrenarzt sie durchmusterte, zahlreiche junge Leute gefunden würden, die in eine ganz andere Anstalt gehören, in eine Heil- oder Pflegeanstalt für geistig Kranke oder wenigstens für geistig Minderwertige. Unklar ist uns, wieso die Ueberweisung nach Herzberge oder Wuhlgarten als „Maßregelung“ aufzufassen sein soll. Dem „Berliner Tageblatt“ scheint nicht bekannt zu sein, daß in dem Erziehungshause Lichtenberg die Prügelmethode nicht nur üblich ist, sondern auch ausdrücklich von der Berliner Waisenverwaltung, die über diese Anstalt zu bestimmen hat, gebilligt und vorgeschrieben wird. Auch die anderen Disziplinarmittel, mit denen dort die „Erzieher“ auf die ihnen anvertrauten Zöglinge einwirken zu können meinen, sind zumeist derartig, daß eine Verlegung nach Herzberge oder Wuhlgarten gewöhnlich nicht als Maßregelung und Strafe, sondern als Befreiung und als Erlösung empfunden werden dürfte.

Verständige Erzieher haben seit langem darauf hingewiesen, daß unter den „Verwahrlosten“ sich eine außerordentlich hohe Zahl solcher befindet, die nicht mehr geistig intakt sind, und mit Recht ist gefordert worden, daß man diesen Unglücklichen eine Fürsorge anderer Art zuteil werden lasse, als sie in gewissen Erziehungsanstalten, z. B. in der Berliner Anstalt zu Lichtenberg, üblich ist. Man könnte es nur mit Freude begrüßen, wenn es jetzt auch in den Köpfen derjenigen Erzieher, die die Stadt Berlin ihren Verwahrlosten gesetzt hat, endlich hell würde — dank dem energischen Zugreifen eines Irrenarztes, der ihnen ein Licht aufsteckt. Vielleicht hätten wir dann Aussicht, einmal jene höchst notwendige besondere Anstalt für geistig minderwertige Fürsorgezöglinge zu bekommen, die auf die orts- und landesübliche Prügelmethode und andere Zwangsmittel verzichtet. Von ihr aus könnte die Berliner Waisenverwaltung schließlich doch noch dazu gelangen, auch die Anstalten für normale Fürsorgezöglinge in modernem Sinne umzugestalten.

Indes, das alles ist vorläufig nur ein schöner Traum, zu dem die oben erwähnte Meldung des „Berliner Tageblatts“ uns angeregt hat. Wir fürchten, daß diese Meldung wieder einmal stark übertrieben ist. Vermutlich wird die Berliner Waisenverwaltung schleunigst den Magistratsberichterstatter in Bewegung setzen, auf daß er berichtigend verkünde, die Nachricht des „Berliner Tageblatts“ sei unwahr, vielmehr sei in Lichtenberg noch alles beim alten und nach wie vor regiert dort nicht der Irrenarzt, sondern der Prügelstock.

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung nochmals mit der Aenderung der Droschkenordnung vom Februar 1905. Der Polizeipräsident hatte bekanntlich drei Gruppen vorgeschlagen, nämlich: Pferdedroschken, Benzin und Spiritus, sowie elektrische Droschken; für die Pferdedroschken sollte eine Grundtaxe von 70 Pf., für 800 Meter Weg und für jede weiteren 400 Meter 10 Pf. als Zuschlag eingeführt werden. Für die Spiritus- und Benzindroschken sollte ebenfalls eine Grundtaxe von 70 Pfennig, aber schon für die ersten 600 Meter und dann für jede weiteren 300 Meter 10 Pfennig Zuschlag erhoben werden. Die Taxen für die elektrischen Droschken sollen dahin erhöht werden, daß die Grundtaxe von 80 Pf. schon nach Zurücklegung von 600 Meter statt bisher von 800 Meter bezahlt werden muß und für jede weiteren 300 Meter, statt bisher 400 Meter ein Zuschlag von 10 Pf. kommt. Gegen diese Erhöhung der Droschkengebühren um rund 50 Proz. hat der Magistrat Bedenken gehabt und hat nunmehr folgenden Taxen zugestimmt: Für die Pferde- und Benzindroschken werden als Grundtaxen 70 Pf. für 800 Meter Wegestrecke und dann für jede weiteren 400 Meter 10 Pf. Zuschlag berechnet, 1800 Meter würden danach in Zukunft 90 Pf. kosten. Der Magistrat hat also der Einführung von höheren Taxen für Pferde- und Benzindroschken zugestimmt, aber der Einführung einer dritten Taxe für Benzindroschken, sowie der Erhöhung der Zuschläge bezw. der Verkürzung der Taxen von 10 Pf. für 400 Meter auf 10 Pf. für 300 Meter seine Zustimmung versagt. Die Wartezeit soll bei den Pferdedroschken wie bisher mit 1,50 M., bei den Benzindroschken mit 2 M. und bei den elektrischen Droschken mit 3 M. pro Stunde berechnet werden.

Vom Scharfblick der Kriminalbeamten. Man weiß, wie oft die Berliner Kriminalbeamten danebengegriffen haben, wenn es galt, einen Mörder oder irgend einen anderen großen Verbrecher zu erwischen. Gegenwärtig sind sie dabei, nach einem Bankangestellten Drewin zu forschen, der mit fremdem Gelde das Weite gesucht hat. Die Personalbeschreibung des Flüchtigen ist ihnen bekannt, also ist alles da — und die Jagd kann beginnen. Ein erstes Opfer haben sie bereits zur Strecke gebracht, einen „höheren Schüler“, der auf der Wannseebahn von Friedenau nach Berlin fuhr. Der harmlose Jüngling sah sich schon im Kupee von zwei Herren beobachtet. In Berlin ging er nach dem Postamt am Potsdamer Bahnhof, um einen Brief aufzugeben. Als er wieder auf die Straße trat, wurde er von einem Schutzmann in Empfang genommen und nach seiner Legitimation gefragt. Zufällig konnte er sich sofort über seine Person ausweisen, so daß man ihn unbehelligt von dannen ziehen lassen mußte. Er war irrtümlich für Drewin gehalten worden. Der Schutzmann sowie einer der beiden Kriminalbeamten, die den „Verdächtigen“ von Friedenau bis Berlin begleitet hatten, entschuldigten sich bei ihm. Der junge Mann kann froh sein, daß er kein Arbeiter, sondern — wie gesagt — ein „höherer Schüler“ war, der übrigens auch in der zweiten Wagenklasse gefahren war. Die „Vossische Zeitung“ findet die Verwechselung verwunderlich, da der Defraudant dunkele Augen, jener Schüler aber helle Augen habe. Die ganze Aehnlichkeit zwischen beiden soll, wie das Blatt behauptet, bestanden haben in — einem Stehumlegekragen und einem Selbstbinderschlips. Nun, am Ende war auch das schon verdächtig genug!

Das Passage-Theater hat nach einer kurzen Pause eine neue Saison eröffnet mit einem Programm, das den Variétébesuchern auch in diesen Hundstagen Abwechselung bringen soll. Eine eigenartige Erscheinung auf dem Gebiete des Variétés ist das Fechtkünstlerpaar Petö Aranca mit ihrem Partner Girardi. Mit außerordentlicher Geschicklichkeit handhabt die junge Dame das Florett und den Dolch und versteht den verschiedenen Ausfällen ihres Gegners auszuweichen. Als russischer Volksmusikant zeigt sich Temkin Bulba, während das Gesangsquartett The 4 black Diamonds auf dem Gebiete des Gesanges und der Mimik ganz Anerkennenswertes leisten. Unbeschreiblich komisch wirkt die Parodie „Tiroler Sänger“ wie die eines englischen Nationaltanzes. Auf dem Gebiete der Gymnastik bringen die Gebrüder Friemel vollendete Produktionen am Reckbarren. Außer den Komikern Jim und Jam vervollständigen das Programm noch Soubretten, Tänzerinnen und Akrobatinnen. Alt und doch für viele, die sie noch nicht gesehen haben, neu ist die Illusion Aga, die Jungfrau, die wieder schwebt.

Ernste Mahnung eines Sektierers.

Schon oft haben wir Beispiele geradezu gefährlicher Art mitgeteilt, wie sich religiöse Sekten an Menschen heranmachen, um sie für sich zu gewinnen. Vor uns liegt ein Brief, der dem Restaurateur Fuß, Puttlitzerstr. 18, zugegangen ist und nach dessen Durchlesung man sich fragen muß, ob wir überhaupt im Zeitalter der Kultur leben. Dem betr. Fuß, der Mitglied des Wahlvereins und Leser des „Vorwärts“ ist, ist vor einigen Tagen ein naher Familienangehöriger verstorben. Daraufhin erhielt er folgenden Brief:

Ernste Mahnung!

Suche Jesum und Sein Licht, Alles andere hilft Dir nicht! Inmitten der Trübsal, die Gott der Herr Ihnen gesandt hat, sendet Ihnen Gott durch mich Trost — Verzagen Sie nicht. Gott unser Vater hat Ihnen diesen Schmerz geschickt, damit Sie Buße tun sollen. Lassen Sie ab von Ihrem bisherigen sündhaften Lebenswandel und geben Sie sich ganz Gott hin! Witwen und Waisen will der Herr nie verlassen. Aus Erfahrung rate ich Ihnen den Besuch der Evangelisations-Versammlungen im Zelt der Deutschen Zelt-Mission in Moabit, Lewetzowstraße, Nähe Hansaplatz täglich nachm. 4 Uhr und abends 8¼ Uhr. Der berühmte Erweckungsprediger leitet diese Versammlungen. Gott läßt hier sichtbare Wunder der Bekehrung geschehen. Viele Männer und Frauen haben hier Trost und Hülfe gefunden. Zu Christus hin, das ist die Hauptsache, sonst gehen Sie ohne Erbarmen in das höllische Feuer auf Ewigkeit. — Unser Wissen und Verstand ist mit Finsternis umhüllet! Denken Sie stets an den Tod! Er kommt plötzlich!

Dies schreibt Ihnen ein von Gott berufener Botschafter, dem Gott Vieles in jüngster Zeit offenbart hat zum Segen der Menschen. Sie kennen nun den Befehl Gottes, handeln Sie auch danach und sagen Sie es auch anderen. Gehen Sie bald hin, da das Zelt in kurzem abgebrochen wird.

Amen.

Unterschrift fehlt — wahrscheinlich um dem Verdacht zu entgehen, für eine Kaltwasser-Heilanstalt reif zu sein. Ohne einen weiteren Kommentar anzuhängen, empfehlen wir diesen Brief unseren Lesern zur Erheiterung. Der bürgerlichen Presse empfehlen wir ihn zum Abdruck, namentlich wenn sie ihren Lesern die Notwendigkeit der Religion beweisen will.

Postkarten mit zwei Wertstempeln. Die ersten deutschen Postkarten mit zwei Wertstempeln werden demnächst in Verkehr gelangen. Die Reichsdruckerei stellt solche Karten zurzeit her. Es werden dazu blaue Zweipfennigkarten verwendet, die durch die Aufhebung der Taxe zu 2 Pfennig ohne Ergänzung unbrauchbar geworden sind. Diese Karten erhalten einen zweiten Wertstempel in brauner Farbe zu 3 Pf. Er wird unmittelbar links von dem blauen Wertstempel zu 2 Pfennig angebracht. Der Buchdruck ersetzt hier das sonst übliche Aufkleben einer Briefmarke zur Ergänzung des Wertes.

Eine Ausdehnung des Vorortsverkehrs der Görlitzer Bahn über Königs-Wusterhausen hinaus bis Groß-Köris ist von der Bahnverwaltung in Aussicht genommen und wird innerhalb zweier Jahre durchgeführt werden. Die neue Vorortslinie wird mit 44 Kilometer Bahnlänge die zweitlängste der von Berlin abzweigenden Strecken und wird nur noch übertroffen von der Vorortsstrecke nach Fürstenwalde, die, allerdings von Charlottenburg aus gerechnet, eine Bahnlänge von 58 Kilometern hat.

Trübe Erfahrungen hat gestern der Viehtransporteur Krimpel mit seinem neuerworbenen Freunde, einem Landsmanne, gemacht. Der Schlächtergeselle Rudolf Benner war gestern morgen von Köpenick nach Berlin gekommen, um hier Arbeit zu suchen. Auf dem Zentralviehhof traf er den K., welcher einen Transport Ochsen nach Berlin gebracht hatte und nun wieder nach Hause fahren wollte. Die beiden schlossen Freundschaft und als K. später auf dem Bahnhof bemerkte, daß er auf dem Viehhof etwas zurückgelassen habe, erbot sich B. in bereitwilligster Weise, auf den Koffer seines Freundes während dessen Abwesenheit zu achten. Obwohl sich auch ein größerer Geldbetrag darin befand, nahm K. das Anerbieten an. Als er später wieder zurückkehrte, machte er die Wahrnehmung, daß er einen doppelten Verlust erlitten hatte. Der „neue Freund“ war mitsamt dem Koffer verschwunden. Der Viehtransporteur fuhr sofort nach Köpenick und traf gerade in dem Augenblick ein, als B. seine Beute auf einen Wagen laden und davonfahren wollte.

Beim Angeln ertrunken ist der Arbeiter Paul Werner aus der Knobelsdorffstr. 22. W. hatte in der Spree bei den Lützower Wiesen geangelt, war an der Böschung ausgeglitten und in das Wasser abgestürzt. Bevor Rettungsversuche unternommen werden konnten, mußte er ertrinken.

Unter dem Verdacht des Heiratsschwindels ist der 40 Jahre alte Kaufmann Beddin verhaftet worden. B. wohnte bei seiner Braut in Fangschleuse. Von Zeit zu Zeit fuhr er nach Berlin, um hier noch weitere Beziehungen anzuknüpfen. B. verstand es, seine Bräute teils um größere, teils um kleinere Geldbeträge zu erleichtern. Eine der trauernden Hinterbliebenen, welche dem Kaufmann etwa 1000 M. geopfert hatte und die dann schnöde sitzen gelassen wurde, erstattete Anzeige. B. ist darauf bei seiner Braut verhaftet worden.

Schweres Unheil verursachte gestern mittag am Alexanderplatz ein scheu gewordenes Pferd. Der Direktor Maurer fuhr gegen 1 Uhr mittags mit seinem 17jährigen Sohn auf einem sogenannten Selbstfahrer, einem zweirädrigen Wagen, die Neue Königstraße entlang, als das vor dem Wagen befindliche Pferd vor einem Automobil scheute und in wildem Galopp nach dem Alexanderplatz zu jagte. Hier wurde der Wagen gegen die vorstehende Eisenladung eines Lastfuhrwerks geschleudert, infolgedessen M. und sein Sohn von ihren Sitzen hinunterstürzten. Beide fielen auf den Fahrdamm. Der junge Mann, der nach den Zügeln des Pferdes gegriffen hatte, wurde ein Strecke mitgeschleift und von seinem eigenen Wagen überfahren. Nun raste das Tier quer über den um diese Zeit außerordentlich belebten Alexanderplatz, rannte einen Handwagen um, dessen Führer sich nur mit Mühe zu retten vermochte. Dicht vor der Einfahrt in die Königstraße wurde eine Dame, die nicht mehr rechtzeitig zu flüchten vermochte, von dem Pferde niedergestoßen und überfahren. Das Roß bog dann in die Dircksenstraße ein und konnte hier endlich aufgehalten werden. Die überfahrene Dame hatte nicht unbedeutende Verletzungen im Gesicht, sowie anscheinend innere Schäden erlitten und wurde von der Unfallstation in der Keibelstraße nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht. Maurer war mit einer Verletzung davongekommen und sein Sohn hatte nur eine leichte Quetschung des linken Fußes erhalten.

Spurlos verschwunden ist der Getreidehändler Otto Gulke. Derselbe hat sich am 11. d. M., vormittags 8¾ Uhr, aus seiner Wohnung Holzmarktstr. 16 entfernt und ist nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Der Vermißte ist 74 Jahre alt, zirka 1,56 Meter groß, hat beinahe weiße Haare und einen grauen Schnurrbart; er war bekleidet mit schwarzem, weichem Hut, gezeichnet O. G., dunklem Jackett, dunkler Weste, dunkelgrau gestreifter Hose, schwarzen Zugstiefeln und weißer Wäsche. — Zweckdienliche Angaben über den Verbleib desselben werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 324, zu 5341 IV/14. 06 entgegengenommen.

Im Sportpark Steglitz findet am nächsten Sonntag, den 5. August, ein Stundenrennen mit Motorführung statt, wozu bereits am morgigen Sonntag trainiert wird.

Feuerwehrbericht. Feuer in einem Warenhause alarmierte gestern früh um 6 Uhr die 1. Kompagnie. Es brannten im Keller des Warenhauses von M. Laserstein in der Wörtherstr. 29, Ecke der Rykestr. Kisten, Körbe, Verpackungsmaterial, Mobilien und Immobilien. Die Feuerwehr gab sofort kräftig Wasser, wodurch es gelang, die Gefahr auf den Keller zu beschränken. In der letzten Nacht kam in einer Wohnung Schönleinstr. 8 Feuer aus. Betten, Gardinen u. a. brannten dort. Ferner hatte die Wehr in der Waldemarstr. 43, Rotber- und Naglerstraßen-Ecke u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf.

Vom „Fürstenhof“-Boykott.

Zu einer Niederlage für die Polizei gestaltete sich am Mittwoch die Gerichtsverhandlung gegen fünf Genossen, die beschuldigt waren, Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis verbreitet zu haben. Die Sache kam unter dem Rubrum Scheler u. Gen. zur Verhandlung. Die Angeklagten sollen in der Zeit vom 30. Mai bis 5. Juni d. J. Flugblätter resp. Handzettel, die auf den Boykott des „Fürstenhof“ hinwiesen, auf der Straße verteilt und sich deshalb des Vergehens gegen § 10 des preußischen Preßgesetzes resp. gegen § 30 des Reichspreßgesetzes schuldig gemacht haben. Die Angeklagten erklärten, daß ein eigentliches Verteilen nicht stattgefunden habe, sondern Zettel nur an Personen abgegeben worden seien, die darum ersucht hätten. Sie verwiesen des weiteren auf eine Kammergerichtsentscheidung, wonach gelegentliches Verbreiten solcher Druckschriften gegen Entgelt nicht unter genannte Paragraphen fällt und das auch nicht der § 43 der Reichsgewerbeordnung anwendbar sei. Das Resultat war, daß der Amtsanwalt, so leid es ihm auch sein mochte, aus Rechtsgründen die Freisprechung aller Sünder und die Auferlegung der Prozeßkosten auf die Staatskasse beantragte. Ein weiterer Antrag des Rechtsanwalts Herzfeld, auch die notwendigen Auslagen der Angeklagten auf die Staatskasse zu übernehmen, wurde abgelehnt. Interessant ist aus der Verhandlung noch zu erwähnen, daß Herr Schwedhelm auf die Frage des Vorsitzenden, ob er Schaden aus dem Boykott erleide und wie hoch derselbe sei, die Auskunft gab, daß sein Schaden sehr groß ist und in Zahlen ausgedrückt pro Woche 150 Mark ausmacht. Damit ist uns offiziell bestätigt, welchen Erfolg unser Boykott bisher hatte. Der Schaden beläuft sich auf das Jahr berechnet auf über 7000 Mark. Lange dürfte die Gemeinde oder ihr Pächter einen solchen Ausfall nicht zu tragen gewillt sein und es wird ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben, als den Fürstenhof auch für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen freizugeben. Bis dahin muß die Parole nach wie vor lauten: Kein Glas Bier aus der Stehbierhalle des Fürstenhof und des Sonntags keinen Tanz im Fürstenhofsaal! Erfülle ein jeder seine Pflicht, dann ist in kurzer Zeit der Sieg unser. Bleiben wir nicht auf halbem Wege stehen, machen wir unseren Sieg zu einem vollständigen. Wir wiederholen den Ruf:

Der Boykott der Zehlendorfer wie der Groß-Berliner Arbeiterschaft schließe wie mit eisernen Klammern den Fürstenhof ein!

Schöneberg.

Warnet die Kinder. Seit Dienstag abend waren aus Schöneberg drei Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren verschwunden, über deren Verbleib trotz polizeilicher Nachforschungen nichts zu ermitteln war. Es konnte nur festgestellt werden, daß zwei der Mädchen, welche mit ihren Eltern in einer Laubenkolonie im Friedenauer Ortsteil sich aufgehalten hatten, mit der dritten zusammen nach einem Karussell gegangen waren, das auf einem unbebauten Terrain neben der schwedischen Eisbahn sich befand. Das Karussell war jedoch an demselben Tage abgerissen worden und, wie der Monteur S., der Vater des einen vermißten Kindes, feststellte, in der Schicklerstraße in Berlin aufgebaut. Er fuhr vorgestern nachmittag nach der Schicklerstraße, um von dem Karussellbesitzer vielleicht Auskunft über die Mädchen zu erlangen, wurde jedoch nicht wenig überrascht, als er die drei Verschwundenen bei dem Karussell vorfand. Nach Angaben der Kinder waren sie von zwei 16jährigen Arbeitsburschen, die bei dem Karussellbesitzer angestellt sind, ohne dessen Wissen veranlaßt worden, mit ihnen zu gehen. Die drei Durchbrennerinnen wurden nach der Polizeiwache in der Neuen Friedrichstraße gebracht und dort von ihren Eltern abgeholt.

Rixdorf.

Durstige Einbrecher sind seit einiger Zeit in Rixdorf aufgetaucht. Dieselben haben es auf den Inhalt der Trinkhallen abgesehen. So erbeuteten sie kürzlich in der Trinkhalle am Wildenbruchplatz dreizehn Flaschen Limonade und tranken sie gleich an Ort und Stelle aus. In einem anderen Falle begnügten sich die Täter mit Selterwasser. Bei einem dritten Einbruch, den die „durstigen Seelen" in der vergangenen Nacht verübten, wurden sie während der Arbeit gestört und mußten infolgedessen mit „trockenen Kehlen" flüchten.

Weißensee.

Von einer erfolgreichen Tätigkeit des Wahlvereins zeugte der Vorstandsbericht, den Genosse Peukert in der letzten Generalversammlung gab. Danach sind in dem verflossenen Halbjahr dem Wahlverein 355 neue Mitglieder beigetreten, so daß die Gesamtzahl auf 1007 gestiegen ist. Einer Einnahme von 2348,39 M. steht eine Ausgabe von 1708,51 M. gegenüber, mithin verbleibt ein Kassenbestand von 639,88 M. Den Bericht des Wahlkomitees erstattete Genosse Taubmann, der das Resultat der Gemeindewahlen als ein vollauf befriedigendes bezeichnete. Die Einnahmen für die Wahlen betrugen nach dem Bericht des Genossen Frenz 715,54 M., denen eine Ausgabe von 519,47 M. gegenüber stand. Der Ueberschuß betrug somit 196,07 M., selbiger wurde dem Wahlverein überwiesen. Auch ist für Unterhaltungen und künstlerische Veranstaltungen im letzten Halbjahr so weit wie möglich Fürsorge getroffen worden. Es hat außer der Maifeier eine Heine-Feier stattgefunden, außerdem waren zwei Theateraufführungen arrangiert, die wie der Kassenbericht des Genossen Content erkennen ließ, gut besucht waren. Danach ist ein Ueberschuß von 92,11 M. vorhanden. Auch ist die Bibliothek in erfreulicher Weise in Anspruch genommen worden. Zur Erweiterung derselben wurden 100 M. zur Verfügung gestellt. Den Bericht von der Zeitungsspedition gaben die Genossen Reske und Taubmann. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Levin, erster Vorsitzender; Oley sen., Bibliothekar; Hodapp, Lokalkommission; und Walterskötter, Zeitungskommission. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Schillert, Ancher, Reinhard, Gleitzmann und Kaase in üblicher Weise.

Die Verhältnisse der Ortskrankenkasse scheinen sich zu ihren Gunsten zu regeln. Nachdem der seines Amtes entsetzte Vorstand die Beschwerde und Klage gegen die Aufsichtsbehörde eingeleitet hatte, haben die Vorstandsmitglieder persönlich ihre Aemter niedergelegt. Es ist statutengemäß von den Delegierten eine Generalversammlung beantragt und ist diese vom Kommissar zum 1. August einberufen, um die Neuwahlen zum Vorstand vorzunehmen. Zu bemerken ist, daß die Ortskrankenkasse seit Bestehen des Kommissariats, nunmehr die fünfte Woche, bereits den zweiten Kommissar hat. Es mußte der erste Kommissar, Gemeindesekretär Kähne, seinen Posten deswegen verlassen, weil er unter allen Umständen die Generalversammlung verhindern wollte. An dieser Wendung trägt nicht etwa Herr Dr. Pape die Schuld, denn dieser hat augenblicklich seinen Ferienurlaub angetreten und das Dezernat der Krankenkasse während dieser Zeit dem Schöffen Rathmann übertragen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Arg enttäuscht wurde das Trebbiner Gewerkschaftskartell, das zum 29. Juli für sämtliche Gewerkschaften in der Löwendorfer Heide ein Waldfest abzuhalten beschlossen hatte. Die Enttäuschung mußte um so größer sein, als die beim Amtsvorsteher nachgesuchte und bereits erhaltene Genehmigung mit einem Male rückgängig gemacht wurde. Kurz vor dem Fest erhielt der Obmann des Gewerkschaftskartells ein Schreiben, worin diesem die Mitteilung wurde, daß durch die zu erwartende starke Beteiligung am Feste der Platz nicht nur zu klein sei, sondern auch für die angrenzenden Waldbestände (vorwiegend Schonungen) infolge Rauchens Beschädigungen zu befürchten seien. Die Begründung des Verbotes ist deshalb schon eigentümlich, weil das Fest alle Jahre auf dem Platz abgehalten wurde, ohne daß die von dem Amtsvorsteher befürchtete Gefahr im Verzuge war. Es kann ein solches Verbot deshalb nur als eine Schikane gegen die Arbeiter aufgefaßt werden. Für die Trebbiner Arbeiterschaft muß dieser Vorgang eine Lehre sein.

Hohen-Schönhausen.

Zur allgemeinen Warnung sollte ein schwerer Unglücksfall dienen, dem die zehnjährige Tochter Else des Barbiers Römer aus der Berlinerstraße in Hohen-Schönhausen zum Opfer gefallen ist. Infolge übermäßigen Schaukelns in einer Hängematte stürzte die Kleine auf den Erdboden und zog sich einen komplizierten Oberarmbruch zu. Die Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Mittenwalde.

Die Unterschlagungsaffäre in Mittenwalde dürfte voraussichtlich noch weitere Kreise ziehen. Wie wir kürzlich berichteten, ist der Amtsgerichtssekretär Müller aus Kalkberge-Rüdersdorf unter dem Verdacht, 12 000 M. während seiner Amtstätigkeit in Mittenwalde unterschlagen zu haben, verhaftet worden. M. hat nun an den Untersuchungsrichter ein langes Schreiben gerichtet, in welchem er andeutet, bei seiner Vernehmung in Berlin eine Erklärung abzugeben. Er wolle darüber Aufklärung geben, auf welche Weise die 12000 M. abhanden gekommen seien. Dem Vernehmen nach belastet M. in seinem Schreiben noch andere Beamte. Die Untersuchung wird infolgedessen auch nach dieser Richtung hin ausgedehnt werden.

Lichtenberg.

Die Sammelliste 1839 für die ausgesperrten Buchbinder rc. ist gestohlen worden. Wir bitten, dieselbe sofort anzuhalten, wenn sie präsentiert werden sollte, und sie an Robert Backhus, O. 112, Kronprinzenstr. 16 IV, einsenden zu wollen.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigte Staatsarbeiter.

Wegen Beleidigung von 19 Arbeiterausschußmitgliedern der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau ist gegen den Genossen Felix Weinberg zu Berlin von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage erhoben worden. Der eigentümlichen Beleidigungsklage liegt folgender Vorfall zugrunde: Am 18. März d. J. trug Genosse Weinberg einen Kranz zum Grabe der Märzgefallenen, auf dessen roter Schleife die Inschrift stand:

Mehrere Abteilungen der Kgl. Gewehrfabrik Spandau
den Märzgefallenen.

Schon bevor W. den Kranz auf dem Grabe niederlegen konnte, wurden seine Personalien von dem aufsichtführenden Polizeileutnant festgestellt. Bald darauf haben dann die 19 Staatsarbeiter Strafantrag gegen den Kranzträger gestellt, weil sie, persönlich an der Kranzspende unbeteiligt, sich als „königliche" Arbeiter dadurch beleidigt fühlten, daß sie durch die Inschrift der Schleife in den Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung gebracht worden seien. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten. Ob die 19 „königlichen" Arbeiter für ihre derart dokumentierte Gesinnungs„tüchtigkeit" einen Orden erhalten werden, steht dahin. Von Interesse wäre es, zu erfahren, ob die Arbeiter aus eigenem Antrieb die „Beleidigungs"klage erhoben haben. Die Möglichkeit, daß solche die Kläger herabsetzende Klage erhoben wird, zeigt, wie notwendig die Aufklärung unter den Staatsarbeitern ist.

Die Schadloshaltung des Akkordarbeiters bei fehlendem Material.

Der in der elektrotechnischen Fabrik von K. Weinert angestellte Arbeiter O. hatte die Ausführung einer bestimmten Arbeit im Akkord übernommen. Während der Herstellung der Arbeit ging plötzlich eine Sorte von Messingstangen aus, die zur Fabrikation des Artikels unentbehrlich war. O. mußte daher mitten in der Arbeit aufhören, er übernahm zwar provisorisch auf Veranlassung des Meisters eine andere Arbeit, erlitt aber dennoch einen Ausfall von 72 Mark, den er jetzt von seinem Arbeitgeber forderte. Der Beklagte bestritt in dem gestrigen Termin vor dem Gewerbegericht zwar an sich nicht, daß der Kläger einen Schaden erlitten haben könnte, meinte aber, dieser habe sich aller weiteren Rechte durch die Annahme einer anderen Arbeit begeben. Im übrigen sei das Ausgehen des Messingmaterials weder seine Schuld, noch sei es vorauszusehen gewesen. Die Knappheit an Messing trat ganz plötzlich und unerwartet ein, und der Beklagte habe es bei Vergebung der Akkordarbeit als sicher annehmen müssen, daß er jedes Quantum von einem der Berliner Messingläger zu jeder Zeit würde holen können. Man könne ihn daher für die unvorhergesehene Wendung nicht verantwortlich machen.

Das Gewerbegericht verurteilte den Beklagten, an Kläger 72 Mark zu zahlen. Das Gericht sieht es als Regel an, daß bei Beginn einer Akkordarbeit das dazu nötige Material vorhanden sein muß. Hat der Arbeitgeber nicht für vorherige Beschaffung des Materials Sorge getragen, so muß er auch für eventuelle dem Arbeitnehmer daraus erwachsende Schäden einstehen. — Die Entscheidung entspricht den allgemeinen Gesetzesvorschriften, nach denen der Arbeitgeber vorzuleisten hat und (§ 293 B. G.-B.) auch wenn ihn keine Verschuldung trifft, durch Nichtvorleistung in Verzug gerät.

Die Leipziger Staatsanwaltschaft beweist ihre Entbehrlichkeit für das Gemeinwohl.

Die Aussperrungen der Lithographen, Steindrucker und Buchbinder gaben der Leipziger Staatsanwaltschaft dieser Tage Anlaß, abermals die Entbehrlichkeit der im besten Falle unnützen Institution der Staatsanwaltschaft und die Notwendigkeit der Ersetzung dieser politischen, von der Verwaltungsbehörde abhängigen Behörde, durch unparteiische aus allen Kreisen der Bevölkerung entnommene und von diesen gewählte Richter in zwei Fällen zu beweisen.

Angeklagt war im ersten Fall der Redakteur des Fachorgans „Graphische Presse" der Lithographen und Steindrucker, Max Obier. Die vielberühmte Firma Krotoschin in Zeitz erwartete am 5. Juni einen Transport Arbeitswilliger aus Oesterreich. Obier hatte das erfahren und war auf den Dresdener Bahnhof gegangen, um die Arbeitswilligen darauf aufmerksam zu machen, daß die deutschen Kollegen ausgesperrt worden seien. Das tat Obier denn auch. Natürlich erregte er den Unwillen des Herrn Krotoschin, vor allem aber des Werkführers Krummbholz, der auf Obier eindrang und ihm zurief: Belästigen Sie doch die Leute nicht. Hierbei soll Obier dem Werkführer gesagt haben: Was haben denn Sie hier zu sagen? und soll dem Krummbholz einen Stoß vor die Brust gegeben haben.

Nun hat sich nicht etwa der Krummbholz beleidigt gefühlt und Strafantrag aus sich selbst heraus gestellt, sondern wie er in der Verhandlung mitteilte, habe er **zwei Tage danach eine Postkarte mit der Aufforderung erhalten, gegen Obier Strafantrag zu stellen.** Erst dann tat er dies und nun erhob der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse Anklage. Bemerkenswert ist aus den Aussagen Obiers die Tatsache, daß derselbe Polizeiwachtmeister, der schon auf dem Dresdener Bahnhof war, auf dem Thüringer Bahnhof auf ihn zukam mit den Worten: Ich kenne Sie und weiß wie Sie heißen, und ihn darauf verhaftete.

Das allerschönste bei der ganzen Geschichte ist nun aber die Tatsache, daß der tätlich beleidigt sein sollende Krummbholz von einem Faustschlag, den er nach der Anklage erhalten haben soll, nichts weiß. Selbstverständlich wurde Obier freigesprochen.

Der zweite Fall betraf einen nicht ausgesperrten Buchbinder. Er arbeitet in einer Firma, der es gar nicht eingefallen ist, auszusperren. Das Geschäft liegt aber in einem großen Fabrikgebäude, in dem außer vielen anderen Fabriken auch eine Buchbinderei, die ausgesperrt hat, untergebracht ist. Wenn um ½7 Uhr Feierabend ist, kann man sich vorstellen, daß am Torausgang ein lebhafter Verkehr herrscht.

Vor diesem Toreingang pflanzte sich im Auftrage des Chefs der Firma, die die Buchbinder ausgesperrt hat, der 22jährige Kaufmannsjüngling Kauerhoff, um die ihre Arbeitsstätte verlassenden Arbeitswilligen zu schützen. Der Angeklagte Kind soll diesen Schreiberjüngling angerempelt und gesagt haben: „Wenn Du noch einmal hier stehst, dann bekommst Du eins in die Fresse." Nun bestreitet der Angeklagte nicht, diese Worte gesagt zu haben, aber er sei dadurch gereizt und verhindert worden sich zu entschuldigen, weil dieser junge Mensch ihn, den verheirateten Mann, in ganz grober Weise „angemuckst" habe. Im Ernst habe er an ein späteres Prügelwollen nicht gedacht.

Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Drücker, zerzauste von großen Gesichtspunkten die Anklage des Staatsanwalts. Es liege hier eine einfache kleine Beleidigung vor, die kaum ein Privatinteresse berührt. Kein Mensch hat daran ein Interesse. Und trotzdem hat der Staatsanwalt diesen kleinen Fall unter dem Gesichtswinkel des Streikstrafrechtes behandelt, und um auf die Ausständigen zu fahnden. Obendrein ist es dem beleidigten Zeugen allein nicht eingefallen, Privatklage zu erheben. **Aber der Staatsanwalt hat die Ehre des Zeugen wahren wollen — bloß weil er sich in dem Glauben befand, der Bruder des Angeklagten sei in der anderen Firma, die der junge Mann vertrat, ausgesperrt worden. Kennzeichnend sei die Sorgfalt des Staatsanwalts dadurch, daß der Ausgesperrte zwar auch wie der Angeklagte Kind heißt, aber in gar keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zu ihm stände.**

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen einfacher Beleidigung zu 6 Mark Geldstrafe.

Staatsanwälte stehen in sehr hohem Zeitlohn. Würde endlich dem durch staatsanwaltliche oder richterliche Arbeit Geschädigten voller Schadenersatz gegen den Schädiger zugestanden werden, so würden Anklagen, die dem Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagen, sich wohl bald etwas mindern und das tatsächliche Einkommen so mancher Staatsanwälte auf den unpfändbaren Teil eines Einkommens zusammenschrumpfen.

Wie Strafanträge zur Ehrenrettung Arbeitswilliger fabriziert werden.

Vor dem Schöffengericht in Dresden hatte sich kürzlich der Former Haupt wegen angeblicher Streikbrecherbeleidigung zu verantworten. Er sollte während der Metallarbeiteraussperrung in der Kreishauptmannschaft Dresden zwei arbeitswilligen Formern, die erst Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gewesen waren, Worte wie Verräter, Rotzjungen usw. zugerufen haben. Aber vor Gericht mußten selbst die beiden Arbeitswilligen erklären, daß sie solche Aeußerungen von Haupt nicht gehört hätten. Als sie darauf vom Vorsitzenden befragt wurden, warum sie den Strafantrag gestellt hätten, erklärten beide, davon nichts zu wissen. Es wurde dann festgestellt, daß der Strafantrag von der Polizei verfaßt und den beiden Arbeitswilligen zum Unterzeichnen vorgelegt worden war. Sie hatten unterschrieben, ohne die Bedeutung des Schriftstückes zu kennen. — Haupt wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen anderen Arbeitswilligen einen frechen Patron genannt haben soll. Der sächsischen Urteilsfabrik kann gern attestiert werden, daß sie, wenn auch wider Willen, durch ihr Fabrikat dazu beiträgt, klarzulegen: Justiz und Gerechtigkeit sind keineswegs identische Begriffe.

Vermischtes.

Explosion in einer Munitionsfabrik.

Sömmerda, 27. Juli. In der Munitionsfabrik von Dreyse u. Collenbusch erfolgte gestern abend aus bisher unaufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Eine in der Fabrik beschäftigte Frau wurde getötet, eine Anzahl Arbeiterinnen verletzt. Der Luftdruck war so stark, daß die Fenster der benachbarten Gebäude eingedrückt wurden.

Feuersbrunst.

Die Stadt **Roman** ist durch eine Feuersbrunst völlig eingeäschert worden. Das Feuer begann gestern und ist heute noch nicht gelöscht. Viele Personen, besonders Kinder, werden vermißt. Roman an der Moldau ist Kreishauptstadt in Rumänien und zählt über 15000 Einwohner.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Juli cr., vormittags 8¾ Uhr im Rathause (Eingang Jüdenstraße), Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10¾ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. A. Gehrke über: „Lebensrätsel". Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, im Restaurant W. Kleinschmager, Baumschulenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Diskutierklub „Freie Zusammenkunft". Sitzung heute Sonnabend, den 27. Juli, pünktlich 9¼ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Mühe über: „Tagesfragen". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Den Mitgliedern der hier in Berlin bestehenden Ortsvereine der Wahlkreise Schwiebus-Sommerfeld, Kalau-Luckau, Arnswalde-Friedeberg zur Nachricht, daß sie die Zugblätter zu der am 7. August stattfindenden öffentlichen Versammlung bei Böker, Weberstr. 17, bei den nachstehenden Genossen in Empfang nehmen können: Eitner, Romintenerstr. 4, v. IV; Schulze, Beusselstr. 64, Stig. II; Thimm, Tüßterstraße 79. Ein jeder sorge für massenhafte Verbreitung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—74 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—62, IVa 52—56, englische Bullen- 0,00, dänische Bullen- 0,00, holländische Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 60—70. Hammelfleisch Ia 80—85, IIa 70—78. Schweinefleisch 65—71. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,75, IIa 0,40—0,55. Rotwild Ia mit Abschußattest per Pfd. 0,61—0,66, IIa 0,00. Damwild 0,00. Wildschweine per Pfd. 0,45. Frischlinge per Pfd. 0,00. Kaninchen per Stück 0,40. Wildenten Ia per Stück 1,10—1,30, IIa 0,50—0,60. Krickenten p. Stück 0,60. Bekassinen 0,00. Hühner, alte, per Stück 1,60—2,80, alte IIa 1,10—1,40, junge, per Stück 0,55—1,25. Tauben, junge, pr. Stück 0,40—0,44, alte 0,32—0,35. Enten, junge Ia p. Stück 1,70—2,80, junge IIa 0,00, alte, p. Stück 0,00. Hamburger, junge, p. Stück 2,80. Gänse, Ia, per Pfund 0,60—0,68, per Stück 3,50—4,50. Hechte per 100 Pfd. 107—115. Zander 00,0. Schleie 109—116. Bleie 60—70. Aale, groß 111—113, mittel 99—104, klein-mittel 0,00, unsortiert 70—92. Plötzen 0,00. Karpfen 0,00. Barse, kleine 93—95. Karauschen 93. Bunte Fische 66—70. Flundern, pomm. I, per Schock 9,00. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, per Wall Kieler 3—6,00, Stralsunder 5—6. Aale, groß pro Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 2—4. Sardellen, 1902er, per Anker 86,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 31, mittel 0,00, kleine 4,50, unsort. 6,50—9. Galizier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 8,30. Butter per 100 Pfd., Ia 114—116, IIa 110—113, IIIa 105—108, abfallende 95 bis 100. Saure Gurken, neue, Schock 4,00, Pfeffergurken 4,50. Kartoffeln per 100 Pfd., neue runde 2,50—2,75, neue blaue 3,00. Rosen 2,00—2,25, neue Zerbster 2,50—2,75. Spinat, per 100 Pfd. 12—15. Karotten per Schock 2,50 bis 3,00. Kohlrabi, per Schock 0,75—1,00. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, per Schock 1,50—2,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 2—4. Wachsbohnen 5—6. Puffbohnen 3—5. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 6—8. Pfefferlinge per 100 Pfd. 18—21. Mohrrüben per Schock-Bd. 2,50—3,00. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,00. Wirsingkohl per Mandel 1,00—1,50. Rotkohl per Mandel 2—3. Weißkohl per Mandel 2—3. Steinpilze p. 100 Pfd. 25—30. Gurken, Zerbster, Schock 1,75—2,50, do. Einlege- Schock 2,00—2,50. Kohlrüben, Mandel 1,00—1,25. Johannisbeeren, hiesige, weiße, per 100 Pfd. 7—9, do. rote 7,50—11. Birnen, italienische per 100 Pfd. 14—35, schlesische 5—20, Tiroler 23—27, Weinbirnen 13—15, böhmische 10—12. Aepfel, ungarische per 100 Pfund 14—18, italienische 12—15, hiesige 10—18. Stachelbeeren per 100 Pfd. 8—15. Preißelbeeren 12—20. Kirschen, 100 Pfd. 0,00. Natten, Werdersche 15—25. Werdersche Glas- 15—17. Natten 18—30, do. saure 12—17. Schlesische 8—20, Knupper- 18—20. Himbeeren, Werdersche per 100 Pfd. 22—35. Blaubeeren per 100 Pfd. 10—13. Pflaumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 25—30, ital. lange gelbdicke 100 Pfd. 15—22, ital. runde per 100 Pfd. 15—22, ungarische 12—20, hiesige 12—13. Zitronen, Messina 300 Stück 11,00—16,00, 360 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Briefkasten der Redaktion.

M. T. 56. Nein. — **P. L. 20.** Wenn Sie nicht in Ihrem Vertrag besondere Vereinbarungen über die Art der Benutzung der anderen Räume haben, so würden Sie leider im Wege der Klage nichts erreichen. — **E. M. 100.** 10 Mark sind wiederum zu zahlen. — **A. H., Alexandrinenstraße 122.** Teilen Sie mit, worauf sich das Schreiben bezieht. — **Fürst, Rixdorf.** Ein Erbanspruch steht Ihnen nicht zu. — **Gemütskrank 500.** Legen Sie den Sachverhalt mit Ihrer Einwendung dem Gericht vor dem Termin vor und beantragen Beweiserhebung. Sollten Sie verurteilt werden, so müssen Sie innerhalb einer Woche Berufung einlegen. Bestimmte Anwälte zu empfehlen, müssen wir gründlichlich ablehnen. — **F. Zimmermann.** In der Regel ja. — **Falk 64.** Sie sind keineswegs verpflichtet, für vorehelche Schulden Ihrer Frau aufzukommen. — **A. B.** Die Instruktion gestattet dem Schutzmann fortzugehen. — **K. 52.** Soweit aus Ihrer langen Darstellung ersichtlich, ist eine rechtmäßige Kündigung nicht erfolgt und müßte daher die Wohnung spätestens bis am 28. Dezember zum 31. März nächsten Jahres gekündigt werden. Für eine frühere Zeit ist die Kündigungsfrist verstrichen. — **M. W. 10.** Nein. — **M. P. 26.** Nein. — **H. S. 20.** Eine Schadenersatzforderung bezw. Lohnforderung für die Zeit des Aussetzens steht dem Arbeiter zu, wenn er mit dem Aussetzen nicht einverstanden gewesen ist. — **S. K. B. 7.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Frau hat Anspruch auf ihr Eigentum. Im übrigen ist maßgebend, wer für den schuldigen Teil erklärt wird. Die Wirtschaft gehört in Ihrem Falle dem Mann. — **67, Genthin.** 1. Ja, wenn der erste Teil von dem Ehemann, der zweite von der Ehefrau eigenhändig ge- und unterschrieben ist. 2. und 3. Nein. — **W. N. 83.** Ja, das Schiedsgericht und dann das Reichsversicherungsamt. — **F. F.** Nach § 616 B. G.-B. ja. — **W. N. 39.** Eine Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg. — **Weinstock 10.** 1. Der Strafantrag ist innerhalb 3 Monaten zu stellen. 2. Der Gerichtsvorschuß beträgt 10 Mark. 3. Nein. 4. Das Gericht bestimmt den Umfang der Beweisaufnahme, es steht der Partei frei, eine Ergänzung des Beschlusses zu beantragen. — **Paul 55.** Das Kind erbt ⅔ der Witwer ⅓ des Nachlasses. — **P. B. 29.** Ist mit dem Altermieter monatliche Zahlung vereinbart, aber nichts über die Kündigungsfrist, so kann jeder von beiden Teilen bis am 15. zum 1. kündigen. — **Arbeitersekretariat Luckenwalde.** Die Kirchensteuerfrage ist ausführlich im „Vorwärts" vom 22. Juli, dritte Beilage, behandelt. — **B. H.** 1. Ja. 2. Nein. — **F. S. 100.** Ihre Anfrage ist nicht ganz klar. Handelt es sich um die Erbschaft eines für tot Erklärten, so müßten Sie angeben, wann derselbe für tot erklärt ist oder ob in der gerichtlichen Erklärung ein bestimmter Todestag angegeben ist. Der Verstorbene oder für tot Erklärte würde zunächst von seinen Kindern und seiner Witwe beerbt werden. Sind Kinder nicht vorhanden, so würden als erbberechtigt die Eltern des Verstorbenen in Betracht kommen, dann die Geschwister usw. Ist einer der hiernach Erbberechtigten nach der Todeserklärung oder nach dem Tage, der in der gerichtlichen Erklärung als Todestag festgesetzt ist, verstorben, so treten an seine Stelle seine testamentarischen oder gesetzlichen Erben. Ergänzen Sie demnach den Tatbestand und wiederholen Ihre Frage. — **B. F.** Kein Gesetz verbietet einem Restaurateur, Vorsitzender irgend eines erlaubten Vereins zu sein. — **P. M. 82.** 1. Nein, nur für minderjährige Mädchen ist die Genehmigung des Vaters erforderlich. 2. Die Trauzeugen können verwandt sein. 3. Mindestens 14 Tage lang müssen die Brautleute aushängen. 4. Melden Sie das Aufgebot möglichst mindestens 6 Wochen vor dem Hochzeitstage auf dem Standesamt des Bezirks eines der Brautleute an. — **M. K. 24.** Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, ob eine gültige letztwillige Anordnung vorliegt. Liegt eine solche vor, so sind ihre Bestimmungen maßgebend. Liegt kein Testament vor, so erhält bei kinderlosen Ehegatten, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch erben, der verwitwete Ehe-

gakte die Hälfte des Nachlasses. **Außerdem** erhält er aber als voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgeschenke. War Ihre Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, so kann eventuell ein anderes Erbrecht zur Anwendung kommen. Sie müßten angeben, wo und wann die Ehe geschlossen ist und ob ein Ehevertrag vorliegt. — **Paul Walter.** Ist nichts anderes vereinbart, so trifft für gewerbliche Gesellen und Gehülfen 14tägige Kündigungsfrist zu. Sind Sie kaufmännischer Gehülfe, so würde mangels anderer Vereinbarungen die Kündigungsfrist eine sechswöchentliche zum Ersten des Quartals sein. — **B. 100.** Ein solcher Verein ist uns nicht bekannt. — **E. H. 11.** Ein Wiederaufnahmeverfahren wäre nach Ihrer Schilderung möglich. Der Antrag müßte zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt oder durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet werden. — **J. D. 10.** Sind Sie volljährig (älter als 21 Jahre), so sind Sie an den Vertrag, den Sie geschlossen haben, gebunden, nicht aber Ihr Mann. Sind Sie noch nicht 21 Jahre alt, so ist der Vertrag ungültig. — **29. M. 100.** Der Antrag auf Bewilligung der Zehn Mark-Monatsrente auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 ist an den Landrat, in Berlin an den Polizeipräsidenten zu richten. — **A. Z. 6.** Die Klage ist beim Landgericht anhängig zu machen. Zwecks Anstellung der Klage müßten Sie das Armenrecht durch Vermittelung des Armenvorstehers erwirken. — **A. B. 1.** Das ist zulässig. — **M. G. 4.** 1. und 2. Ja, es sei denn, Ihre Stellung ist die eines Betriebsbeamten, Werkmeisters oder dergleichen. Für Betriebsbeamte usw., d. h. Personen, deren Tätigkeit in der Leitung oder Beaufsichtigung des ganzen Betriebes oder einer Abteilung desselben besteht, sowie für solche Personen, die mit höheren technischen Dienstleistungen betraut sind, darf eine kürzere als eine einmonatliche Kündigungsfrist nicht vereinbart werden. Ist eine solche dennoch vereinbart, so ist die Abrede nichtig und es tritt die sechswöchentliche zum Quartalsschluß laufende Kündigungsfrist ein. 3. Nein. — **H. E. 34.** 1. Ist eine 14tägige Kündigung vereinbart, so wäre in Ihrem Fall die Herrschaft mit dem 1. August von jeder Verpflichtung frei. Ist eine Kündigung nicht vereinbart, so haftet die Herrschaft nach allerdings bestrittener Ansicht (die Praxis ist überwiegend entgegengesetzter Ansicht) bis zum 1. Oktober für die Kurkosten. 2. Niemand, abgesehen von der Gemeinde. 3. Ihre Schwester kann sich an die Versicherungsanstalt oder an den Charlottenburger Magistrat wenden, auch wenn 200 Marken noch nicht geklebt sind. 4. Ja, aber unter Abzug der Kurkosten. — **Scheithauer.** Solche Klubs sind uns nicht bekannt. — **29. C. 71.** Wiederholen Sie Ihre Frage. — **P. L. 44.** Wenden Sie sich an den Vorstand des Holzarbeiterverbandes. — **K. N. 50.** Sind Sie minderjährig, so ist der Vertrag ungültig. Sind Sie volljährig, so werden Sie von dem Vertrag keineswegs durch das Unvermögen zu zahlen, entbunden. Sie bleiben verpflichtet zu zahlen und können zur Zahlung verurteilt werden. Strafbar sind Sie nicht. — **M. P. 67.** Ihre Frau braucht keine besondere Klage zu erheben, sondern kann auf die Aufforderung, auf die Widerklage etwas zu erklären, sich äußern, und gleichzeitig mit der Aeußerung eine Widerklage in Form der einfachen Klage erheben. Die Widerklage kann sie auch bis zum Schluß der ersten Instanz geltend machen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 28. Juli.
Anfang 7½ Uhr.
Neues Opernthea ter. La Traviata.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Der Postillion von Lonjumeau.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Zapfenstreich.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Winter Tymian.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Sonnabend und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr. Gastspiel Frl. **Prevosti:**
Traviata.
Sonntag: **Carmen.** Montag: **Die schöne Helena.**
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr: **Unsere Käte.**
Morgen: **Unsere Käte.**

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das
glänzende Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
Großer andauernder Heiterkeitserfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick.
Dazu: **Gute Spezialitäten!**

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist.
Rebusa, Dressurnummer.
Dammann Family.
„Der grüne Teufel".
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Gastspiel **Heinrich Bötel.**
D. Postillion v. Lonjumeau
Komische Oper in 3 Akt. v. Adolf Adam.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: **Der Freischütz.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Carmen.**
Montag, abends 8 Uhr: Populäre Vorst. bei halben Preisen: **Die Zauberflöte.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Beyerlein.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Montag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Im Garten tägl. **gr. Militär-Konzert.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Möbelpolierer Achtung!
Sonntag, den 29. Juli 1906:
Große Dampferpartie
mit Musik und Rundfahrt
nach Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen.
Abfahrt morgens 7 Uhr: für SO. von der Michaelkirchbrücke.
„ O. u. N. „ „ Waisenbrücke (Kohnt u. Hertzer).
Billetts sind noch zu haben bei **O. Dumke,** Küstriner Platz 10, und bei **E. Brank,** Reichenbergerstraße 81.
NB. Die fällige Branchen-Versammlung am 30. Juli im Königstadt-Kasino fällt aus. [90/3] **Der Obmann.**

Urania Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Der Millionenschneider.
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Anfang **4** Uhr. Entree **30** Pf.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Lebensbild in 5 Akt. v. Hedwig Abt.
Im Sommergarten: Täglich: Große Spezialitätenvorstellung. Anf. 5 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.
Novität: **Eine Stadtrats-Sitzung zur Zopfzeit.** Posse.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Dreyfus — Esterhazy
Oberst **Picquard** 1389L*
Schreckenskammer — Hennig

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenbändigers.
Ein **Dompteur,** eine **Tänzerin** im Löwenkäfig und eine **Dompteuse** mit **noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.**
Prinzeß Rajah, die hawaiische Schönheit | **Fritz Brand,** Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
Und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. | **Verwaltungsstelle Berlin** Engel-Ufer 15. | **Hauptbureau:** Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Montag, den 30. Juli 1906, abends 7 Uhr:
Versammlung
aller in Metallgießereien Berlins und Umgegend beschäftigten Former und Berufsgenossen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).
Tages-Ordnung:
1. **Der Vater Staat und seine Kinder.** Referent: Genosse **Störmer.** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
— Das Erscheinen aller Kollegen erwartet —
123/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Zentralverband der Glaser! Achtung!

Zahlstelle Berlin.
Heute Sonnabend, den 28. Juli 1906, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Bericht über den gegenwärtigen Stand der Aussperrung.**
2. Bericht vom Verbandstag der Unternehmer.
— Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. —
Die **roten** Berechtigungskarten werden **nur** in der Versammlung ausgegeben, da das Bureau Sonntags geschlossen ist.
Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener

Heute Sonnabend, den 28. Juli, abends 9 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 (unterer Saal):
Versammlung sämtl. Kollegen von Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Wert der Einheitsorganisation. 2. Diskussion. 3. Wahl von vier Bezirksführern für Moabit. 1965
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist ein jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen.
— Berufskollegen als Gäste willkommen. —
Der Vorstand.

Reichshallen.

Nur bis 31. Juli: Gastspiel Winter-Tymian mit seiner berühmt. Herren-Gesellschaft.
Anf. Wochentags **8** Uhr. Sonntags **7** Uhr. Mittwoch 1. Ang.: Wiederbeginn der **Soireen** der **Stettiner Sänger.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Das phänomenale Juli-Programm.
Carl Braun, Verwandlungskünstler.
Paul Coradini.
Neiß-Troupe, Trampolin-Akrob.
Miß Sarret.
Außerdem:
Die Gauklerin.
Anfang 4½ Uhr. Eröffnung 2 Uhr.

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.

Nur im **Juli** kommen bei uns zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf die elegantesten

Herren-Anzüge, Kavalier . . von **6** 90 M. an
Burschen-Anzüge, hochelegant von **4** 35 M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von **1** 95 M. an
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von **1** 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/5*

Achtung! 3 Geschäfte **Blitz** Achtung! 3 Geschäfte
9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.
80 Chaussee-Straße 80
137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chonés Industrie-Palast

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose
bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Manchester-Hose Marke Gambrinus, Zwirnkette . . . 5 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,50, 8,75
Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett, prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose, prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 M. 75
Konditor-Jacken, Dreihig . . . 4 M. 50
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Dreihig 7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Kesselreiniger-Anzüge, blau, nach Vorschrift . . . . . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 17229*
— Versand von 20 M. an franko. —

Nachdruck verboten!

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommerfest
der **Wagenbauer** (Bezirk X).
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Schweizer Garten

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und BALL.
Auf der Liebes-Insel.
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Mlle. Martha Bellvert mit ihren dressierten **Bären.**
Piccards amerik. Pantomime
Die Einbrecher von New York.
Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 6 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Borussia-Theater-Festsäle
Inh.: **J. Leschkowski**
Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2674.
Im herrlichen Naturgarten:
Heute die beliebten Viktoria-Sänger.
Nach der Vorstellung großer **Ball.**
Jeden Mittwoch und Sonnabend:
Theater- u. Spezialität.-Vorstellung

Oranien-Salon, Oranien-Str. 170.
Sonnabend und Sonntag:
Großer Ferienball.
Einige Sonnabende noch zu vergeben. 200—300 1985

Am
Mittwoch
den 1. August,
morgens
9 Uhr

M. L. N.

Restaurant am Müggelsee
„Wilhelmsbad"
Friedrichshagen, Seestraße 45
(Dampferanlegesteg)
Inhaber: **Karl Uszkurait,**
empfiehlt sein herrlich, direkt am Müggelsee belegenes Lokal zu Ausflügen und Abhaltung von Sommervergnügungen aller Art. 1384Zb
Herren- und Damenbadeanstalt.

Nathan Wand
129 Skalitzerstr. 129.
Die schönsten 1827Z*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Skalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Ausschneiden!
94 Kottbuser Damm 94
Keller.
Verkauf von
Militär-Hemden,
Drellhosen, weißleinenen Hosen, Tuchhosen, Litewken, Handschuhen, Unterhosen, Mänteln etc.
Spezialität!
Militär-Stiefel und **Schnürschuh** alt und neu
in **großer Auswahl.**
Berufskleidung für jedermann in reichlicher Auswahl! Stoffhosen, engl. Lederhosen, Manchester-Hosen, Maurer-Anzug, Socken etc. 1764L*
— Alles sehr billig! —
Feste Preise!

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Größte Auswahl in Strohhüten.
Lager in Schirmen und Mützen. [2642*

Die Firma **Gebr. Wolferts,** Stahlwarenfabrik und Versandhaus Rotkäppchen, in **Wald b. Solingen Nr. 1336**
versendet ihre weltbekannten **Rasiermesser 30 Tage zur Probe.**

Nr. 30 halb hohl geschliffen	1,50 M.	Komplette Rasiergarnituren von 2,50 M. an, Haarschneidemaschinen von 3,50 M. an. Versand nur gegen Nachnahme, Porto extra. Umtausch gestattet, daher kein Risiko.
„ 59 dreiviert „ „	2,10 „	
„ 60 ganz „ „	2,50 „	
„ 64 Sicherheits-Rasiermess.	2,50 „	
Sicherh.-Rasier-Appar. Flock	1,40 „	

Hauptpreis-Katalog mit zirka 4000 Gegenständen gratis und franko an jedermann.

Kolonie Röntgenhöhe
Stat. Buch, Röntgental, Zepernick, gesunde hohe Lage, idyll. Umgebung, große Zukunft. Landparz. noch billig p. M. 10,00 □ Rute an. Verkäufer auf dem Terrain. Ausk. erteilt Hohenberg, N. 28, Ramlerstr. 38. +

Greift zu!
Kolossal billig!
Monats-Anzüge, Abonnements-Anzüge, Anzüge, Ersatz für Maß.
Alles auch für korpulente Figuren! Getrag. Kleidungsstücke von Kavalieren, Reisend., aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflief., kolossal billig. Straßenbahn-Vergütung!
Bitte achten *
Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35
an der Köpenickerstr.
3 Min. v. Stadtb. Jannowitzbr.

Glück
Man findet es in reichem Maße spielt man Lotterie bei Gustav Haase
Neue Königstr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien.

Soeben erschien
in neuer Auflage
Das kommunistische Manifest.
Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky. 234/10*
welches wir den Parteigenossen bestens empfehlen. Der Preis beträgt 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 „
Ferner bringen wir folgende Schriften in empfehlende Erinnerung:
Karl Marx' ökonomische Lehren.
Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Karl Kautsky.
Preis 2,— M.
Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.
Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank. Preis 10 Pf.
Das Erfurter Programm
in seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky.
Preis 2,— M.
Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin? Nach Pichelswerder zum **alten Freund.**
Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein **Der alte Freund.**
Fernsprecher Spandau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Heute und folgende Räumungstage Ausverkauf verfallener Pfandstücke: Gelegenheiten spottbilligster Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Taschenuhren, Regulatoren, Freischwinger, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Teppichverkauf, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Bettenlagerei Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †35*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1668R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1663R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Naß, Mulackstraße 14. 1205*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Krautstraße 50, Saalfelds Möbelspeicher, verkauft spottbillig, weil kein Laden, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Gelegenheitskauf Bettstellen mit Matratzen 20—25,00. 1475*

Teppiche rc., mit kleinen Webfehlern, staunend billig, nur bei Bien, Rosenthalerstraße 56. (Kein Laden.)

Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2701b*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fürstenzelt. Nur Rosenthalerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 267/6*

Motorzweirad „Triumph", 3½ HP, einmal benutzt, 500,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1225*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1665R*

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher! 0,75. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Gasöfen! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32 (Beleuchtungshaus!). 1696R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Lichtenrade. Baustellen Quadratrute 20 Mark an, verkauft Heiert, Brandenburgstraße 1. 242/16*

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38, Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 142/17

Plättgeschäft verkauft krankheitshalber billig Petersburgerstraße 79.

Grünkramgeschäft umständehalber billig zu verkaufen. Rixdorf, Kniesebeckstraße 52. 186b

Zigarren-Geschäft, Ecke, billig zu verkaufen Richthofenstraße 9. 294/8*

Ein großes Restaurant mit Vorgarten, ein kleines sehr billig zu verkaufen. Näheres Otto Krotky, Warschauerstraße 68, Restaurant. †36

Billige Blusen, Kostümröcke direkt Fabrik, Blumenstraße 9 II. 142/15*

Phönixmaschine, Ringschiffchen, Garantie gutnähend, 20,00, Judenstraße 47 II. 142/16

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2693S*

Rixdorf, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Freikonzert und Ball. †117

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 142/9*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Staubgold, Brillanten, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelzerei Broh, Wrangelstraße 4. Telephon IV, 6958. *

Handwäscherei, Frau Händschke, Köpenick, Gartenstraße 9a, wäscht schonend Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher, Taschentücher 10. Abholung Montags. 1945

Vermietungen.

Wohnungen.

Müllerstraße 25, Stube und Küche 20 Mark. 1705*

Schöne 2 Zimmer-Wohnungen, mit und ohne Bad, und zwei Läden im neuen Hause Eylauerstraße Nr. 9, Nähe Kreuzberg-Park, preiswert zu vermieten per 1. Oktober 1906. 1325*

Wohnung, Stube und Küche, umzugshalber sofort billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Oudenarderstraße 38. †80

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. *

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, vermietet Dresdnerstr. 58 III, rechts. 2944b

Schlafstelle für Herrn, Schönholzerstraße 5, I rechts. 2906*

Saubere Schlafstelle für zwei Herren, Knitter, Manteuffelstraße 82, vorn III. †9

2 saubere Schlafstellen, 12 Mark inklusive, bei Wiesenthal, Boeckhstraße 50. 1869

Freundliche Schlafstelle, 2 Herren, Schmidt, Zionskirchstraße 11, 2. Eingang vorn I. †90*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Tüchtiger Malergehülfe sucht Nebenbeschäftigung, Küchenmöbel, Fußbodenanstrich usw. Offerten unter M. E. 84, Postamt 35. 1915

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glöser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Chirurgischer Instrumentenmacher auf Reparaturen und Schleiferei, Pfau, Dorotheenstraße 67. 1906b

Goldarbeiter verlangt Lange, Neuenburgerstraße 20. 1996b

Tischler, der schon Holzleisten fourniert hat, verlangt Dargatz, Köpenickerstraße 145. 1896b

Mamsells, Nachtjacken, im, außerm Hause, Repke, Lychenerstraße 105. *

Zeitungsfrauen verlangt Kronenstraße 65. Walter, Witwe. 1615*

Botenfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung, Prinzenstraße 41. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gewerkschafts-Sekretär.
Die Filiale Groß-Berlin des **Gemeindearbeiter-Verbandes** sucht per **sofort** einen **Gewerkschafts-Sekretär.** 265/11*
Derselbe muß die gesamte Agitation leiten, daher durchaus selbständig sein, die sozialpolitische Gesetzgebung kennen und sich in der Arbeiterbewegung schon hervorragend betätigt haben.
Anfangsgehalt 2400 M., steigend bis **3000 M.**
Den Bewerbungsschreiben ist eine selbstgeschriebene Probearbeit über die Aufgaben eines Agitationsleiters beizufügen. Dieselben sind bis zum 1. August inkl. zu richten an
Emil Dittmar, Alte Jakobstr. 145 part.

Trebitzer Rabitzputzer
dauernde Beschäft., 55 Pf. Stundenlohn für **Leipzig** gesucht.
Rabitzbaugeschäft **Castner & Hennig,** Leipzig-Bo., Eisenbahnstr. 111. *

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/10*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!
Kürschner
Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der **Mützenfabrik von S. Gärtner & Co., Markusstr. 50,** die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist streng** fernzuhalten. 102/15*
Verband der Kürschner
Berlins und Umgegend.
Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin.)

Achtung!
Die Holzbearbeitungsfabrik
Nadge, Palisadenstr. 77/79 und **Rummelsburg, Wilhelmstrand,**
ist für Maschinenarbeiter sowie Hülfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Ausstande.
Verband
der Handels- und Transportarbeiter.
Verband der Maschinenarbeiter.

Achtung, Töpfer!
Die Differenzen bei der Firma **Franz Wengler,** Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, sind noch nicht erledigt. Der Bau ist nach wie vor zu meiden. 196/20* **Die Verbandsleitung.**

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht vollzählig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:
G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Hetschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Scholz, Puttkamerstraße 19.
A. Scholz, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Gebr. Trautmann, Lützowstraße 6.
F. R. Plantz, Luisenufer.
Schreiber u. Co., Luckauerstraße 3.
H. Metzke, Lützowstraße.
Chr. Naß, Breitestr. 7.
Oskar Neumann, Neuenburgerstraße 34.
Greil, Neuenburgerstr. 2.
Hermann Mathiß, Rixdorf, Erkstraße 3.
Franz Büttner, Moabit, Kirchstraße 22.
Buchow & Pastewsky, Reibestr. 12.

Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Streikarbeit) in übermäßiger Weise Platz gegriffen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.
Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!
In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Kraustraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof), ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.